

Für eine neue Politik:

Sozial und umweltbewußt!

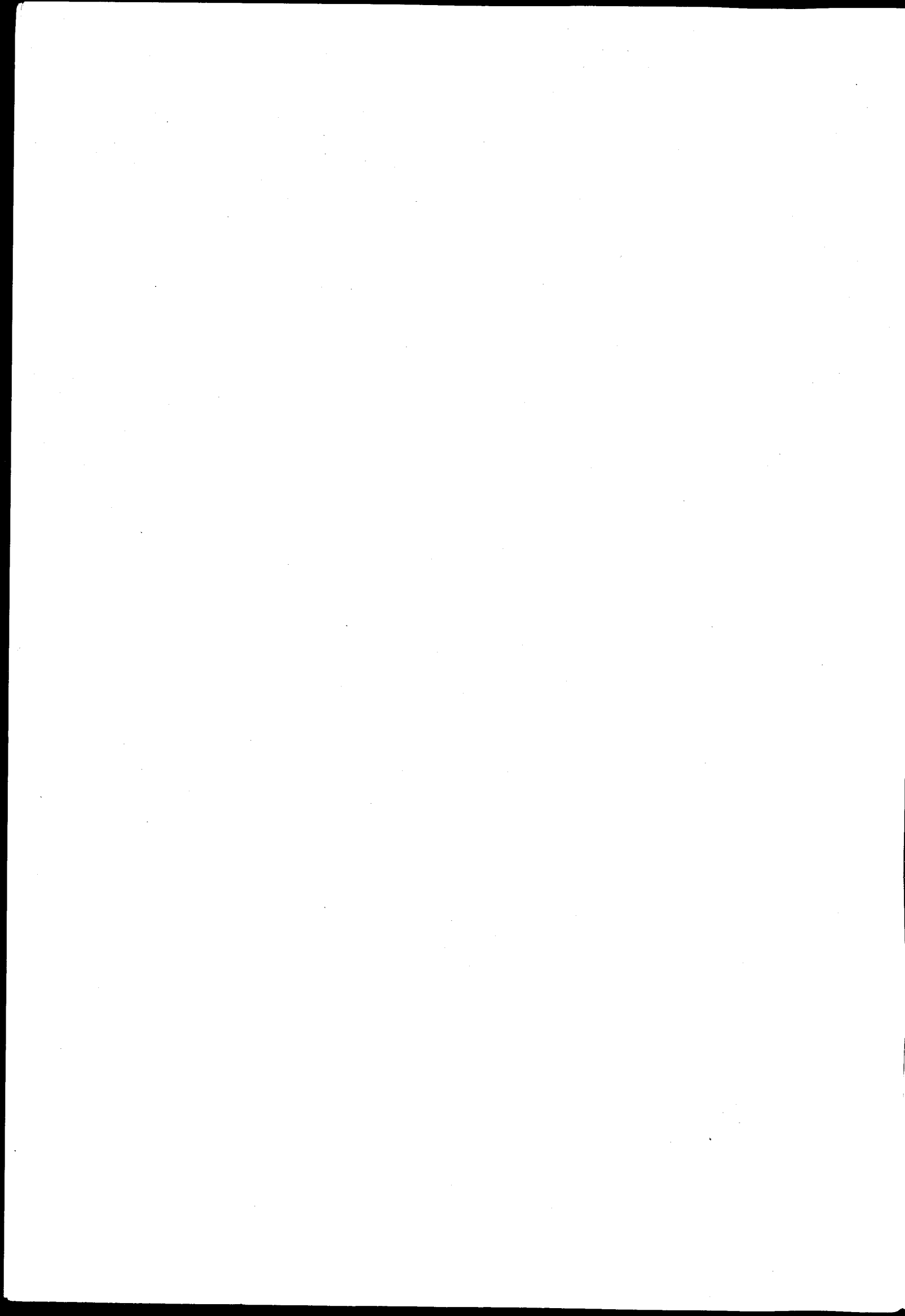
Wahlprogramm
der bayerischen SPD



beschlossen am 21. 6. 1986
in Augsburg

C86-1361

	S.		S.
I. Grundwerte und Grundsätze der bayerischen Sozialdemokraten	1	-Gesundheit durch gesunde Umwelt	24
1. Ohne Frieden ist alles nichts	4	-Umweltschutz am Arbeitsplatz und im Betrieb	25
2. Arbeit und Umwelt haben Vorrang	6	-Tierschutzpolitik der Bayerischen SPD	26
2.1. Wirtschaft und Arbeit für alle	6	-Für eine humane und umweltfreundliche Verkehrspolitik	27
-Wirtschafts- und Strukturpolitik in Bayern	8	-Abfallwirtschaft	29
-kleine und mittlere Unternehmen stärken	09	2.8 Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik	
-Selbstverwirklichung in der Arbeit	10	-Für eine umweltschonende und existenzsichernde Landwirtschaft	30
-Neue Technik muß den Menschen dienen	10	-EG-Agrarmarkt reformieren	31
-Aktive Beschäftigungsmaßnahmen sind finanzierbar	11	-Bäuerliche Existenzen sichern	32
-Gentechnik	12	-Landwirte in der Sozialversicherung entlasten	33
2.2 Zukunft der sozialen Sicherungssysteme	13	-Umweltfreundliche Landwirtschaft	33
-Strukturängel im Gesundheitswesen beseitigen	15	-Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln	34
-Gesundheitswesen mehr an der Person des Betroffenen orientieren	16	3. Politik mit und für Frauen	35
2.3 Politik für Behinderte	16	4. Bildung und Ausbildung bestimmen die Zukunft	38
2.4 Grundsätze einer sozialdemokratischen Seniorenpolitik	17	5. Kultur ist, wie der ganze Mensch lebt	44
2.5 Sozialdemokratische Jugendpolitik	18	6. Neue Medien	46
2.6 Zentrales Anliegen: Verteilungsgerechtigkeit	19	7. Freiheitlicher Staat für selbstbewußte Bürger	48
2.7 Sozialdemokratische Umweltpolitik	20	8. Kommunale Selbstverwaltung stärken	52
-Aufklärung tut not - Durchsetzung nicht minder	21	9. Sozialdemokratische Ausländerpolitik	54
-Für ein ökologisches Sofortprogramm	23		
		II. Augsburger Erklärung (mit Anhang): "Für eine Zukunft ohne Kernenergie"	57



Grundwerte und Grundsätze der bayerischen Sozialdemokratie

Mit diesem Wahlprogramm werben wir bayerischen Sozialdemokraten um das Vertrauen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Landtagswahl 1986 und in der Bundestagswahl 1987.

Die Bayerische SPD ist das soziale Gewissen Bayerns und die demokratische Alternative zur selbstherrlichen CSU.

Wer SPD wählt, tut etwas Gutes für sich und für unser Land Bayern. Wer SPD wählt, verschenkt seine Stimme nicht, er hat sich auch nicht verwählt:

- Die SPD ist die älteste und erfahrenste Partei in Deutschland und in Bayern. Als einzige politische Partei kann sie sich zu ihrer ganzen Geschichte und zu ihrem historischen Namen bekennen.
- Die SPD war und ist die Partei des Friedens. Sie hat unser Volk nie in einen Krieg gehetzt. Sie war und ist die zuverlässige Partei des Friedens. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ist Friedensnobelpreisträger.
- Die SPD ist eine bewährte demokratische Partei. Sie hat unser Volk nie einer Diktatur ausgeliefert, weder einer kommunistischen noch einer faschistischen. Leidenschaftlich und unerschrocken haben Sozialdemokraten stets für die Demokratie gekämpft, geopfert und gelitten.
- Die SPD ist der Menschenwürde verpflichtet. Sie tritt für die Freiheit aller Menschen, gegen Machtansprüche und Privilegien von Wenigen ein. Für sie ist die Freiheit untrennbar verbunden mit sozialer Gerechtigkeit: Arbeit für alle, gleicher Zugang aller zur Bildung und Ausbildung, Erhaltung der Lebensgrundlagen für alle durch ein umweltbewußtes Wirtschaften.
- Die Erfahrung aus 30 Jahren Gleichberechtigungspolitik haben uns überzeugt, daß die "Gesellschaft der Freien und Gleichen" (August Bebel) erst verwirklicht ist, wenn alle Teilungen des Denkens, Arbeitens, Han-

delns und Fühlens in "männlich" und "weiblich" überwunden werden. In unserem politischen Handeln sind wir deshalb nicht nur den Grundwerten "Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität" verpflichtet, sondern ebenso dem Grundwert "Gleichheit".

- Die Bayerische SPD will, daß weibliche Erfahrungen Eingang in das gesellschaftliche Leben und Arbeiten finden. Sie müssen prägender Bestandteil der Kultur aller Menschen werden.

In Bayern regiert seit beinahe drei Jahrzehnten die CSU. Sie tut so, als hätte sie Bayern erfunden. Sie betrachtet den Freistaat als ihren Erbhof. In ihr machen sich vordemokratische, obrigkeitstaatlich-autoritäre Strömungen breit. Ihre Machtausübung wird zunehmend intoleranter, arroganter und anmaßender. Nach 30 Jahren Herrschaft ist sie machtbesessen, aber auch ideenlos und stumpf geworden. Sie kann nicht mehr ausgleichen und versöhnen. Wiewohl sie viele gutwillige Mitglieder und Wähler in ihren Reihen hat, versteht sie sich als "Schutzgemeinschaft der Macht- und Elitenbogenmenschen". Das Christliche und Soziale in ihr ist unter die Räder gekommen. Gegenüber Kultur und Kunst ist sie miefig und spießig - und damit gänzlich unbayerisch.

Die CSU ist für die Bundesregierung Kohl und deren Taten verantwortlich. Alle Bonner Beschlüsse zu Lasten vieler und zum Vorteil weniger sind von der CSU angeregt oder gebilligt worden. Wenn die CSU von München aus den Eindruck erwecken will, sie verfolge die Bonner

Politik kritisch und habe mit dem sozialen Kahlschlag, dem Abbau von Arbeitnehmerrechten, der Klecker Steuerreform und mit dem Verrat an den Bauern nichts zu tun, dann ist dies Wählerbetrug. Wir Sozialdemokraten nehmen die CSU in die Gesamthaftung.

Wir Sozialdemokraten wollen die Machtverhältnisse in Bayern grundlegend verändern. Nach dreißigjähriger Herrschaft einer Partei tut jeder Demokratie ein solcher Machtwechsel gut.

Wir Sozialdemokraten fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, die SPD als die demokratische Alternative zu stärken. Auch wenn sie nicht in allen Punkten mit unserer Politik einverstanden sind, würden sie damit der Demokratie in Bayern einen großen Dienst erweisen.

In der Landespolitik hat die Bayerische SPD im Bayerischen Landtag - trotz zahlenmäßiger Übermacht der CSU - wichtige Akzente gesetzt.

Der SPD als Opposition gelang es z.B. unter Androhung eines Volksbegehrens, die CSU-Fraktion und die Staatsregierung zu bewegen, dem Umweltschutz Verfassungsrang einzuräumen. Anschließend hat sie im Landtag ein mit vier Milliarden DM ausgestattetes mittelfristiges Programm zum Schutz der Umwelt durchgesetzt.

Die Kontrolle der Staatsregierung ist eine der wichtigsten Aufgaben der SPD--Landtagsfraktion, weil sich die CSU--Landtagsfraktion nicht als Kontrollorgan sondern als Hilfstruppe der Staatsregierung versteht.

Wer der also übermächtigen Staatsregierung im Sinne der Gewaltenteilung ein starkes Parlament gegenüberstellen will, muß die SPD im Bayerischen Landtag stärken.

Machtgewinn und Machterhalt sind für uns Sozialdemokraten niemals Selbstzweck. Wir werben bei den Bürgerinnen und Bürgern um Vertrauen und für demokratische Mehrheiten, weil wir das Leben und das Zusammenleben in den Gemeinden und Städten in Bayern, in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und auf der Welt - menschlicher machen wollen. Menschlicher heißt: friedlicher, ökologischer, sozialer, gerechter und demokratischer. Eine blühende Kultur und eine freie Kunst gehören unverzichtbar dazu.

Sozialdemokratische Politik ist Grundwertebezogen. Wir lehnen es ab, uns zwischen Sachzwängen und Zielkonflikten durchzuschlängeln und es jedermann recht machen zu wollen. Politik ist für uns nicht nur die Kunst des Möglichen, sondern auch die Kunst des Möglichmachens:

- Ohne Frieden auf der Welt ist alles nichts. Mit den Massenvernichtungsmitteln in Ost und West kann die Menschheit in wenigen Minuten ausgerottet und die Erde für ein ganzes Erdzeitalter unbewohnbar gemacht werden. Deshalb muß das Friedensgebot alle Sparten von Politik beherrschen. Der Weltfriede ist wichtiger als ein blühendes Waffenexportgeschäft. Der Weltfriede wird durch Abrüstung sicherer; nicht durch die Aufrüstung des Weltalls und den Krieg der Sterne.
- Solange weltweit Not und Elend, Hunger und Seuchen, Analphabetismus und Ausbeutung grassieren, kann es niemals Frieden auf der Welt geben. Wir Sozialdemokraten können nicht ruhig leben, solange jährlich 30 Millionen Kinder auf der Welt verhungern. Mit unserer Mali-Hilfe haben wir ein praktisches Beispiel solidarischer Hilfe gesetzt. Wir bekennen uns zur Solidarität mit den armen Völkern dieser Welt. Unser Mitgefühl endet nicht an weißblauen Grenzpfählen.
- Ohne Frieden mit der Natur hat die Menschheit keine Zukunft. Der langsame ökologische Tod ist nicht erträglicher als der schnelle nukleare. Für uns gibt es kein Wirtschaften mehr, ohne sorgfältige Rücksicht auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen - wie Boden, Wasser, Luft, Fauna und Flora. Einen "Wohlstand" mit Konsumgüterüberfluß, um den Preis der Vernichtung der Natur, ist für die Bayerische SPD nicht erstrebenswert. Eine geschützte Umwelt für alle ist uns wichtiger als das umweltvernichtende Gewinnstreben weniger.
- Wir Sozialdemokraten sind für eine blühende Wirtschaft, wenn sie ökologisch verträglich ist und dem Wohlstand aller Bürger dient. In diesem Sinne wollen wir unsere Volkswirtschaft technologisch erneuern und im Außenhandel konkurrenzfähig bleiben..
- Private, gemeinnützige, genossenschaftliche und staatliche Unternehmen gehören gleichwertig zu einer

freiheitlichen und sozialen Wirtschaftsordnung.

- Wir Sozialdemokraten sind für Wirtschaftsdemokratie, d.h. für paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer, und für eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Das Wohl aller Bürger und die Rücksicht auf die Interessen der Gemeinschaft sind uns wichtiger als egoistische Kapitalinteressen.
- Für uns Sozialdemokraten ist die Massenarbeitslosigkeit die größte Tragik der deutschen Innenpolitik. Wir haben uns deshalb dem energischen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verschrieben. Wir wollen das Recht auf Arbeit und Ausbildung für jeden erreichen. Neue Arbeit kann geschaffen
- werden, vor allem im Bereich Umwelt und soziale Dienste. Vorhandene Arbeit muß gerechter auf alle verteilt werden. Deshalb sind wir Sozialdemokraten für Arbeitszeitverkürzungen in allen denkbaren Formen.
- Wir Sozialdemokraten streben nach sozialer Gerechtigkeit. Marktwirtschaft schafft aus sich heraus keine soziale Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit beginnt mit gerechter Verteilung des Volkseinkommen und der Lasten; insbesondere der Steuern. Volkseinkommen und Lasten sind in höchstem Maße ungerecht verteilt. Wir sind für einen leistungsfähigen Sozialstaat, gegen einen Ellenbogen- und Brutalstaat.
- Auch künftig wird der Wohlstand der Bürger vom privaten Erwerb vieler Güter und Dienstleistungen abhängen. Das können und wollen wir Sozialdemokraten nicht ändern. Aber wir wollen umso nachdrücklicher die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger an den Gütern Natur, Gesundheit, Bildung und Recht "geldsack-unabhängig" machen.
- Wir Sozialdemokraten arbeiten für eine freiheitliche Demokratie. Staat und staatliche Ordnung sind für uns kein Selbstzweck, sondern Garanten der Freiheit. Wir sind für innere

Sicherheit,

- aber wir lassen die bürgerlichen Freiheiten und den Rechtsstaat von den Konservativen nicht unter dem Vorwand der besseren Verbrechensbekämpfung "zerschützen". Freiheit stirbt auch zentimeterweise. Das lassen wir Sozialdemokraten nicht zu.
- Kultur und Kunst machen erst die menschliche Gesellschaft aus. Deshalb sorgen wir Sozialdemokraten leidenschaftlich für die Pflege der Kultur und die Freiheit der Kunst. Wir widersetzen uns jedem Versuch der Konservativen, den Kulturreichtum unseres Landes für sich allein in Beschlag zu nehmen und die Kunst zu gängeln.

Aus diesen unseren Grundwerten und Grundsätzen entwickeln wir Sozialdemokraten das nachfolgende Wahlprogramm:

OHNE FRIEDEN IST ALLES NICHTS

Friedenspolitik kommt vor jeder anderen Politik.

Denn ohne Frieden ist alles nichts.

Mit den in Ost und West angetürmten atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungsmitteln können wenige Mächtige in Minutenschnelle die ganze Menschheit ausrotten und die Erde auf ein Erdzeitalter unbewohnbar machen.

Auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland und der DDR befindet sich 40 Jahre nach dem schrecklichen 2. Weltkrieg die größte Ansammlung von Massenvernichtungsmitteln auf der ganzen Welt. Damit leben wir Deutschen als größte Zielscheibe für einsatzbereite Massenvernichtungsmittel der Supermächte. Deutschland wäre im Falle eines neuen Weltkriegs geostrategisch der Hauptkriegsschauplatz.

Obwohl es auf der Welt zu viele Massenvernichtungsmittel gibt, findet der gigantische Rüstungswettlauf zwischen Ost und West immer noch keine Grenzen. Aber immer mehr und noch mehr Vernichtungswaffen machen die Menschen, die Völker und den Weltfrieden nur noch bedrohter. Rüstungswahnsinn und Hochrüstung haben in der ganzen Menschheitsgeschichte früher oder später immer zum Krieg, nie zum Frieden geführt. Wer den Frieden will, darf nicht den Krieg, er muß den Frieden vorbereiten. Schon in Friedenszeiten kostet die Hochrüstung Hunderttausende von Menschenleben, vor allem in der sogenannten Dritten Welt.

Wir Sozialdemokraten gehören zu denen, die zum Umdenken bereit sind. Denn eine auf wechselseitige Abschreckung gründende zeitweilige Abwesenheit von Krieg bei ständiger Kriegsgefahr kann keinen dauerhaften Frieden schaffen, den die Menschen in Ost und West ersehnen. Eine Abschreckung, die die Bereitschaft zum kollektiven Selbstmord unseres Volkes ständig in Kauf nimmt und "androht", schafft weder äußeren noch inneren Frieden.

Wir Sozialdemokraten wollen mithelfen,

die Politik der wechselseitigen Abschreckung zu überwinden und durch eine europa- und weltweite Politik der Sicherheitspartnerschaft zu ersetzen. Unsere Idee von der Sicherheitspartnerschaft geht davon aus, daß die Völker angesichts der Massenvernichtungsmittel den Weltfrieden schon längst nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander organisieren, festigen und schützen können.

Solange diese Sicherheitspartnerschaft in Richtung Weltfriedensordnung nicht fortgeschritten ist, stellen wir Sozialdemokraten die Bundeswehr und die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik nicht in Frage. Die damit zusammenhängenden Probleme stehen am Schluß und nicht am Anfang einer neuen Friedenspolitik in Europa.

Wir knüpfen an die Friedens- und Entspannungspolitik von Bundeskanzler Willy Brandt an. Die Schwerpunkte sozialdemokratischer Friedens- und Sicherheitspolitik sind:

1. Auf dem Boden der Bundesrepublik dürfen keine neuen Mittelstreckenwaffen mehr stationiert werden. Die bereits stationierten Raketen werden abgebaut. Deshalb wird eine SPD-geführte Bundesregierung innerhalb von 6 Monaten nach Amtsantritt den Stationierungsbeschluß rückgängig machen. Mit diesen Zielen verhandelt eine sozialdemokratische Bundesregierung mit den USA und den anderen NATO-Partnern.
2. Die auf dem Boden der Bundesrepublik lagernden 4000 Atomminen sowie die Atomsprengköpfe für Kurzstreckenraketen müssen abgezogen werden. Kommt keine NATO-Regelung zustande, muß die Nuklearfähigkeit der Bundeswehr aufgehoben werden. Damit wollen wir unseren Beitrag für eine blockübergreifende atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa leisten.
3. Die SPD hat mit der SED bereits einen Vertragsentwurf über eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa ausgehandelt. Die SPD fordert den Abzug der auf dem Boden der Bundesrepublik lagernden Giftgase und keine Neustationierung binärer chemischer Waffen.

4. Wir schränken die Friedensstärke der Bundeswehr auf ein für die Sicherheit unseres Landes unbedingt erforderliches Maß ein. Der Grundwehrdienst wird nicht verlängert; die Zivildienstdauer von 20 Monaten muß gesenkt werden.
5. Wir werden die Offensivwaffen und die Großwaffensysteme der dritten Generation, z.B. Jäger 90, Leopard III, U-Boot-Klasse 211 nicht beschaffen.
6. Dementsprechend werden wir im Falle einer Regierungsübernahme sofort alle offenen und versteckten Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt höchstens auf die Ausgaben von 1983 in den damals absoluten Zahlen ohne Inflationsanpassung zurückfahren und einfrieren. Wir werden die damit eingesparten Milliarden für den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, für den Ausbau unseres Sozialstaates, für den Schutz der Natur und für den friedlichen Kampf gegen Hunger und Elend auf der Welt einsetzen.
7. Wir werden den Rüstungsexport der Bundesrepublik drastisch einschränken. In Nicht-NATO-Länder dürfen überhaupt keine Waffen mehr exportiert werden. Der Waffenexport über Drittländer wird ebenfalls unterbunden. Mit einem Sonderprogramm wollen wir die Waffenproduktion auf Produktion friedlicher Güter umstellen und damit konsequent Arbeitsplätze in der bisherigen Rüstungsindustrie sichern.
8. Wir werden die offensiven Rüstungselemente beseitigen und die Bundeswehr zu einer reinen Defensivarmee entwickeln, von der andere Völker keine Aggression mehr befürchten müssen. Damit verwirklichen wir den Defensivauftrag des Grundgesetzes, bauen Bedrohungsängste in unseren Nachbarvölkern ab und schaffen auf diese Weise die Grundvoraussetzung für eine Sicherheitspartnerschaft. Wir setzen uns innerhalb der NATO für eine reine Defensivstrategie ein.
9. Wir wollen die NATO-Partner zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen bewegen. Gelingt das nicht, so erklärt die Bundesrepublik einen solchen Verzicht in Übereinstimmung mit der UN-Resolution vom 22.11. 1984 eigenständig. Inzwischen verweigert sie jegliche Mitwirkung an Ersteinsatzstrategien und -plänen.
10. Wir treten ein für den Ausbau der demokratischen Rechte der Soldaten und Zivildienstleistenden.
11. Wir schlagen vor, ein eigenes Amt für Frieden und Abrüstung zu errichten. Es bemüht sich um die Intensivierung und Koordinierung der Abrüstungsbestrebungen beider Deutscher Staaten als Beiträge zur einer europäischen Friedensordnung. Es erhält die Kompetenz für die Führung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen und analysiert insgesamt die Entwicklung der weltweiten Rüstungs- und Abrüstungsbemühungen.
12. SDI und andere Weltraumwaffenprogramme tragen nicht zur Sicherung des Weltfriedens bei, sondern gefährden ihn. Die SPD wird im Falle ihrer Regierungsübernahme die SDI-Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und den USA sofort kündigen und auf Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR drängen, welche die Einstellung der Weltraumrüstungsprogramme in Ost und West zum Ziel haben. Wir Sozialdemokraten lehnen auch europäische Konzepte zur Militarisierung des Weltalls (EVI) ab.

Arbeit und Umwelt haben Vorrang

Ökonomie und Ökologie lassen sich nicht trennen. Die Aufgabe heißt: Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen, Einkommen sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Bisher wurde unter Raubbau an der Natur gewirtschaftet. Diese Art, wirtschaftlich zu handeln und zu denken, hat keine Zukunft. Die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft muß die Politik der nächsten Jahrzehnte bestimmen.

Die Würde des Menschen am Arbeitsplatz und die Selbstverwirklichung des Arbeitnehmers in seiner Arbeit kommt als weiteres Prinzip hinzu. Die Arbeitnehmerbewegung hat zahlreiche Rechte der Arbeitnehmer erkämpft: Arbeitsschutz, Sozialversicherung, Tarifautonomie, Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sind nur einige Beispiele. Dies alles wird durch die Wenderegierung bedroht. Im Arbeitsschutz, bei der Mitbestimmung, mit dem Angriff auf die Streikfähigkeit der Gewerkschaften soll das Rad der Geschichte zurückgedreht werden.

Arbeit und Interessen der Arbeitnehmer müssen Vorrang haben vor den wirtschaftlichen Interessen der Kapitalgeber. Der Mensch und sein Recht auf Arbeit und auf Selbstverwirklichung in der Arbeit sind höherwertiger, als das Recht auf Gewinn und Kapitalvermehrung.

WIRTSCHAFT UND ARBEIT FÜR ALLE

Das brennendste Problem unserer Volkswirtschaft ist die Massenarbeitslosigkeit. Direkt betroffen sind derzeit rd. 2,1 Mio. Menschen. Mindestens eine weitere Million nicht registrierter Arbeitssuchender (stille Reserve) kommt hinzu. Besonders betroffen sind junge Menschen, ältere Arbeitnehmer und Frauen.

Die Wenderegierung in Bonn und die Bayerische Staatsregierung stehen der Massenarbeitslosigkeit einfalllos, planlos und handlungsunfähig gegenüber. Sie setzen auf die "Selbtheilungskräfte des Marktes"; allenfalls manipulieren sie die Arbeitslosenstatistik.

Die Behauptung der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung, mit Riesengewinnen der deutschen Industrie würden im eigenen Land neue Arbeitsplätze geschaffen und insgesamt die Arbeitslosigkeit vermindert, hat sich als falsch erwiesen. Stattdessen werden weitere Arbeitsplätze wegrationalisiert, bei mangelnder Nachfrage im Inland die Kapitalabwanderung ins Ausland begünstigt und die Dividendenausschüttung erhöht. Der Aufschwung findet an der Börse statt, nicht aber auf dem Arbeitsmarkt.

Die Regierungen in München und Bonn beschleunigen die Entwicklung in eine Zweidrittel-Gesellschaft. Ein großer Teil der Erwerbspersonen ist arbeitslos oder befindet sich in schlechten und ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen.

Massenarbeitslosigkeit ist nicht nur unmenschlich und unsozial, sondern auch das Teuerste, was sich eine Volkswirtschaft leisten kann.

Für uns Sozialdemokraten ist Vollbeschäftigung das wichtigste ökonomische und gleichzeitig das wichtigste innenpolitische Ziel.

Nur wenn jeder Bürger einen Beruf seiner Wahl ergreifen und damit seinen Lebensunterhalt selbst verdienen kann,

sind Menschenwürde und freie Entfaltung der Persönlichkeit dauerhaft gewährleistet.

Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik will allen Menschen, und nicht dem Gewinnstreben weniger, nützen. Sie unterscheidet sich wesentlich von der konservativ-liberalen Wirtschaftspolitik. Wir Sozialdemokraten wollen unser Wirtschafts- und Arbeitsleben ökologisch und sozial nach folgenden Grundsätzen erneuern:

- Wachstum um jeden Preis ist ökologisch und sozial unverträglich. Qualitatives Wachstum auf ausgewählten Feldern des Bedarfs ist notwendig. Hierfür eignen sich besonders die Bereiche Umwelt, Energiesparen, soziale Dienste, Bildung und Ausbildung, Wohnungsbau und Stadtsanierung, öffentlicher Personennahverkehr.
- Wir haben ein bayerisches Programm "Arbeit und Umwelt" vorgelegt. Dieses Programm schlägt die Brücke zwischen Ökonomie und Ökologie. Allein mit diesem Programm könnten 80.000 qualifizierte Arbeitsplätze in Bayern neu geschaffen werden.
- Der laufende Produktionszuwachs der Wirtschaft von 2 - 3 Prozent jährlich soll der ganzen Gesellschaft zugute kommen. Er muß sich vor allem bei den Arbeitnehmern in Form eines höheren Lebensstandards und weiterer Arbeitszeitverkürzungen niederschlagen. Der ständige Produktivitätszuwachs darf sich nicht in steigendem Gewinn auf der einen und steigender Massenarbeitslosigkeit auf der anderen Seite niederschlagen.
- Wenn der Zuwachs den Arbeitnehmern zugute kommen soll - und dafür tritt die Sozialdemokratie ein - kann er sich in höherem Lohn bei gleicher Arbeit, aber auch im gleichen Lohn bei weniger Arbeit auswirken. Deshalb fordern wir Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
- Vorhandene Arbeit muß gerecht auf

alle verteilt werden. Diesem Ziel dient die Arbeitszeitverkürzung in allen Formen, vor allem durch

- geringeres Wochenarbeitszeitmaß (35-Stunden-Woche)
- einen früheren Eintritt ins Renten- und Pensionsalter
- längeren Erholungsurlaub und allgemeinen Bildungsurlaub
- längere und bessere Ausbildung

Die Zahl der Überstunden muß auf das absolut unvermeidbare Maß reduziert werden. Der Staat muß über ein modernes Arbeitszeitgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen.

- Arbeit kann und muß humaner werden. Das gilt insbesondere für monotone Arbeit; für Arbeit an elektronischen und Datensichtgeräten, für Arbeit am Fließband, Nacht- und Schichtarbeit.
- Eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik muß die berufliche Qualifizierung, die Weiterbildung, die Umschulung und die Vermittlung verstärken. Die Bundesanstalt für Arbeit soll mit diesem Ziel zu einer Bundesanstalt für Arbeit und Beschäftigung ausgebaut werden. Sie hat künftig für regionale und lokale Brennpunkte der Arbeitslosigkeit Beschäftigungsprogramme zu entwickeln und durchzusetzen, wobei sie auch beschäftigungspolitische Selbsthilfeprojekte unterstützen und fördern muß.
- Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik fördert die Genossenschaften.

WIRTSCHAFTS- UND STRUKTURPOLITIK IN BAYERN

Bayern hat insgesamt eine geringfügig niedrigere Arbeitslosenquote als die gesamte Bundesrepublik oder als Regionen mit klassischen Standorten der Kohle-, Stahl- und Werftindustrien. Das berechtigt jedoch die Bayerische Staatsregierung noch lange nicht dazu, Bayern als "Insel der Glückseligkeit" hinzustellen und sich mit dem Hinweis auf das "Süd-Nord-Gefälle" zu brüsten.

Innerhalb Bayerns gibt es dramatische Unterschiede: Während die Beschäftigungsquoten in manchen Arbeitsamtsbezirken erfreulich über dem Bundesdurchschnitt liegen, haben Regionen in Nord- und Ostbayern Arbeitslosenquoten zwischen 20 und 25%. Während Elektronik-, Rüstungs- und Raumfahrtindustrien im Ballungsraum München einseitig gefördert werden, gingen z.B. mit dem Kaltwalzwerk in Haidhof (Lkr. Schwandorf) 700 Arbeitsplätze und mit einem Holzwerk in Hauzenberg (Lkr. Passau) auf einen Schlag 300 Arbeitsplätze verloren, für die kein Ersatz geschaffen wird. Für arbeitslose Bürger in Passau, Deggendorf, Schwandorf, Weiden und an der fränkischen Grenze zur DDR ist die schöngefärbte Statistik der Bayerischen Staatsregierung ein schlechter Trost. Ein völlig unzulängliches Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen, eine geringe Erwerbsdichte, eine äußerst gefährliche Monostruktur sowie ein starker Abfall im kommunalen Steueraufkommen kommt in den strukturschwachen Gebieten regelmäßig hinzu und Pendlerströme aus diesen Regionen ergießen sich täglich und wöchentlich in die Großstädte mit den besseren Arbeitschancen. Menschen müssen aus strukturschwachen Gebieten in die Ballungsräume abwandern und stehen dort vor neuen Lebens-, Wohnungs- und Verkehrsproblemen.

Die Bayerische Staatsregierung wäre nach der Bayerischen Verfassung und nach ihrem eigenen Landesentwicklungsprogramm dazu verpflichtet, eine Politik des regionalen Ausgleichs mit dem Ziel gleichwertiger Lebens- und Ar-

beitsbedingungen für alle bayerischen Bürger zu betreiben. Diese Pflicht verletzt sie zum Schaden vieler Bürger sträflich.

Die Bayerische SPD fordert daher:

- Bayerische regionale Beschäftigungsprogramme mit dem Ziel, in strukturschwachen Regionen qualifizierte Arbeitsplätze zu erhalten, zu erneuern und zu schaffen; insbesondere ein Sofortprogramm für die zehn am meisten unter der Arbeitslosigkeit leidenden Arbeitsamtsbezirke und der altindustriellen Zentren.
- Fortgeschriebene landesweite und regionale Branchenanalysen mit anschließendem Frühwarnsystemen für drohende Gefahren auf dem bayerischen Arbeitsmarkt.
- Regionale und brachenbezogene Pläne für Ersatzarbeitsplätze, wenn einzelne Branchen gefährdet sind.
- Die Bildung eines regionalen Risikofonds aus öffentlichen Mitteln und Mitteln der Sparkassen und Banken, um Liquiditätsengpässe in Klein- und Mittelbetrieben rechtzeitig abzufangen.
- Eine Regionalplanung und Landesentwicklung, die gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen in ganz Bayern erstrebt.
- Öffentliche, mit Auflagen und Kontrollen versehene Investitionshilfen für Unternehmen, die sich nicht nur vorübergehend auf Staatskosten bereichern wollen (wie beim Holzwerk in Hauzenberg), sondern in strukturschwachen Regionen dauerhafte qualifizierte und ökologisch verträgliche Arbeitsplätze schaffen und dabei auch nachweisbar Arbeitsschutzvorschriften, Betriebsverfassung und Tarifverträge einhalten. Wir fordern darüberhinaus:

- Eine gezielte Förderung arbeitsplatzhalterhaltender und arbeitsplatzschaffender Technologien kleiner und mittelständischer Unternehmen in strukturschwachen Gebieten.
- Außer- und überbetriebliche Ausbildungs- und Berufsbildungsstätten
- Die staatliche Förderung des Zweiten Arbeitsmarkts durch die bayerischen Gemeinden in den Bereichen Umwelt, soziale Dienste, Bildung sowie Freizeit und Erholung. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem AFG können ein geeignetes Hilfsmittel zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß sein. Die Orientierung des Zweiten Arbeitsmarkts muß jedoch umgewichtet werden auf das Neuschaffen von Arbeitsplätzen, auf gesellschaftlich sinnvolle Arbeit und muß strikt an die tarifvertraglichen Regelungen gebunden sein.
- Langfristig vorausschauende Erneuerungsprogramme für klassische Industriestandorte unter Beteiligung des DGB und der Betriebsräte, damit diese künftig nicht das Schicksal von monostrukturierten Kohle-, Stahl- und Werftenstandorten erleiden müssen.

KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN STÄRKEN

Die herkömmliche Art der Wirtschaftsförderung benachteiligt kleine und mittlere Unternehmen schwer. Subventionen werden überwiegend von der Großindustrie abgeschöpft. Wir bayerischen Sozialdemokraten fordern daher:

- Eine neue Förderpraxis, die sich nicht pauschal an der Investitionshöhe, sondern an den mit einer Investition zu schaffenden qualifizierten Dauerarbeitsplätzen orientiert.
- Eine Wirtschaftsförderung, die kleine und mittlere Betriebe in strukturschwachen Gebieten unter Arbeitsmarktgesichtspunkten bevorzugt.
- Eine Förderpraxis, die technologische Innovationen kleiner und mittlerer Betriebe begünstigt.

Ferner fordert die Bayerische SPD zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen:

- Den Ausbau der Unternehmens-, Technologie-, Energie- und Kooperationsberatung.
- Einrichtungen der außer- und überbetrieblichen Aus-, Weiter- und Fortbildung sowie die betriebliche Nachqualifikation.
- Einen energischen Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Interesse der Konkurrenzfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Die Leiharbeit ist zu verbieten.
- Einen Mieterschutz für Handwerk und Einzelhandel, vor allem in den innerstädtischen Bereichen der Großstädte.

SELBSTVERWIRKLICHUNG IN DER ARBEIT

Aus dem Recht des Menschen auf Sicherung seiner Existenz und Selbstverwirklichung durch Arbeit leiten wir Sozialdemokraten ein Recht auf Arbeit ab. Nur wenn jeder Bürger einen Beruf seiner Wahl ergreifen und damit seinen Lebensunterhalt selbst verdienen kann, sind Menschenwürde und freie Entfaltung der Persönlichkeit dauerhaft gewährleistet. Wir unterscheiden uns von den konservativen Kräften in der Bundesrepublik dadurch, daß wir die Arbeitslosigkeit nicht als notwendige Folge einer Industriegesellschaft hinnehmen. Arbeit hat für uns Sozialdemokraten - wie auch die Umwelt - bei den zukünftigen Überlegungen zur Wirtschaft Vorrang. Die SPD weiß sich in ihren Forderungen eins mit den Gewerkschaften. Der Gedanke des Vorrangs der Arbeit wird zunehmend auch von den christlichen Arbeitnehmerbewegungen unterstützt. Der konservativen Rückwärtswende in der Arbeitswelt muß deshalb eine Offensive in Richtung Demokratisierung der Arbeitswelt und der Wirtschaft entgegengesetzt werden.

Die Bayerische SPD unterstützt deshalb alle Bemühungen zum Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen. Die volle Parität ist nach unserer Auffassung Voraussetzung für eine echte Mitbestimmung im Arbeitsleben und in der Wirtschaft.

Die technischen Entwicklungen dürfen sich nicht an den Interessen der Arbeitnehmer vorbei verselbständigen. Die Humanisierung der Arbeit beschränkt sich deshalb nicht nur auf den Arbeitsplatz. Einzubeziehen sind die Forschungs- und Technologiepolitik, die Fragen der beruflichen Qualifikation und die demokratische Teilhabe der Arbeitnehmer an der konkreten Unternehmensentscheidung.

NEUE TECHNIK MUSS DEN MENSCHEN DIENEN

Die Technik verändert gesellschaftliche Strukturen, vor allem den Wirtschafts- und Arbeitsprozeß sowie das Zusammenleben der Menschen. Wir Sozialdemokraten sind keine Maschinenstürmer. Technik ist gut, wenn sie dem Menschen dient. Technik ist schlecht, wenn sie die Menschen beherrscht, aus der Arbeit verdrängt und verarmen läßt. Wird der Arbeitnehmer zum Kostenfaktor und zum Zubehör am Automaten degradiert, hat er keine Chance. Deshalb haben das Wohl der Menschen und eine Politik zum Wohl der Menschen für Sozialdemokraten Vorrang. Technologischer Fortschritt muß in den Dienst am Menschen gestellt werden, die menschliche Arbeit erleichtern und Arbeitszeit verkürzen statt Massenarbeitslosigkeit zu produzieren. Deshalb treten wir Sozialdemokraten auch für die überbetriebliche und betriebliche Mitbestimmung beim Einsatz moderner Technologien ein. Dann sind auch Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker bei Forschung und Entwicklung eher in der Lage, humane und soziale Bezüge in ihrer Arbeit durchzusetzen. Auch der Staat muß den Mut haben, den technologischen Wandel zu steuern. Dazu gehört eine wirksame Technologiefolgeabschätzung und -bewertung. Er greift ein, wenn neue Technologien menschenwürdiges Leben in Frage stellen.

Die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien anstelle menschlicher Arbeitskraft darf die sozialen Sicherungssysteme nicht zerstören. Deshalb wollen wir Sozialdemokraten nicht nur die menschliche Arbeitskraft, sondern auch die Maschinenleistung zur Finanzierung sozialer Sicherungssysteme heranziehen. Im übrigen müssen alle technologischen Prozesse demokratisch und sozial beherrscht werden.

In diesem Sinne unterstützen wir Sozialdemokraten neue Technologien dort, wo

- Energie und Rohstoff gespart,
- Umweltbelastungen reduziert,
- physische und psychische Belastungen der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz

- vermindert,
- demokratische Rechte klar abgesichert,
 - die betriebliche und außerbetriebliche Mitbestimmung garantiert,
 - umfassende Informationsmöglichkeiten für jeden Bürger gewährleistet,
 - Selbstverantwortung und Entfaltung der Persönlichkeit gesichert,
 - eine gerechte Verteilung der Lebenschancen erreicht,
 - die Lebensqualität für die Bürger vermehrt wird.

Wir Sozialdemokraten sagen Nein zu neuen Technologien überall dort, wo

- sie den Raubbau an der Natur fortsetzen oder verstärken,
- sie ausschließlich aus Gewinngründen eingesetzt werden, Arbeitsbedingungen verschlechtern und systematisch Arbeitsplätze vernichten,
- sie zur umfassenden Kontrolle der Menschen mißbraucht werden,
- sie Ungleichheit oder Diskriminierung (insbesondere von Frauen) stabilisieren oder neu schaffen,
- beim Einsatz neuer Technologien Mitsprache und Mitbestimmung sowie umfassende Informationsmöglichkeiten nicht eingeräumt werden,
- sie das Vernichtungspotential und die Kriegsgefahr vergrößern.

Aktive Beschäftigungsmaßnahmen sind finanzierbar

Die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit kostet jährlich 60 Milliarden DM. Weitaus ökonomischer und sozialer ist es, mit diesen Milliarden eine gezielte Beschäftigungspolitik zu finanzieren. Wer behauptet, eine aktive und staatliche Beschäftigungspolitik könne nichts bewirken, wird durch Tatsachen widerlegt. Mit dem Beschäftigungsprogramm der sozial-liberalen Bundesregierung sind zwischen 1974 - 1981 erwiesenermaßen 900.000 Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen worden.

Wir wollen die Staatsquote nicht erhöhen, aber auch nicht staatliche Verantwortung zurückdrängen. Statt Milliarden für weitere Geschenke an die Unternehmen einzusetzen (z.B. durch Senkung des Spitzensteuersatzes, Abschaffung von Unternehmenssteuern, weitere Abschreibungserleichterungen), wollen wir die vorhandenen finanziellen Spielräume für eine aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen. Noch mehr Geld könnte aktiviert werden, wenn die illegalen und halblegalen Steuerhinterziehungen wirksam bekämpft und überholte Steuervorteile abgeschafft würden. Die Wirtschaftskriminalität muß endlich auch in Bayern zügiger verfolgt werden.

Gentechnik

Neue Techniken haben zu allen Zeiten die Handlungsmöglichkeiten von Menschen und damit seine Wertvorstellungen beeinflusst und verändert. Angesichts der Entwicklung medizinisch unterstützter Fortpflanzungstechniken und gentechnologischer Verfahren ist es dringlich, eine Antwort auf die Frage zu finden, ob alles technisch und medizinisch Machbare auch angewandt werden darf und welche Einschränkungen notwendig und vertretbar sind.

Einmal mehr befindet sich die Politik in der Situation, auf Ergebnisse und bereits praktizierte Anwendungen wissenschaftlicher Forschungen reagieren zu müssen. Um diese Situation zu verändern, besteht die Notwendigkeit eines frühzeitig organisierten Informationsaustauschs zwischen Politik und Wissenschaft. Dabei besteht seitens der Wissenschaft eine Bringschuld.

Die bayerischen Sozialdemokraten fordern:

1. Eine künstliche Befruchtung soll nur zulässig sein bei einer medizinisch indizierten Unfruchtbarkeit eines oder beider Partner, die auf anderem Wege nicht überwunden werden kann. Die Gefahren und Probleme bei der Verwendung von Ei- und Samenzellen Dritter bei einer künstlichen Befruchtung sind so groß, daß dies nicht zugelassen werden darf; d.h. soziale und biologische Eltern müssen bei einer künstlichen Befruchtung übereinstimmen:
Das Vermischen von Samenzellen von unterschiedlicher Herkunft und jede sonstige Anonymisierung von menschlichen Keimzellen, die dem Arzt zu Zwecken der Durchführung einer künstlichen Befruchtung überlassen worden sind, ist unter Strafe zu stellen
2. Der Handel mit Keimzellen ist unter Strafe zu stellen
3. Jede Form von Leih- oder Mietmutterchaft ist abzulehnen. Die Vermittlung von Leihmutterchaften ist unter Strafe zu stellen
4. Experimente mit Embryonen sind unter Strafe zu stellen. Das gleiche gilt für das Klonen von Menschen und das Erzeugen von Chimären und Hybriden
5. Nicht allein die Veränderung mensch-

lichen Erbguts, sondern schon das Wissen um seine Beschaffenheit wirft ungelöste Fragen auf. Der Bürger muß ein Recht auf Nichtwissen haben. Seine genetische Beschaffenheit ist ein Teil seiner Individualität, die es zu schützen gilt

6. Die Probleme des großtechnischen Umgangs mit genetisch manipuliertem Erbmateriale sind bisher ebenso ungeklärt wie die Probleme der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen in der Natur. Solange nicht eindeutig geklärt ist, daß dadurch unsere Umwelt nicht belastet wird, sind derartige Freisetzungen zu untersagen.

ZUKUNFT DER SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME

Gegenwärtig wird der Sozialstaat durch eine konservative Politik zur Förderung der Unternehmergewinne und durch Abbau von sozialen Leistungen in Frage gestellt und in eine Krise geredet, um das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes aus den Angeln zu heben. Wir Sozialdemokraten werden die soziale Gerechtigkeit verteidigen und politisch realisieren. Für Sozialdemokraten gehören die staatlich verbürgte Sicherheit, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und die rechtlich gesicherte Stellung der Arbeitnehmer zu den unverzichtbaren Grundlagen des Sozialstaats. Sie dürfen deshalb nicht zur Disposition gestellt werden.

Veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen - vor allem die über lange Zeit hohe Arbeitslosigkeit und abgesunkene Arbeitnehmereinkommen haben zu schwerwiegenden Finanzierungsproblemen der sozialen Sicherung geführt. Deshalb halten Sozialdemokraten zuerst am Ziel einer beschäftigungswirksamen Wirtschaftspolitik fest, weil sie auch Voraussetzung für die finanzielle Stabilität der sozialen Haushalte ist. Eine sozial ausgewogene Strukturreform muß eine Verbesserung der bestehenden Sicherungssysteme durch eine Grundversicherung in der Altersversorgung, der Arbeitslosenversicherung und einer Reform der Sozialhilfe zum Ziel haben. In den jeweiligen sozialen Problemlagen muß eine angemessene Existenzsicherung gewährleistet sein, die Armut und Ausgrenzung verhindert. Wer arbeitslos ist, muß soviel Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe erhalten, daß er nicht auf Sozialhilfe angewiesen ist. Die Altersrente muß einen angemessenen Lebensunterhalt sichern und die Sozialhilfe muß bedarfsgerecht ausgestattet sein. Vorrangiges Ziel der Sozialpolitik in Bayern ist die notwendige Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme als Antwort auf veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer Gesellschaft.

Vorrangiges Ziel der Sozialpolitik der kommenden Jahre in Bayern ist die Vorsorge. Darunter verstehen wir Sozial-

demokraten die qualitative und strukturelle Umgestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in unserer Gesellschaft, sodaß nicht erst eingetretene Mängel und Schäden behoben, - da sonst der Eindruck entstehen kann, die Mängel seien gar nicht eingetreten - sondern deren Entstehung bereits im Ursprung wirksam bekämpft werden.

Grundlegende Orientierungspunkte für notwendige Strukturreformen sind für Sozialdemokraten:

- Den Arbeitsschutz und die Arbeitssicherheit zu verbessern. Dazu müssen die Beratung und die Überwachung durch die Gewerbeaufsichtsämter intensiviert, die betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Maßnahmen in den Betrieben erweitert und die Schutzrechte der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz nicht abgebaut, sondern verbessert werden
- Die Finanzierung der Sozialversicherung muß neben der lohnbezogenen Beitragsfinanzierung der Arbeitgeberseite durch Berücksichtigung der Wertschöpfung gesichert werden.
- Volle arbeits- und sozialrechtliche Absicherung von Teilzeitarbeit und Heimarbeit, Ausweitung der Zuständigkeiten der Betriebsräte auch auf die "ausgelagerten" Arbeitnehmer an Tele-Heimarbeitsplätzen. Alle Einkommen sind der Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen, damit auch bisher versicherungsfreie Einkommen (410,-- DM monatlich oder 50 Einsätze im Jahr) versicherungspflichtig werden.
- Die Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer ist auszubauen. Dazu gehört auch der Ausbau der Personalvertretung im öffentlichen Dienst
- Die Bundesanstalt für Arbeit muß wieder die vollen Versicherungsbeiträge für Arbeitslose an die Rentenversicherung abführen.
- Leistungskürzungen und Erschwerung des Zugangs zu den Leistungen, vor

- allem im Bereich der Renten und Arbeitslosenversicherung, haben dazu geführt, daß in der Bundesrepublik eine "Neue Armut" entstanden ist. Hier muß mit einer bedarfsorientierten Grundsicherung Abhilfe geschaffen werden. Eine solche bedarfsorientierte Grundsicherung hat nichts mit den Grundrentenideen der Konservativen zu tun.
- Die Neuordnung der Finanzierung der großen Sozialleistungssysteme muß endlich angegangen werden. Ziel ist dabei die Erhaltung der Leistungsfähigkeit von Rentenversicherung und Krankenversicherung bei stabilen Beiträgen.
 - Um die Rentenfinanzierung langfristig zu sichern, ist neben den lohnbezogenen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteilen und dem Bundeszuschuß ein zusätzlicher Wertschöpfungsbeitrag für die Arbeitgeberseite einzuführen.
 - Dringend geboten ist auch der Ausbau der eigenständigen sozialen Sicherung der Frauen in der Altersversorgung.
 - Das Babyjahr in der Rentenversicherung muß allen Frauen zugute kommen und ist schrittweise auf mindestens 3 Jahre zu verlängern.
 - Eine durchgreifende Verbesserung der Hilfen für die Familien ist unerlässlich. Dazu gehören einmal die Verbesserung des Familienlastenausgleichs. Ferner sind Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorte flächendeckend und bedarfsgerecht einzurichten und zu finanzieren. Ein breites Angebot unterschiedlicher Familien- und Erziehungsberatungsstellen sollen finanziell von staatlicher Seite so unterstützt werden, daß sie von allen Familien in Bayern nach Bedarf in Anspruch genommen werden können.
 - Der soziale Wohnungsbau ist neu zu organisieren.
- Die Integration und Rehabilitation Behinderter ist weiter zu verbessern.
 - Die Sozialhilfe als nachrangiges Netz der sozialen Sicherung muß erhalten bleiben. Dabei müssen die Kommunen von den finanziellen Belastungen durch die Sozialhilfe entlastet werden. Die Sozialhilfe muß wieder stärker zur Einzelfallhilfe ausgebaut werden und durch persönliche Beratung und Betreuung stärker der sozialen Integration dienen.

Struktur­mängel im Gesundheitswesen beseitigen

Das Gesundheitswesen muß in seinem hohen Standard erhalten bleiben; aufgetretene Struktur­mängel sind zu beseitigen. Die Zersplitterung von Organisation und Kompetenzen sowie das Übergewicht der Leistungsanbieter haben eine ebenso an Rahmenvorgaben wie bürgernah orientierte Steuerung der Gesundheitsversorgung nach Bedarf verhindert. Die Interessen der Ärzte und der Pharmaindustrie haben sich als durchsetzungsfähiger erwiesen als die Interessen der Patienten und der Versicherten.

Vorsorge muß vor allem bedeuten, Krankheitsursachen durch direkte Einwirkung auf Arbeits- und Umwelt zu bekämpfen. Im Bereich der individuellen Gesundheitsvorsorge ist der Gesundheitsbildung und der Gesundheitsberatung im Alltag, in der Schule und im Beruf Vorrang einzuräumen. In enger Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern sollten deshalb Vorbeugeprogramme für typische Gefahrenlagen und Massenerkrankungen entwickelt und umgesetzt werden.

Die ambulante und die stationäre ärztliche Versorgung der Bevölkerung ist besser und kosteneffizienter aufeinander abzustimmen. Ein integriertes System von Krankenhäusern und stationären Einrichtungen soll zu einer gleichmäßigen Versorgung in allen bayerischen Regionen führen.

Der Einsatz medizinisch-technischer Großgeräte ist regional zu planen. Die Modernisierung und Sanierung von Krankenhäusern soll besonders den Abbau von Vier- und Mehrbettzimmern vor einem Neubau fördern. Unabhängig davon ist die versuchsweise Einrichtung von klassenlosen Krankenhäusern in Bayern voranzutreiben.

Die Kostendämpfung im Gesundheitswesen darf nicht durch Leistungsabbau, durch fragwürdige Selbstbeteiligungssysteme und nicht zu Lasten der Beschäftigten in der Krankenpflege erfolgen. Kostendämpfungsmaßnahmen müssen vor allem da

ansetzen, wo die Anbieter von Gesundheitsleistungen eine unverhältnismäßig starke Stellung haben. Dies kann geschehen durch:

- Kostentransparenz der ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen
- Bindungen der Arzt- und Zahnarzhonorare an die Grundlohnsumme
- Kontrolle des Preisgebarens der Kammerindustrie, insbesondere durch die Stärkung der Verhandlungsposition der Krankenkassen.

Das Risiko der Pflegebedürftigkeit muß durch gesetzliche Maßnahmen, die die gesamte Bevölkerung einbezieht, geregelt werden.

Gesundheitswesen mehr an der Person des Betroffenen orientieren

Im Gesundheitswesen muß wieder mehr die Person des Betroffenen in den Vordergrund gerückt werden. Deshalb sind die vorhandenen ambulanten sozialpflegerischen Dienste zu verbessern. Sie sollen landesweit zu einem Netz- und Dienstleistungsservice für Kranke, Alte und behinderte Menschen ausgebaut werden.

Die Verfahrensdauer in der Sozialgerichtsbarkeit ist weiter zu verkürzen, da über die materielle Lebensgrundlage vieler Menschen entschieden wird.

Die Verbände und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege sind stärker zu fördern. Der Anteil der Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen an unserem sozialen Sicherungssystem muß durch eine verlässlichere staatliche Bezuschussung anerkannt werden.

Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen sind anzuregen und zu fördern. Selbsthilfe darf jedoch nicht dazu führen, billige Arbeitskräfte zu gewinnen. Allen im Rahmen der Selbsthilfe tätigen Bürgerinnen und Bürgern ist eine entsprechende soziale Sicherung zu gewährleisten.

Die Lage der psychisch Kranken und Behinderten ist durch einen weiteren Ausbau der offenen und halbstationären Einrichtungen zu verbessern. Gegen den Willen der Kranken und Behinderten bzw. der für sie verantwortlichen Pfleger und Vormünder dürfen keine medizinischen und sonstigen Maßnahmen angewandt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland und Bayern gehören - was die Aufwendungen für das Gesundheitswesen und für soziale Dienste anbelangt - eher zu den rückständigen Ländern unter den Industriestaaten.

Ein Ausbau dieses Sektors ist nicht nur ein sozialstaatlich und humanes Gebot, sondern auch eine beschäftigungspolitische Notwendigkeit.

POLITIK MIT UND FÜR BEHINDERTE

Die moralische Qualität einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit ihren benachteiligten Bürgern umgeht - ob sie die Schwächeren integriert, akzeptiert und selbst bestimmen läßt und ihnen zu einem Höchstmaß an Selbständigkeit verhilft. Aber auch darin, welche materielle Sicherheit sie den Behinderten gibt.

Die Bayerische SPD fordert deshalb - in Verantwortung für körperliche, geistig und seelisch Behinderte und ihre Familien, eine Gleichstellung mit Familien ohne behinderte Angehörige.

Erreicht werden kann dieses Ziel durch:

- gezielte kostenlose Untersuchung zur Früherkennung bei behinderten Kindern sowie deren Frühförderung
- eine angemessene besondere oder gemeinsame Vorschulerziehung
- Erstattung der Aufwendungen für die schulische und berufliche Bildung sowie die Übernahme der Kosten bei einem notwendigen Aufenthalt in Einrichtungen
- gezielte Förderung zur Erlangung und Erhaltung des Arbeitsplatzes eines behinderten Menschen
- Ermöglichung einer selbständigen Lebensführung erwachsener Behinderteter in einer eigenen Wohnung durch geeignete ambulante Dienste und Übernahme der Kosten
- bestimmte Hilfen zur Teilnahme am kulturellen Leben und anderen Freizeitangeboten
- vor allem den behindertengerechten Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und - wo notwendig - (aufgrund der Schwere der Behinderung) den Ausbau des Behindertenfahrdienstes, gerade im ländlichen Raum.

Die Massenarbeitslosigkeit betrifft besonders Schwerbehinderte, deshalb fordern wir gezielte Beschäftigungsprogramme für diesen Personenkreis.

Grundsätze einer sozialdemokratischen Seniorenpolitik

Wie in allen anderen Lebensabschnitten, so muß es auch im Alter möglich sein, die jeweiligen individuellen Fähigkeiten und Neigungen allseits zu entwickeln und ein Leben in den gewünschten und geordneten mitmenschlichen, kulturellen und politischen Bezügen zu führen.

Hauptziele einer sozialdemokratischen Politik für ältere Menschen ist dabei die umfassende Ermöglichung einer selbständigen Lebensführung sowie deren gesicherte Kontinuität. Diese Politik strebt an, die Folgen von Benachteiligungen in früheren Lebensphasen im Alter soweit wie möglich zu mildern und menschliche und soziale Isolation, Verarmung und Vereinsamung zu verhindern. Es ist mit den Grundsätzen einer humanen Gesellschaft unvereinbar, daß alte Menschen, die oftmals ein Leben lang gearbeitet haben, von der Sozialhilfe abhängig gemacht werden.

Eine eigenständige Lebensführung im Alter setzt zuerst ein Einkommen voraus, dessen Niveau in die Nähe des Erwerbseinkommens eines vergleichbaren Beschäftigten kommt. Dies trifft für einen größer werdenden Teil der alten Menschen nicht zu. Betroffen sind vor allem Frauen, für die Lohndiskriminierung im Erwerbsleben und wegen Kindererziehung ab- oder unterbrochener Erwerbstätigkeit zu niedrigen Rentenansprüchen führt. Deshalb fordern wir eine bedarfsorientierte Grundsicherung. Die Höhe der Grundsicherung muß deutlich über dem Sozialhilfesatz liegen. Sozialdemokraten werden den Skandal der Nichtberücksichtigung der Frauen der Jahrgänge vor 1921 bei der Anrechnung des Regeljahrs in der Rentenversicherung sofort beseitigen.

In der Seniorenpolitik fordern wir bayrischen Sozialdemokraten:

- Die rechtzeitige Vorbereitung auf die dritte Lebensphase
- Die Förderung eines schrittweisen Übergangs vom Berufsleben in den Ruhestand
- Die Einbindung der älteren Mitbürger in die politischen Entscheidungsgremien aller Ebenen

- Die Förderung altengerechter Wohnungen sowie alternativer Lebens- und Wohnformen
- Den Ausbau ambulanter Dienste
- Volles Mitbestimmungsrecht in den Alten- und Pflegeheimen
- Ein altengerechtes Angebot der Freizeit-, Bildungs- und Kultureinrichtungen
- Den Ausbau der Altersmedizin und das Angebot entsprechender Krankenhaus-, Rehabilitations- und Pflegeplätze
- Tatkräftige Unterstützung von Forschung und Wissenschaft auf den Feldern der Geriatrie und Gerontologie.

SOZIALDEMOKRATISCHE JUGENDPOLITIK

Über ein Jahrzehnt lang haben Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere die Lebenschancen der nachwachsenden Generation nachhaltig beeinträchtigt.

Der damit verbundene Prozeß der Ausgrenzung von Jugendlichen aus den gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten hat zu einer tiefgreifenden Verunsicherung der Lebensperspektiven von jungen Menschen geführt.

Andererseits hat die Ausweitung und Verbesserung des Bildungssystems den vermehrten Zugang gerade von Arbeitnehmerkindern zu weiterführenden Schulen und Hochschulen gefördert. Die Zeit der Jugend ist damit auch für die große Mehrheit der Jugendlichen zu einer eigenen Lebensphase geworden, in der sich gestiegene Ansprüche an die Gestaltung von Arbeit und Freizeit entwickelt haben. Der Anspruch an die Gestaltung des individuellen Lebens und die Möglichkeiten der Realisierung fallen daher oft kraß auseinander. Insofern besteht zwischen einem gestiegenen lebens- und gesellschaftspolitischen Interesse der Jugendlichen und ihrer Skepsis gegenüber den politischen Institutionen kein Widerspruch. Jugendliche werden trotz inhaltlicher Übereinstimmung mit den Grundwerten und Zielen einer demokratischen und sozialen Gesellschaftsgestaltung von der Praxis der Politik allzu oft enttäuscht.

Die Bayerische SPD will im Rahmen umfassender Beschäftigungsprogramme und einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung gezielt gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorgehen. Wir sind im ersten Zeitabschnitt für Sonderprogramme, die besonders benachteiligte Gruppen der Jugendlichen, insbesondere junge Frauen, fördern (vgl. gleiche Chancen für Mädchen S. 50).

Die Bayerische SPD lehnt es jedoch ab, Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsnot mit bloßen Teilzeitarbeitsverhältnissen oder zeitlich befristeten Maßnahmen zu bekämpfen. Arbeits- bzw. ausbildungslose Jugendliche haben einen Anspruch auf qualifizierte Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse. Zur Finanzierung der notwendigen zusätzlichen Ausbildungsplätze müssen daher die Unternehmen durch eine entsprechende

Abgabe nach ihrer Wertschöpfung herangezogen werden. Wir haben unsere Vorstellungen dazu in Kapitel "Berufsausbildung als Zukunftsinvestition" präzisiert.

Um der strukturellen Benachteiligung von Mädchen bei der Vergabe von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen entgegenzutreten, schlagen wir eine Quotierung dieser Arbeitsverhältnisse vor. Diese beinhaltet eine entsprechende Ausweitung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, um mögliche Verdrängungseffekte zu vermeiden.

Ausgangspunkt für eine Reform der beruflichen Bildung im Interesse der Jugendlichen ist eine geplante Abstimmung zwischen Ausbildung und Beschäftigung. Die überdurchschnittlich hohe Zahl von Arbeitslosen unmittelbar nach der Ausbildung zeigt deutlich die Defizite der beruflichen Bildung in Qualifikation und Berufsausrichtung. Die betriebsspezifische Verengung der jeweiligen Ausbildung kann über eine Neuordnung der Berufe in Form von wenigen Berufsprofilen aufgebrochen werden. Nach einer einjährigen Grundausbildung schließt sich eine berufsspezifische Fachausbildung an (vgl. IG-Metall-Vorschläge zur Reform der beruflichen Bildung).

Bayerische Sozialdemokraten wissen die Bedeutung der Jugendverbände für die Jugendarbeit, für die Gesellschaft und insbesondere für die Jugendlichen zu schätzen. Wir erkennen und fördern die jugendpolitische Vertretung durch die Landesjugendverbände und durch den Bayerischen Jugendring. Jugendpolitik ist nach sozialdemokratischer Auffassung keine Ressortpolitik; vielmehr spricht sie, wie im übrigen die Jugendverbände, alle politischen Bereiche im Interesse der Jugendlichen an. Viele gesellschaftliche Fragen sind Gegenstand der Bildungs- und Jugendarbeit der Jugendorganisationen geworden, seien dies Frieden, Umwelt, soziale und ökonomische Zukunftssicherung, Gleichberechtigung von Mann und Frau. Besonders begrüßen die Bayerischen Sozialdemokraten das Einmischen der Jugendverbände im Interesse der Jugendlichen im politischen Bereich. Dies bedeutet für uns, daß emanzipatorische Arbeit wieder zum Primat der Jugendpolitik werden muß. Für uns geht es nicht um "mehr Freiräume" für die Jugendarbeit; vielmehr müssen Kreativität gefördert, Projekte und Aktivitäten neu getestet und erprobt werden können.

Deshalb fordern Bayerische Sozialdemokraten:

- Stärkung der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, der Jugendsozialarbeit und Erhöhung der Mittel für die Jugendarbeit.
- Nach jahrelanger Kürzung bzw. Einfrierung von Mitteln für Jugendarbeit muß schnellstens eine konjunktur- und haushaltsunabhängige finanzielle Förderung der Jugendarbeit und somit die Planungssicherheit für die Jugendverbände erreicht werden.
- Verstärkte Förderung von Projekten, die den veränderten Lebensbedingungen von Jugendlichen Rechnung tragen.
- Insbesondere muß die Mädchenarbeit über Einrichtungen von "Mädchentreffs" und Frauenzentren verstärkt gefördert werden.

Zentrales Anliegen: Verteilungsgerechtigkeit

Unser Steuerrecht wird von dem Grundsatz bestimmt: "Wer wenig verdient, zahlt wenig Steuern und wer mehr verdient, zahlt mehr Steuern". Die Steuerpolitik der Bundesregierung fördert jedoch die Tendenz, daß die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden.

Während die Lohnsteuerzahler jährlich um Milliarden mehr an das Finanzamt abführen müssen, haben sich die selbstveranlagten Einkommenssteuerzahler ihre Reform längst selbst gemacht. So sank das Einkommen an Einkommenssteuer in den letzten fünf Jahren um 8,2 Milliarden DM; demgegenüber stieg das Aufkommen an Lohnsteuer im gleichen Zeitraum um 36,1 Milliarden DM an. Auch die Einnahmen aus der Vermögenssteuer sind um 10 % seit der Wenderregierung zurückgegangen. Das hat u.a. dazu geführt, daß die Realeinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit der Machtübernahme der konservativen Bonner Regierung um 5 Prozent gesunken sind. Demgegenüber stiegen die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im ersten Halbjahr 1982 zum ersten Halbjahr 1985 um 41 Milliarden DM, oder real um 23,2 Prozent. Das Fazit: Unter der Wenderregierung hat eine scharfe Umverteilung des Volksvermögens stattgefunden. Das Einkommen der Unternehmer und Vermögensinhaber ist um 23 % gestiegen. Die Subventionen des Staates sind im Zeitraum 1982/85 um, sage und schreibe, 30,4 Prozent gestiegen.

Es kann nicht verwundern, daß auch beim Familienlastenausgleich von der Wenderregierung die Einkommensstarken bevorzugt und die Einkommensschwachen benachteiligt werden. Die Bayerische SPD setzt sich dafür ein, daß die unerreichten steuerlichen Kinderfreibeträge wieder abgeschafft werden. Sie führen dazu, daß dem Fiskus das Kind eines Spitzenverdieners mehr als doppelt so viel wert ist, wie das Kind eines Normalbürgers.

Wir Sozialdemokraten befürworten demgegenüber eine Erhöhung des Kinder-

gelds, das für alle Bürger gleich hoch sein soll. Um der Forderung nach der Berücksichtigung der Kinder bei der Steuerlast zu genügen, befürwortet die SPD, das Kindergeld von der Steuer-schuld abzuziehen und damit die Abwick-lung auf das Finanzamt zu übertragen. So wird unser Steuersystem nicht nur familienfreundlicher und sozial gerech-ter gestaltet, sondern auch ein wich-tiger Schritt zur Verwaltungsverein-fachung geleistet.

Für die bayerischen Sozialdemokraten macht eine Steuerreform nur dann Sinn, wenn die unteren und mittleren Lohn- und Einkommensgruppen entlastet werden. Deshalb befürwortet die SPD eine Er-höhung des Grundfreibetrags, die Aus-dehnung der unteren Proportionalzone und die Abflachung im Bereich der un-teren und mittleren Progressionszone. Wir fordern die konsequente Anwendung des bestehenden Steuerrechts, um alle Formen des leistungslosen Einkommens zu erfassen. Finanziert werden muß eine solche Reform im wesentlichen durch den Abbau von Schlupflöchern im Steuerrecht und unberechtigter Subventionen.

SOZIALDEMOKRATISCHE UMWELTPOLITIK

Ziel sozialdemokratischer Umweltpolitik ist es, den technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Einklang zu bringen mit der Erhaltung der natürlichen Umwelt. Die einzelnen Faktoren unseres Umwelt-systems - Luft, Wasser, Boden, Tier- und Pflanzenwelt sowie deren Lebensräume - dür-fen durch den Menschen nur insoweit beein-flußt werden, als dadurch das Gleichgewicht des Naturhaushalts insgesamt nicht gestört wird und somit auch die Gesundheit und die natürlichen Lebensbedingungen des Menschen selbst, der Teil der Natur ist, im Arbeits-prozeß und im Wohn- und Freizeitbereich nicht gefährdet werden.

Deshalb muß die Artenvielfalt der Natur er-halten bleiben. Landschaftsplanung soll nicht nur für ein schönes Landschaftsbild sorgen, sondern auch die Schaffung und Er-haltung geschützter Lebensräume für Tiere und Pflanzen zum Ziel haben.

Das Maß der Rohstoff- und Energienutzung ist an diesen Zielen und an der Verantwor-tung gegenüber den kommenden Generationen auszurichten.

Notwendig zur Erreichung dieser umweltpoli-tischen Ziele sind

- die Umstrukturierung von Produktion und Konsum auf Gebrauchswerte, orientiert am gesellschaftlichen Bedarf, und der planmäßige Einsatz menschlicher Arbeit für die Erhaltung der Natur
- die Anpassung der Produktionsverfahren und der Produkte an die Funktionsprin-zipien des Naturhaushalts, d.h. die Ausrichtung der Produktion nach biolo-gischen Verfahren, Kreislaufökonomie der eingesetzten Materialien, Effekti-vierung und Energieumwandlung und -ein-satz nach den in der Natur verwirklich-ten Prinzipien, Vielfalt von Produktion und Konsum nach den regional unter-schiedlichen ökologischen Bedingungen und den kulturell bedingten Unterschie-den der Bedürfnisse.

Dazu sind

- der Wirtschaft umweltpolitische Rahmen-bedingungen zu setzen

- die Planungen und Maßnahmen der öffentlichen Hand an ökologischen Kriterien zu orientieren
- das Umweltbewußtsein der Bürger im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessensgegensätze zu schärfen.

Sozialdemokraten wollen ihre umweltpolitischen Ziele durchsetzen über die Anwendung des Vorsorge- und Verursacherprinzips. Ziel ist es, daß das Verursacherprinzip, das im wesentlichen in der Korrektur bereits eingetretener Schäden auf Kosten der Verursacher besteht, im Vorsorgeprinzip als einer vorbeugenden Vermeidung von Belastungen und Schädigungen durch Umweltplanung und -gestaltung aufgeht.

Aufklärung tut not - Durchsetzung
nicht minder

Zwar ist das Umweltbewußtsein stärker geworden - dies allein reicht jedoch nicht aus. Die Bayerische SPD fordert deshalb:

- Ausbau der Umweltdatenerfassung, -überwachung und -information als Basis einer vorausschauenden Umweltpolitik und ständige Verbesserung der Organisation des Umweltschutzes durch:
 - Verstärkung der Umweltüberwachung durch entsprechende organisatorische, apparative und personelle Ausstattung
 - Aufbau eines umfassenden Meßstellen-netzes (d.h. mehr Meßorte, Erfassung weiterer Schadstoffe)
 - umfassende Information der Öffentlichkeit über Zustand und Entwicklung der Umweltbelastungen, Veröffentlichung jährlicher Umweltberichte
 - frühzeitige Bürgerinformation und -beteiligung bei allen umweltrelevanten Planungen und Maßnahmen
 - Verstärkung der Bürgeraufklärung und -beratung in Umwelt- und Energiefragen und der Werbung für umweltfreundliche, energiesparende Maßnahmen und Produkte
 - Förderung von in Umweltfragen engagierten Bürgern und Gruppen, insbesondere des "Bund Naturschutz"
- Verstärkung der Umweltforschung zur Untersuchung der ökologischen, sozialen, ökonomischen, politischen und rechtlichen Voraussetzungen für Entstehung und Bewältigung des Umweltproblems, unter Mitwirkung der Gewerkschaften und unter öffentlicher, demokratischer Kontrolle, einschließlich einer Wirkungsforschung für Produkte und Verfahren bei Unternehmern und Staat
- Umweltverträglichkeitsprüfungen für Produkte, Produktionsverfahren und deren Folgen
- Einführung des Fachs "Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz" in die Lehrpläne der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen sowie an den Hochschulen.

Gesichertes Wissen über umweltschädliche oder umweltschonende Produkte und Verfahren muß stärker als bisher an den Schulen und über die Medien verbreitet werden.

Vorhandene Gesetze sollen die Umwelt schützen. Es mangelt jedoch am strengen Vollzug dieser Gesetze. Vor allem fehlt das Personal, um den Umweltverschmutzern auf die Spur zu kommen. Wir bayerischen Sozialdemokraten fordern deshalb: Umweltschutzvergehen dürfen nicht länger den Charakter von Kavaliersdelikten haben, die nur auf dem Papier strafbar sind.

- Einführung der Verbandsklage für Naturschutzverbände
- Lehrstühle für Arbeitsmedizin und Umweltforschung sind an bayerischen Universitäten einzurichten.

Notwendig sind darüberhinaus:

- Verbesserung des gesetzlichen Instrumentariums und Erweiterung des Maßnahmekatalogs; Ablösung des Verursacher- und Gemeinlastenprinzips durch das Prinzip der Herstellerverantwortlichkeit und die Hinwendung zum Vermeidungs- und Erhaltungsprinzip; eine Beweislastumkehr mit der der Investor zum Nachweis der Umweltverträglichkeit seines Produkts gezwungen wird; Verbot und vorübergehende Stilllegung des Betriebs von Anlagen schon bei Verdacht auf Umweltschädigung, Verpflichtung zur Nachrüstung veralteter Anlagen. Festlegung gesetzlicher Mindeststandards der Umweltqualität mit regional differenzierter Verschärfungsmöglichkeit nach ökologischen, sozialen und kulturellen Bedingungen
- Verbesserung der personellen und sachlichen Ausstattung der Gemeinden und Überwachungsbehörden im Umweltschutzbereich
- Absicherung und Erweiterung der öffentlichen Kontrolle und Mitwirkung bei Genehmigung zur Errichtung und Veränderung von Produktionsanlagen
- Verstärkung der Zusammenarbeit und der Einflußmöglichkeiten der betroffenen Bürger
- Paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in allen umweltrelevanten Bereichen und Problemen

Für ein ökologisches Sofortprogramm -
gegen Waldsterben, Vergiftung von Wasser,
Boden und Luft und die Zerstörung von Natur
und Landschaft.

Von Jahr zu Jahr spitzen sich die ökologischen Probleme zu. Trotz der anhaltenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, trotz Lebensmittelskandalen, fort-dauernder Luftverschmutzung, Zersiedlung der Landschaft in Bayern, hat es die CSU versäumt, den ökologischen Erfordernissen in ausreichendem Maße Rechnung zu tragen. Die Fixierung der CSU auf die Interessen der Industrie und der Großgrundbesitzer führt zur Blockade dringend notwendiger Maßnahmen und Gesetze im Umweltbereich. Erst der anhaltende Druck der bayerischen Bürger und der Sozialdemokraten haben zur Aufnahme des Umweltgedankens in die Bayerische Verfassung und zu einem Maßnahmenkatalog geführt. Durch die schönen Worte der CSU allein werden die umweltpolitischen Probleme Bayerns aber nicht weniger. Statt der Worte braucht es Taten. Finanzmittel der öffentlichen Hand müssen umgehend vor allem in folgenden Bereichen verstärkt eingesetzt werden:

- Verbesserung des Grundwasserschutzes und der Wasserqualität der Oberflächengewässer durch Ausbau der Kläranlagen mit biologischen und chemischen Stufen, Verschärfung des Abwasserabgabengesetzes, Verbot der Verwendung von Phosphaten in Wachsmitteln, Reduzierung der Wärmebelastung durch Abwärmenutzung und Erhebung einer Abwärmeabgabe für Großemittenten, Einführung einer Starkverschmutzerabgabe und emittentennahe Überwachung
- Sicherung des natürlichen Wasserhaushalts durch verstärkte Wasserrückhaltung, Regenwasserversickerung, Erhaltung der natürlichen Wasserspeicher und Grundwasserleiter, Maßnahmen zur Verringerung des Wasserverbrauchs, Abbau der Tarifvergünstigungen für gewerbliche Großverbraucher, Wiederverwendung des Brauchwassers bei Großverbrauchern.
- Sanierung der Luft, Reduzierung der Emissionen aus Produktionsanlagen, Kraftwerken, Kfz-Verkehr und Hausbrand durch Abgas- und Abluftreinigung
- (Schwefeldioxyd, Stickoxyden, Staub, usw.), Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes, Katalysatorzwang und Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen, Einsatz umweltfreundlicher Technologien, insbesondere bei der Raumheizung (z.B. Fernwärme und Gas statt Öl und Kohle)
- Offenhalten von klimatisch wichtigen Freiflächen und Schutz von Waldgebieten, intensiverer Schutz der Reinluftgebiete durch Verbesserung des Bundesimmissionsschutzgesetzes
- Reduzierung der Lärmbelästigung am Arbeitsplatz, im Wohn- und Freizeitbereich durch Lärmbekämpfung an der Quelle (Produktionsverfahren, Kfz usw.), Verkehrsberuhigung, Herabsetzung der geltenden Lärmgrenzwerte sowie passive Schallschutzmaßnahmen, wo präventive Maßnahmen nicht mehr greifen können
- Überprüfung von Umweltchemikalien und Arbeitsstoffen auf gesundheits- und umweltgefährdende Eigenschaften vor Aufnahme der Produktion, Überwachung der Herstellung, Behandlung und Anwendung von Lebensmitteln, Arzneimitteln und Pestiziden, Umweltverträglichkeitsprüfung bei allen umweltwirksamen öffentlichen und privaten Investitionen und Erstellung von Wirkungskatastern, insbesondere eines bundesweiten Krebskatasters
- Verbot der Verwendung von Streusalz im Straßenwinterdienst
- Erstellung von Bodenkatastern
- Erfassung, Sicherung, Überwachung und Sanierung der Altlasten, wobei die Finanzierung aus einem von der Industrie zu finanzierenden Altlastenfond erfolgen muß
- Verhinderung des fortschreitenden Landschaftsverbrauchs durch Umorientierung der Verkehrswege-, der Wohnungsbau- und Siedlungsplanung; Schutz intakter Ökosysteme, Ausbau des Artenschutzes, verstärkte Festlegung besonderer Schutzgebiete (Natur-, Landschaft-, Wasser-)

- Orientierung der Raumordnung, der Landschafts-, Struktur-, Stadtentwicklungs- und Bauleitplanung an sozialen und ökologischen Kriterien sowie Entwicklung von Kriterien für die Standortplanung für industrielle Ansiedlungen.

GESUNDHEIT DURCH GESUNDE UMWELT

Eine vergiftete Umwelt schädigt alarmierend die menschliche Gesundheit. Nicht nur pflanzliche Organismen sterben; auch wir Menschen werden in wachsendem Maße direkt geschädigt. Die vielen chemischen Stoffe in der Umwelt, deren Auswirkungen für Mensch und Natur noch weitgehend unbekannt sind, schwächen zusammen mit anderen Umweltschadstoffen die Körperabwehr. Das menschliche Immunsystem reagiert: Allergieverkrankungen steigen sprunghaft an. Betroffen davon sind vor allem Kinder und ältere Menschen. So leiden rund 400.000 Kinder jährlich an Hauterkrankungen; 600.000 Kinder haben Asthma.

Dies ist nur die Spitze des Eisbergs. Unbestritten ist, daß Umweltfaktoren folgende Krankheiten verursachen oder verstärken:

- Atemwegserkrankungen
- Herz- und Kreislauferkrankungen
- Schädigungen von Leber und Nieren
- bösartige Tumore
- Hauterkrankungen
- Erbgutveränderungen
- Mißbildungen.

Der Zusammenhang zwischen Umweltschadstoffen und menschlicher Gesundheit ist offensichtlich, aber zu wenig erforscht. Die beste Vorsorge ist eine konsequente Umweltschutzpolitik, die diese Schadstoffe gar nicht erst entstehen läßt und damit - neben der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen - das kostbarste Gut des Menschen, seine Gesundheit, schützt.

Gesundheitspolitik muß stärker auf Vorsorge zielen. Die bayerischen Sozialdemokraten fordern:

- die Erforschung der umwelttoxikologischen Einflüsse auf den einzelnen Menschen sind schwerpunktmäßig zu erforschen
- die Schadstoffe in der Umwelt, besonders im Arbeits- und Wohnbereich, sind zu vermindern
- schadstofffreie Lebensmittel haben Vorrang
- die Umweltmedizin ist besonders zu fördern

- Produktionsverfahren und Arbeitsplätze, die die Gesundheit besonders gefährden, sind vermehrt zu überwachen
- gesundheitliche Aspekte bei der Gestaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen sind bereits in der Planung zu berücksichtigen.

Umweltschutz am Arbeitsplatz und im Betrieb

Umweltschutz und menschengerechte Gestaltung der Arbeitsplätze bilden eine Einheit; demgemäß ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben eine vorrangige Zielsetzung sozialdemokratischer Umweltpolitik:

- Einsatz des technischen Fortschritts zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Lärm, Schadstoffe, Hitze u.a.) durch die Einführung gesundheitsschonender Produktionsverfahren - Verringerung der Schichtarbeit
- Verstärkung des Arbeitsschutzes und Überwachung durch die Gewerbeaufsicht
- Ausbau der Arbeitsmedizin und der betriebsärztlichen Betreuung und Überwachung
- Verstärkte arbeitsmedizinische Betreuung der Betriebe und Verwaltungen
- Paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften im Betrieb und auf Unternehmensebene, ausgedehnt auf alle umweltrelevanten Bereiche und Probleme
- Sicherung der Arbeitsverhältnisse bei umweltpolitisch notwendigen Voll- oder Teilstillegungen.

Für den ökologischen Umbau der Produktion und eine ökologische Umorientierung des Konsums

Umweltpolitik hat sich in der Vergangenheit im wesentlichen darauf beschränkt, auf bereits eingetretene Umweltschäden zu reagieren. So wichtig dies ist: Reparatur allein genügt nicht. Die Anpassungsstrategien müssen zu Vermeidungsstrategien weiterentwickelt werden.

Das bedeutet, daß die Produktion umstrukturiert werden, der Konsum sich umorientieren muß. Deshalb ist vor allem zu fordern:

- Analyse von Produkten und Produktionsverfahren auf umwelt-, rostoff-, energie- und sozialbelastende Wirkungen bei Herstellung, Ge- bzw. Verbrauch und Beseitigung sowie Entwicklung von Alternativprodukten und alternativen Produktionsverfahren
- Gezielte Steuer- und Ausgabenpolitik und gesetzliche Normierung zur Einführung langlebiger, wartungs- und reparaturfreundlicher Gebrauchsgüter: in Zukunft sind Regularien (gesetzliche Regelungen, Abgaben, steuerliche Vorteile) einzuführen für den Ausstoß von Schadstoffen, unnötiges Verpackungsmaterial, das Einleiten giftiger Abwässer in Flüsse und Seen, die Abwärme aus Kraftwerken und Industriebetrieben, die unsere Flüsse aufheizen, sowie für Chemikalien, die unsere Böden belasten. Wer seine Produktion umstellt und Schadstoffe vermeidet, kann sich von der Abgabe befreien. So wird mit dieser Abgabe auch ein Anreiz geschaffen, energieeinsparende und umweltschonende Technologien zu entwickeln
- Verbot von umweltzerstörenden Ressourcen, verschwendenden und sozial belastenden Produktionsverfahren und Produkten.

Notwendig sind Investitionsprogramme und Maßnahmen der öffentlichen Hand in den ökologisch besonders bedeutsamen Bereichen: Energiewirtschaft, Verkehrssystem, Abfallwirtschaft und Landwirtschaft.

Tierschutzpolitik der Bayerischen SPD

Weltweit werden jährlich etwa 300 Mio. Versuchstiere einer grauenvollen Prozedur unterzogen. Sie werden eingesetzt für Forschungs- und Versuchszwecke der Industrie, der Waffenentwicklung, der Raumfahrt und der Gentechnik.

In unserer Rechtsordnung ist das Tier als Sache eingeordnet. Wir betrachten das Tier als unser Mitgeschöpf. Tierschutz hat sich an dieser Maxime auszurichten.

Die bayerischen Sozialdemokraten fordern deshalb ein prinzipielles Verbot von Tierversuchen, d.h.

- Verbot, ohne Ausnahme, von Tierversuchen für Kosmetika, Genußmittel- und zur Waffenentwicklung und -erprobung
- gesetzliche Definition und präzise Indizierung für Ausnahmen im medizinischen Bereich
- über Ausnahmen befinden Ethikkommissionen, die in Drittelparität zusammengesetzt sind: Aus Vertretern der Tierversuchsinteressenten, Vertretern der geisteswissenschaftlichen Fakultäten und von Tierschutzorganisationen benannten Fachleuten
- Abgaben für alle durchgeführten Tierversuche, die einem Fond zur Erforschung von Alternativmethoden zugeführt werden
- Verpflichtung des Staates - aber auch aller Organisationen, die Tierversuche durchführen - Alternativmethoden zu entwickeln bzw. zu fördern
- Einrichtung von Datenbanken für Tierversuche, um Doppelversuche zu verhindern
- Bestellung von Tierschutzbeauftragten, die selber keine Tierversuche durchführen dürfen.

Wir fordern weiterhin

- die Einschränkung der tierquälerischen Massentierhaltung

- ein Verbot der Batteriehühnerhaltung
- ein Verbot des Medikamenteneinsatzes, außer für Heilzwecke
- detaillierte Vorschriften für artgerechte Haltung auf der Grundlage der Erkenntnisse der Tierverhaltensforschung
- ein Verbot für quälereisiche Tiertransporte und das Gebot, Schlachttiere am nächstgelegenen Schlachthof zu töten
- Berufsausbildungspflicht und Befähigungsnachweis für den Zoohandel
- ein Verbot der Haltung und des Handels mit exotischen Tieren und die strikte Einhaltung des Washingtoner Artenschutzabkommens.

FÜR EINE HUMANE UND UMWELTFREUNDLICHE VERKEHRSPOLITIK

Die SPD will die Industriegesellschaft ökologisch erneuern. Für den Verkehr in der Industriegesellschaft heißt dies: Er muß einer arbeitsteiligen und hochtechnisierten Volkswirtschaft, aber auch einer fortgeschrittenen Freizeitgesellschaft entsprechen. Er darf andererseits nicht Natur und Landschaft schädigen und menschliche Gesundheit bedrohen.

Bayern wird insbesondere durch einen nationalen und internationalen Schwerlastverkehr belastet. Die Autobahn Würzburg-München-Landesgrenze ist eine der meist befahrenen Strecken Europas mit Massenunfällen und einem hohen Maß an Umweltbelastung. Der Güterfernverkehr auf Bayerns Straßen wird bis zum Jahre 2000 voraussichtlich noch einmal um mehr als 70%, der nationale und internationale Transitverkehr sogar um 111% anwachsen. Demgegenüber soll der Eisenbahnverkehr stagnieren. Diese Prognose darf nicht Wirklichkeit werden.

Wir Sozialdemokraten fordern daher:

- Der Verkehr auf der Schiene ist gegenüber dem Straßenverkehr zu fördern. Massengüter müssen auf die Schiene. Der Staat darf die Bundesbahn gegenüber dem Straßenverkehr nicht länger benachteiligen. Die Bundesbahn-Neubaustrecken Aschaffenburg-Würzburg-Nürnberg-München und Ulm-Augsburg-München bis zur Landesgrenze sind unverzüglich zu bauen, weitere in Angriff zu nehmen.
- Dabei ist jedoch auf ökologische Belange und auf die Kriterien von Kapazität und Angebot größeres Gewicht zu legen, als auf den reinen Gewinn an Geschwindigkeit. Entsprechend der Vergrößerung dieses Angebots sind die innerdeutschen Kurzflugstrecken zu streichen.
- Für Hunderttausende von Arbeitnehmern im Berufsverkehr müssen endlich auch die Mittelstrecken der Bahn verbessert werden. Ober- und Mittelzentren sollen im Taktverkehr erreichbar sein. Die Tarife für Berufstätige, Studierende und Schüler haben eine unzumutbare

Obergrenze erreicht. Sie müssen gesenkt werden. Mit der übrigen Tarifgestaltung soll Verkehr von der Straße auf die Schiene gezogen werden. In München und Nürnberg sind die U- und S-Bahnen weiter auszubauen.

- Die Bundesbahn muß attraktiver und billiger werden. Eine attraktivere Preisgestaltung und eine Absenkung der Tarife soll das Umsteigen vom Auto auf die Bahn fördern. Anstelle der Stilllegung von Schienenstrecken und Verschlechterungen des Service im Bezirks- und Nahverkehr ist das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel in Bayern zu verbessern, indem

- modernes Wagenmaterial geschafft wird,
- die Bahn im Wettbewerb gestärkt wird.
- Dies ist z.B. möglich durch die Einführung einer von Verkehrsmitteln unabhängigen Entfernungspauschale im Steuerrecht, einem Verzicht auf die Mineralölsteuer für öffentliche Verkehrsmittel und einer Übernahme aller Altschulden der Bahn durch den Bund.
- Vorrang für Busse und Bahnen in Bayern. Ein verbesserter öffentlicher Nahverkehr bringt mehr Lebensqualität in die Städte und Landkreise, macht die Innenstädte attraktiver und vermindert die Abhängigkeit der Bürger im ländlichen Raum vom Auto - ganz zu schweigen von seinem umweltschützenden Wert. Deshalb müssen die Verbesserungen im Nahverkehr von Bund und Land, Bundesbahn und Kommunen gemeinsam getragen werden. Gegenteilige Entwicklungen - wie der Rückzug der Bahn aus der Fläche - haben eine verheerende Wirkung.

Die SPD tritt dafür ein, daß

- ein weiterer Pfennig aus der Mineralölsteuer für Investitionen in den öffentlichen Personen-Nahverkehr aufgebracht wird,
- der Freistaat Bayern sich finanziell am Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs beteiligt und den Aufbau wei-

terer Verkehrsverbünde sowie die Beschaffung von Bussen und den Ausbau der Bahn bezuschußt. Weiter streben wir eine Integration des Schülerverkehrs in den öffentlichen Linienverkehr an,

- die Städte und Landkreise ihr Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln in engerer Zusammenarbeit mit der Bundesbahn verbessern. Dazu gehört die Vereinheitlichung der Tarife und der Fahrscheinautomaten ebenso wie die Errichtung von Stellplätzen für Autos, Motorräder und Fahrräder an den Haltestellen im Außenbereich der Städte,
- ein Abbau der Verkehrsspitzen durch eine Staffelung der Schul- und Arbeitszeiten ermöglicht und eine Ausdünnung der Fahrtakte am Abend und am Wochenende verhindert wird,
- der Straßenbau ist auf Lückenschließungen, umweltfreundliche Ortsumfahrungen, auf Lärmschutz- und Verkehrssicherheitsmaßnahmen sowie auf den Radwegebau zu konzentrieren. Für Kfz sind Abgaswerte vorzuschreiben, die dem jeweiligen Stand des technischen Wissens entsprechen. Dies ist durch den sofortigen, gesetzlich vorzuschreibenden Einbau von Abgaskatalysatoren in alle Neuwagen und die finanziell geförderte Umrüstung der Altwagen innerhalb einer angemessenen Frist zu erreichen,
- auf Autobahnen ist das Tempo 100 km/h, auf Bundesstraßen das Tempo 80 km/h einzuführen, nicht nur um die ökologische Belastung zu mindern, sondern auch um die Zahl der Verkehrstoten und -verletzten wirksam zu senken.
- für innerstädtische reine Wohn- und Spielstraßen ist die Geschwindigkeit auf 30 km/h vorzusehen.

VERMEIDEN UND VERWERTEN STATT WEGWERFEN

Die Wegwerfgesellschaft beginnt zu ersticken!

Das Müllvolumen Bayerns hat in den letzten 10 Jahren um 60 % zugenommen. Die Hälfte des Hausmülls besteht aus Verpackungen. Mülldeponien und Müllverbrennungsanlagen reichen nicht mehr aus. Die Abfälle wachsen uns, wenn nichts geschieht, über den Kopf. Das Gebot der Stunde heißt: Müllvermeidung.

Die Bayerische SPD fordert daher eine grundlegende Umorientierung der Abfallwirtschaft. An die Stelle der vorherrschenden energie-, rohstoff- und landschaftsverwendenden und die Umwelt belastenden reinen Abfallmengenverwaltung und -beseitigung muß eine Abfallwirtschaft treten, die sich am Ziel der Ressourcenschonung, der größtmöglichen Schadstoffreduzierung und der Einordnung in die natürlichen Stoff- und Energiekreisläufe orientiert.

Dazu notwendig sind Maßnahmen im Produktionsprozeß, die die Verwendung von Schadstoffen und deren Verteilung auf die Endprodukte weitestgehend vermeiden, die Entwicklung von rohstoff- und energiesparenden Produktionsverfahren sowie von Produkten, die biologisch abbaubar, d.h. in den natürlichen Stoffkreislauf rückführbar sind (Abfallvermeidung und Produktentgiftung). Überfälliger erster Schritt: das sofortige Verbot der Einwegverpackung.

Der Hausmüll und der hausmüllähnliche Gewerbemüll ist dezentral, verbrauchernah in organische Abfälle und Altstoffe zu trennen, d.h. organische Abfälle dem natürlichen Stoffkreislauf durch Kompostierung wieder zurückzuführen; alle Wertstoffe wieder dem Produktionsprozeß zuführen. Da die Organisation des Vor- und Aussortierens nicht einfach ist, müssen Staat und Kommunen eine Schrittmacherfunktion übernehmen. Diese besteht auch in Aufklärung. Kommunale Sammelstellen müssen in zumutbarer Entfernung liegen.

Bauschutt und Erdaushub müssen aussortiert und wiederverwertet werden. Allein in Bayern stellen sie rd. die Hälfte des gesamten Abfalls. Durch die Wiederverwertung kann bei diesen großen Mengen viel Deponieraum eingespart werden. Die knappen Roh-

stoffe, wie Kies und Sand, werden geschont und die Naturzerstörung durch verminderten Kiesabbau reduziert. Die nach Aussortierung noch verbleibenden Reststoffe sind sicher und rückholbar zu deponieren. Es müssen Anreize geschaffen werden, die Bürger zu veranlassen, den Kauf von Verpackungsmaterial zu unterlassen.

Der weitere Ausbau der Abfallverbrennung ist wegen der Schadstoffbelastung von Luft und Wasser und der Vernichtung von Biomasse und Bodennährstoffen abzulehnen. Bestehende Abfallverbrennungsanlagen sind mit optimalen Verbrennungstechniken zu betreiben und mit Rauchgas- und Abwasserreinigungsanlagen nach dem neuesten Stand der Technik und der Wissenschaft auszustatten. Die Verbrennung von Kunststoffen ist umgehend einzustellen; sie müssen getrennt eingesammelt bzw. aussortiert und bis zu einer umwelt- und energieschonenden Wiederverwertung zwischengelagert werden.

Der Betrieb bestehender Abfallverbrennungsanlagen ist im Zuge des Ausbaus von Recycling und Kompostierung schrittweise zurückzufahren.

Restmüll wird es immer geben. Die 14 Müllverbrennungsanlagen in Bayern reichen dann aus, um den nicht verwertbaren Restmüll zu beseitigen. Der Bau weiterer Verbrennungsanlagen ist somit nicht notwendig.

FÜR EINE UMWELTSCHONENDE UND EXISTENZSICHERNDE LANDWIRTSCHAFT

Der ländliche Raum ist Lebens- und Arbeitsstätte; er stellt wichtige natürliche Ressourcen zur Verfügung, deren Wert unsere nach wie vor industriell geprägte Gesellschaft zunehmend erkennt. Ein unkontrollierter Wandel der vorhandenen Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum birgt u.a. die Gefahr der Entleerung ganzer Regionen und der Zerstörung der ländlichen Sozialstruktur in sich. Dagegen sich zur Wehr zu setzen ist das Prinzip, den unvermeidlichen Strukturwandel sozial- und ökologisch-verträglich ablaufen zu lassen!

Wir Sozialdemokraten wollen gesicherte Existenzen in einer umweltschonenden Landwirtschaft. Der ländliche Raum ist gleichermaßen Lebensgrundlage für die Landbevölkerung, Existenzgrundlage für die Landwirte, schützenswerter Natur-, Erholungs- und Freizeitraum für Städter, sowie Fremdenverkehrsraum. Sozialdemokratische Agrarpolitik berücksichtigt all diese Funktionen gleichermaßen. Sie setzt sich daher folgende Ziele:

- Schutz und Förderung bäuerlicher Existenzen.
- Reform des EG-Agrarmarkts durch Abbau der Überschüsse
- Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten, hochwertigen und schadstofffreien Lebensmitteln.
- Schutz und Pflege von Natur und Landschaft.
- Bereitstellung von Freizeit- und Erholungsräumen.
- Erhalt einer lebenswerten, dörflichen Kultur.
- Schutz und Förderung bäuerlicher Existenzen; vorrangig jener, die sich für gesunde umweltschonende Produktionsweisen entscheiden.
- Reform des EG-Agrarmarkts durch Abbau der Überschüsse.
- Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten, hochwertigen und schadstofffreien Lebensmitteln.
- Im Vordergrund staatlicher Förderung steht die Lebensmittelqualität, nicht die Quantität.
- Förderung jener Landwirte, die im Interesse der Erhaltung der vielfältigen

Naturteile ihrer Böden brachliegen lassen, feuchte Wiesen erhalten, Hecken neu pflanzen, Wassergräben offen lassen, an Gewässern Schutzzone nicht bewirtschaften.

Auch im ländlichen Raum wird nur eine umweltverträglich betriebene Wirtschaft zu nachhaltigen Erträgen führen und auf diese Weise einer gesunden ländlichen Entwicklung die Basis geben können. Gleichzeitig ist die umweltverträgliche Landbewirtschaftung Vorbedingung für die Produktion einwandfreier Lebensmittel zu angemessenen Preisen.

EG-AGRARMARKT REFORMIEREN

Die EG-Agrarpolitik befindet sich in einer Sackgasse. Landwirte, Steuerzahler und Verbraucher sind mit dieser Politik unzufrieden. Die Kosten der Agrarpolitik explodieren, ohne daß es gelungen ist, vor allem den kleineren, in ihrer Existenz gefährdeten, landwirtschaftlichen Betrieben ein angemessenes Einkommen zu sichern. Während die Kosten der EG-Agrarpolitik von 1981-85 um 80 Prozent auf mittlerweile 45 Mrd. DM gestiegen sind, gingen die Einkommen der Landwirte von 1981-84 um 8 Prozent zurück.

Bei den Bauern kommt nur rund ein Drittel der finanziellen Mittel an. Von den Marktförderungen profitiert in erster Linie die Verarbeitungsindustrie, wie z.B. Molkereien, Schlachthöfe und Zuckerfabriken, Landhandel und Lagerhaltung.

Die Überschußproduktion auf den Agrarmärkten hat mittlerweile gewaltige Ausmaße angenommen. In den Lagerhäusern der EG liegen z.Zt. 1,3 Mio. Tonnen Butter, 850.000 Tonnen Rindfleisch und 900.000 Tonnen Magermilchpulver und 20 Millionen Tonnen Getreide. Die Überschußbestände haben einen Wert von ca. 25 Mrd. DM. Die jährlichen Lagerkosten betragen über 5 Mrd. DM. In der EG werden volkswirtschaftliche Ressourcen (Boden, Arbeit, Kapital) in einem unvorstellbaren Ausmaß verschwendet.

Die Einkommen der Landwirte können zur Zeit deshalb nicht mehr über höhere Agrarpreise gesichert werden. Wer angesichts der steigenden Überschußproduktion und dem damit verbundenen immensen Finanzaufwand noch eine aktive Preispolitik fordert, will anscheinend nicht mehr wahrhaben, daß das jetzige System der nahezu unbegrenzten Interventionspflicht des Staates nicht mehr finanzierbar ist. Die einseitige Ausrichtung auf die Preispolitik hat zur Folge, daß die Landwirte immer mehr produzieren müssen, um ihr Einkommen zu sichern. Langfristig ist dieses System zum Scheitern verurteilt. Landwirtschaft-

liche Existenzen werden vernichtet, die Umwelt durch intensivere Produktion zunehmend belastet.

Die SPD fordert eine marktgerechtere Agrarpolitik für landwirtschaftliche Produkte. Die EG-Marktordnungen müssen geändert und auf ihre ursprünglichen Funktionen wie z.B. die Grundabsicherung der Marktpreise und den Ausgleich saisonaler Schwankungen zurückgeführt werden. Bei Überschußprodukten wie Getreide, Milcherzeugnissen oder Rindfleisch darf es zukünftig keine ständige Interventionsverpflichtung der EG mehr geben.

Das Außenschutzsystem muß beibehalten werden, um die EG-Erzeugnisse gegenüber Billigeinfuhren aus Drittländern und damit einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten der kleineren Betriebe abzusichern. Die Agrarpreise werden nicht auf das "Weltmarktniveau" abgesenkt.

Bei Überschußprodukten wird ab einer Freigrenze eine nach der Menge gestaffelte Mitverantwortungsabgabe erhoben. Eine marktgerechte Preispolitik schafft - bei Zurückführung der überhöhten Marktordnungskosten - in der EG den finanziellen Spielraum für direkte betriebsbezogene und flächenabhängige Einkommenshilfen für die Landwirte.

Bäuerliche Existenzen sichern

Wir Sozialdemokraten wollen die Existenz bäuerlicher Familien sichern und zwar in der Voll-, Zu- und Neben-erwerbslandwirtschaft. Wir erstreben daher leistungsgerechte Einkommen und tragfähige soziale Sicherungssysteme für die Landwirte. Kleine und mittlere Landwirte bedürfen unserer besonderen Unterstützung. Agrarfabriken sind zu verhindern.

Die SPD lehnt einzelbetriebliche Produktionsquoten und Kontingente als Mittel zur Verminderung der Überschüsse ab. Quoten führen lediglich zu einer weiteren Reglementierung und Bürokratisierung des Agrarmarkts. Die Erfahrungen mit der Milchmengenkontingentierung zeigen, daß damit nur ein staatlich gelenkter Verdrängungswettbewerb zu Lasten der kleineren und mittleren Betriebe eingeleitet wird.

Wir wollen eine marktgerechtere Preispolitik, die den Landwirten den Anreiz nimmt, ohne Rücksicht auf die Marktverhältnisse und auf Kosten der Umwelt immer intensiver zu produzieren. Sie muß aber durch eine neue Einkommenspolitik für die Landwirte ergänzt werden.

Zur Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe, von denen trotz steigender Agrarausgaben ein Großteil in ihrer Existenz gefährdet sind (rd. 30.000 Betriebe in Bayern), müssen direkte Einkommenshilfen gezahlt werden. Solche Hilfen müssen produktionsneutral sein, d.h., personen-, flächenbezogen und nach Betriebsgröße und Standort gestaffelt (Bevorzugung der benachteiligten Gebiete).

Direkte Einkommenshilfen haben in einem Gesamtkonzept zur Einkommenssicherung für die Landwirtschaft folgende Aufgaben:

Ausgleich der Einkommensverluste, die den Landwirten bei einer marktgerechteren Preispolitik entstehen. Die Existenz gefährdeter Betriebe, deren Standardbetriebseinkommen unter einer Grenze von 30.000 DM im Jahr liegt, muß durch direkte Hilfen abgesichert werden.

Bewirtschaftungsentgelte für die Leistungen der Landwirte zur Erhaltung der Kulturlandschaft z.B. zur Sicherung und Pflege wertvoller ökologischer Flächen. Diese Leistungen müssen von der Gesellschaft honoriert werden.

Ausgleichszahlungen bei einer extensiven Bewirtschaftung bisher intensiv genutzter Flächen bzw. für die Umwidmung solcher Flächen für Zwecke des Natur- und Gewässerschutzes.

Zum Schutz der bäuerlichen Familienbetriebe müssen Bestandsobergrenzen bei der Pachtung und in der Tierhaltung eingeführt und der Viehbestand an die Fläche gekoppelt werden. Eine flächenunabhängige Produktion auf Kosten der Natur muß verhindert werden.

Bayerische Milchbauern bedürfen einer kurzfristigen, rasch wirkenden Hilfe. Die CDU/CSU-Milchmengenregelung ist unsozial, rücksichtslos gegenüber kleineren Betrieben, ungerecht und regionalpolitisch verfehlt. Mit bayerischen Agrarmitteln müssen Milchmengen auf dem Markt gekauft und Landwirten zugeteilt werden, die durch die Milchmengenregelung in Existenznot oder in besondere soziale Notsituationen geraten sind.

Landwirte in der Sozialversicherung entlasten

Durch gestaffelte Beiträge zur Sozialversicherung der Landwirte müssen kleinere und mittlere Betriebe entlastet werden. Wir Sozialdemokraten wollen in der Sozialversicherung, vor allem in der Alterssicherung, eine sozial gerechte Lastenverteilung bei entsprechender Eigenleistung der Landwirte.

Nebenerwerbslandwirte sind keine Nebensache

Die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern wird im Nebenerwerb geführt. Diese Wirtschaftsform ist für Sozialdemokraten unverzichtbar. In Gebieten mit einem sehr hohen Grünlandanteil und einer kleinstrukturierten Landwirtschaft könnte die Kulturlandschaft ohne die Nebenerwerbslandwirtschaft nicht als Erholungslandschaft erhalten werden. In den Nebenerwerbsbetrieben sind etwa 100.000 Frauen vollbeschäftigt. Wir wollen Nebenerwerbslandwirte ermuntern, mit naturnaher Landwirtschaft bessere Qualitäten zu produzieren und direkt zu vermarkten. CSU und Bauernverband vernachlässigen die Nebenerwerbslandwirte sträflich.

Umweltfreundliche Landwirtschaft

Wir Sozialdemokraten lehnen landwirtschaftlichen Raubbau an der Natur ab und sind deswegen gegen

- eine durch falsche Subventionspolitik erzwungene Überproduktion
- eine Überdüngung der Böden mit nachfolgender Nitratauswaschung und Grundwasserverschmutzung
- den rücksichtslosen Einsatz von Herbiziden und Pestiziden, insbesondere gegen die vorbeugende Breitbandspritzung, die jede Nebenflora und damit die Ernährungsgrundlage für viele Tierarten vernichtet
- die intensive Bewirtschaftung mit großflächigen Monokulturen (z.B. Umwandlung von Dauergrünland in Maisfelder) und die dadurch bedingte Bodenerosion
- die scheinbar ertragsfördernde Beseitigung von Hecken, Bäumen und Flurgehölzen
- die Erschließung zusätzlicher landwirtschaftlicher Flächen, z.B. durch Rodung, durch Trockenlegung von Feuchtgebieten.

Wir Sozialdemokraten fordern und fördern:

- eine Reduzierung und Kontrolle des Pestizideneinsatzes
- eine naturnahe Landwirtschaft, die alle Naturkräfte nutzt, bevor sie chemische Produkte einsetzt
- alle umweltverträglichen Produktionsmethoden, insbesondere den biologischen Landbau
- einen umweltfreundlichen Gülleeinsatz und einen zurückhaltenden Einsatz von Mineraldünger
- optimale Erträge statt Maximalerträge
- die Stilllegung ökologisch wertvoller Flächen.

Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln

Für uns Sozialdemokraten ist Agrarpolitik auch Verbraucherpolitik. Landwirte und Verbraucher sind keine Gegner, sondern aufeinander angewiesene Partner.

Wir Sozialdemokraten wenden uns gegen

- die durch das EG-Subventionssystem begünstigte Mengenproduktion auf Kosten der Produktqualität
- die Überdüngung mit nachfolgenden Nitratrückständen in Lebensmitteln, vor allem in Gemüse und Salat
- den übertriebenen Einsatz von chemischen Mitteln zur Schädlingsbekämpfung; von Tierarzneimitteln, insbesondere von Hormonen, von Konservierungsmitteln und anderen Stoffen und die dadurch bedingten schädlichen Rückstände in Nahrungsmitteln
- die Massentierhaltung in Agrarfabriken
- die Naßzuckerung und Aufzuckerung von Qualitätsweinen.

Wir Sozialdemokraten fordern und fördern

- die Produktion anerkannter Qualitätslebensmittel, die Eigenvermarktung dieser Lebensmittel, sowie eine notwendige Qualitätskontrolle mit Gütesiegel für anerkannte Qualität
- die naturnahe Produktion standortgerechter und resistenter Pflanzensorten auf gesunden, biologisch aktiven Böden
- die naturnahe Tierhaltung mit einem Mindesteinsatz von Arzneimitteln, die Vermeidung von Antibiotika bei der Tierhaltung
- eine wirksame Lebensmittelkontrolle und eine Fleischschau, die sicherstellen, daß gesundheitsschädigende Lebensmittel aus dem Verkehr gezogen werden.

POLITIK MIT UND FÜR FRAUEN

Das Selbstverständnis vieler Frauen in unserer Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Auf der Grundlage verbesserter Bildung und Ausbildung gehört die Erwerbstätigkeit zur selbstverständlichen Lebenserwartung der Frauen.

Immer mehr Frauen wird bewußt, daß eine Gesellschaft höchst unvollkommen ist, die ihnen das Recht auf Arbeit - aus welchen Gründen auch immer - verweigert. Immer mehr Frauen wissen, daß selbstbestimmtes, unabhängiges Leben nur durch Erwerbstätigkeit gesichert werden kann; daß aber zusätzlich das öffentliche und private Leben so verändert werden muß, daß Frauen dieses Menschenrecht ohne doppelte und dreifache Belastung erleben und ein Alter ohne Armut erwarten können.

Die Mehrheit der Frauen - wie auch der Männer - wünscht sich ein Zusammenleben mit Partner/in und Kindern. Doch wehren die Frauen sich verstärkt dagegen, daß ihnen die alleinige Zuständigkeit für Haushalt, Betreuung und Pflege von Kindern und anderer Familienangehörigen sowie die Erziehung der Kinder zugewiesen wird. Das weitverbreitete Beharren des männlich geprägten Bewußtseins auf dem herkömmlichen Ehe- und Familienbild führt dazu, daß die Zahl der Frauen wächst, die nach dem vergeblichen Versuch, eine ihren Bedürfnissen und Ansprüchen gerecht werdende Partnerschaft aufzubauen, sich dafür entscheiden, allein mit ihren Kindern zu leben. Der ausgeprägte Anspruch auf Selbstbestimmung drückt sich auch in der steigenden Zahl von Frauen aus, die sich von Anfang an für ein Leben allein - ohne feste Beziehung - entscheiden, sowie der steigenden Zahl von Frauen, die in Eigenverantwortung über den Abbruch der Schwangerschaft entscheiden wollen.

Die Sozialdemokratische Partei geht davon aus, daß auch in der herkömmlichen Ehe und Familie die patriarchalische Rollenverteilung aufgebrochen werden kann. Wir bejahen aber auch Versuche, neue Formen des gemeinsamen Lebens zu finden; Familien sind für uns alle Lebensgemeinschaften mit Kindern.

Das veränderte Selbstverständnis der Frauen bedeutet für viele Männer Verunsicherung. Es stellt auch ihre tradierte Rolle in Frage und läßt sie die Mängel ihrer ebenfalls einseitigen Sozialisation erkennen. Mit Interesse und Zustimmung beobachten wir, daß die Zahl der Männer wächst, die sich durch die nach Gleichheit verlangenden Frauen positiv herausgefordert fühlen; die anfangen zu begreifen, daß die Eintrittskarte ins Familienleben Mitarbeit ist; die nicht zu Autoritäten im Leben ihrer Kinder sein wollen, vielmehr diese in ihr Leben einbeziehen und mit Zärtlichkeit und Zuwendung die Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit fördern. Das ist ein wichtiger Schritt für Veränderung im privaten Bereich. Doch das reicht nicht aus. Die Lebenspläne der Männer müssen künftig die berufliche Lebensplanung der Frauen ebenso berücksichtigen, wie die gemeinsame Verantwortung für Haushalt und Kinder.

In der Gesellschaft, die wir anstreben, muß alle Arbeit (die bezahlte und die unbezahlte) und alle Macht paritätisch verteilt sein. Um dieses anspruchsvolle Ziel zu erreichen, wollen wir mit allen zusammenarbeiten, die in der bestehenden Aufteilungen eine Hauptursache für die existenzielle Gefährdung der Welt und des Lebens sehen.

Die Situation vieler Frauen wird ausgenutzt: der Frauen, die zur Sicherung des Familieneinkommens jede sich bietende Arbeit annehmen müssen; der Frauen mit kleinen Kindern, der Frauen in entlegenen Regionen mit schlechtem Arbeitsplatzangebot; der Frauen, deren Männer arbeitslos sind; der jungen Frauen und Mädchen, die keine oder eine schlechte Ausbildung erhielten.

Niemand wird diese Frauen davon abhalten können, jede noch so geringfügige schlecht-bezahlte Arbeit anzunehmen, wenn das ihre einzige Chance ist. Niemand kann von ihnen verlangen, die volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen bei ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

Wir fordern deshalb:

- Arbeit für alle durch tägliche Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich

- sozial- und tarifrechtliche Absicherung aller Arbeitsverhältnisse
- Ausweitung der Mitbestimmung bei der Errichtung von Arbeitsplätzen und der Gestaltung der Arbeitsbedingungen
- Erweiterung der Betriebsrats- und Personalvertretungsrechte mit dem Ziel, mehr Frauen in allen Bereichen der Betriebe und Verwaltungen zu beschäftigen und zu fördern
- Frauenförderpläne mit zeitlichen Vorgaben und Quoten, um bestehende Benachteiligungen in der Ausbildung, der Einstellung, der Weiterbildung und den Aufstiegschancen abzubauen
- Gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit durch Neubewertung der Belastungen am Arbeitsplatz.

Die bestehenden Benachteiligungen der Frauen während des Erwerbslebens und die kostenlose Aneignung der Frauenarbeit in anderen Bereichen sind die Ursache für die Armut vieler Frauen im Alter.

Alle Änderungen des Rentenrechts müssen vorrangig dem Ziel unterworfen sein, die eigenständige Sicherung der Frauen im Alter zu verbessern.

Wir fordern deshalb:

- Neben der Grundsicherung als erstem Schritt die Verbesserung der Rente nach Mindesteinkommen
- Für Frauen und Männer die Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung und Zeiten der Pflege, die für andere Familienangehörige geleistet wird.

Neben der Umgestaltung der Arbeitswelt sind Veränderungen unserer Wohn- und Freizeitwelt die Voraussetzungen dafür, daß Frauen und Männer ohne Doppel- und Dreifachbelastungen, ohne jahrelangen Zwiespalt mit ihren Kindern leben können. Wir brauchen Wohnungen, in denen sich Persönlichkeiten entfalten; Straßen und Plätze, die zum Lebensraum der Menschen gehören. Wir streben in diesem Zusammenhang mittelfristig an:

- einen mindestens einjährigen Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie im Anschluß an die Mutterschutzfrist. Jedem Elternteil ist ein gesetzlicher Anspruch auf Elternurlaub einzuräumen. Der Anteil desjenigen verfällt, der ihn

nicht in Anspruch nimmt. Während des Elternurlaubs muß ein Lohnersatz in Höhe von 70 Prozent des Netto-Einkommens gezahlt werden

- Kinderkrippen, -gärten und -horte müssen so ausgebaut und verbessert werden, daß sie den Kindern und ihren Bedürfnissen gerecht werden und die Bedürfnisse der Eltern (z.B. im Hinblick auf die Öffnungszeiten) berücksichtigen
- Einrichtungen, die Frauen ermöglichen, ihre spezifischen Kulturtraditionen zu erfahren und weiter zu entwickeln z.B. Frauenkulturzentren, Forschungsinstitute an Universitäten und Hochschulen zur Überprüfung der Geschichtsschreibung, Entdeckung der "Frauengeschichte" in Philosophie, Kunst und Wissenschaft, sowie der Leitbilder in Schulbüchern und allen Medien; auch der Werbung.

Das fehlende gesellschaftliche Bewußtsein für die Diskriminierung der Frauen läßt sich in einigen Bereichen geradezu exemplarisch nachvollziehen. Es sind dies u.a. der § 218, das Ehe- und Familienrecht, die Behandlung der ausländischen Frauen und die Tolerierung der Gewalt gegen Frauen.

Die von der SPD angestrebte Fristenlösung ist vom Bundesverfassungsgericht verworfen worden. Mit dieser Frage des Paragraphen 218 und insbesondere der Notlagenindikation wenden wir uns gegen alle Versuche, das mühsam Erreichte wieder zurückzudrehen. Wir halten daran fest, daß die Notlagenindikation umfassend die Lebensumstände der Frauen berücksichtigen muß. Notlage ist mehr als materielle Notlage. Deshalb sind alle Versuche, mit Geld (z.B. Stiftung "Mutter und Kind") den betroffenen Frauen zu helfen, wenig aussichtsreich. Auch sind die vorhandenen Geldhilfen zu gering und zu kurzfristig. Die jahrzehntelange Verantwortung für ein Kind kann nicht mit einmaligen Hilfen aufgewogen werden.

Wir fordern zur Verbesserung der Situation von Frauen in diesem schweren Konflikt:

- Ausweitung eines vielfältigen Beratungsangebots
- Ausweitung der Aufklärung über sichere Wege in der Familienplanung
- Kostenlose Verhütungsmittel für Männer und Frauen

- Ausweitung der Forschungsmittel für Verhütungsmittel für Männer
- Die Rücknahme des Beschlusses der Bayerischen Staatsregierung, den Schwangerschaftsabbruch von der Beihilfe auszuschließen
- Aufhebung der restriktiven bayerischen Praxis bei der Durchführung genehmigter Schwangerschaftsabbrüche.

Einer der größten Schritte zur Gleichstellung der Frauen war die Reform des Ehe- und Familienrechts während der Zeit der sozial-liberalen Koalition. Die Teilung des Rentenanspruchs in Familien mit einem Einkommen ist sozialpolitisch ein Schritt ins Neuland gewesen. Er verbesserte insbesondere die Lage der Frauen, die aus Rücksicht auf den Partner und/oder Kinder auf Erwerbstätigkeit verzichtet hatten.

Wir fördern die Wiederherstellung des Ehescheidungsfolgenrechts in der vom Bundesverfassungsgericht akzeptierten Fassung.

Für betroffene Frauen unerträglich sind die Prozeduren, denen sie sich unterwerfen müssen, wenn sie Opfer von Gewalttaten geworden sind.

Wir fordern:

- Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe
- Ausreichend öffentlich finanzierte Frauenhäuser unterschiedlicher Träger
- Sicherung des Unterhalts von mißhandelten Frauen und Kindern durch Unterhaltsvorschußkassen
- Zulassung der Gewaltopfer zur Nebenklage
- einen Opfer-Anwalt
- Ausschluß der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen
- Vernehmung der Opfer durch weibliches Polizei- und Justizpersonal
- Paritätische Besetzung der zuständigen Gerichte.

Um dem Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes und den Gesetzen, die diesem Ziel dienen, nachhaltige Wirkung zu verschaffen, bedarf es öffentlicher Einrichtungen, die der alltäglichen Benachteiligung, Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen nachgehen.

Wir fordern deshalb auf staatlicher und kommunaler Ebene "Gleichstellungsstellen".

Um ihre Aufgabe wirkungsvoll wahrnehmen zu können, müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

- Sie müssen Kompetenz haben und das Recht zur eigenen Öffentlichkeitsarbeit
- Sie müssen ressortübergreifend arbeiten können. Die Leiterin der Gleichstellungsstelle muß deshalb innerhalb der Hierarchie entsprechend hochrangig angesiedelt sein. Die Personalausstattung muß der Vielfalt und dem Anfall der Aufgaben gerecht werden. Die Zahl der Gleichstellungsstellen muß danach bemessen werden, daß alle beschwerdeführenden Frauen eine derartige Einrichtung mit möglichst geringem Aufwand erreichen können.

BILDUNG UND AUSBILDUNG BESTIMMEN DIE ZUKUNFT

Das Recht auf Bildung gehört für uns Sozialdemokraten zu den Grundrechten jedes einzelnen Bürgers. Deshalb müssen sozial bedingte ungleiche Startbedingungen überwunden und gleiche Chancen für alle geschaffen werden. Das Recht auf Selbstentfaltung und Selbstbestimmung ist für uns unverzichtbar für ein humanes Bildungswesen.

Es ist falsch, Bildungsausgaben als konsumptive Ausgaben zu bezeichnen und sie laufenden Sparmaßnahmen zu unterwerfen. Bildungspolitik soll vielmehr der vollen Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten der Menschen dienen. Denn nicht selbsternannte und sich selbst rekrutierende Eliten sichern unsere Zukunft, sondern eine breite Schicht bestmöglich Gebildeter und Ausgebildeter.

Unsere Forderungen:

- gleiche Bildungschancen für alle
- ein Bildungswesen, das flexibel auf die Bedürfnisse des einzelnen Menschen reagiert und künftige Festlegungen vermeidet
- demokratische Mitbestimmung und Mitwirkung als Lebensprinzip für ein Bildungswesen in einer demokratischen Gesellschaft.

Vorschulische Erziehung

Wir Sozialdemokraten halten die vorschulische Erziehung für einen wichtigen Schritt zu Verbesserung gleicher Startchancen für jedes Kind. Deshalb sehen wir Kindergärten, Kinderkrippen und Krabbelstuben als ergänzende Einrichtungen der Familienerziehung. Besonders für Alleinerziehende, für berufstätige Männer und Frauen, aber auch für die Einkindfamilien sind die notwendigen Einrichtungen finanziell und personell auszubauen, d.h.

- Ganztagsgruppen müssen überall angeboten werden
- Öffnungs- und Ferienzeiten müssen die Schwierigkeiten von Alleinerziehenden und Berufstätigen berücksichtigen

- schrittweise wird der kostenlose Kindergartenbesuch als Teil des öffentlichen Erziehungswesens angestrebt
- die geregelte Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule
- besondere Hilfen zur Eingliederung und Betreuung behinderter Kinder
- besondere Unterstützung bei der Integration von Ausländerkindern.

Schulen

Wir Sozialdemokraten halten es für einen Skandal, wenn eine der reichsten Gesellschaften dieser Welt Jugendliche ohne Ausbildung und Arbeit läßt. Resignation und Verzweiflung junger Menschen zu überwinden und ihnen eine lebenswerte Zukunft zu sichern, ist Ziel sozialdemokratischer Politik. Die derzeit ungünstigen Berufsaussichten für junge Menschen und die rücksichtslose Konkurrenz, die bereits in der Grundschule mit dem Kampf um Zehntelnoten beginnt, gefährden den pädagogischen Sinn der Schule.

Der Leistungsbegriff der CSU begünstigt einseitig den Typ des theoretisch, sprachlich, abstrakt Begabten mit abfragbarem Speicherwissen. Kreative, Phantasievolle, handwerklich Begabte, Musische, Aufmüpfige, Querdenker haben kaum eine Chance. Einseitige Auslese statt Förderung ist oberstes konservatives Prinzip.

Die Auslese der Kinder schon im 10. Lebensjahr, der Konkurrenzkampf der Schulen um Schüler und damit um Plan- und Beförderungsstellen, um Bestand oder Auflösung einer Schule pervertiert zunehmend die schulische Situation. Pädagogische Belange kommen dabei zum Schaden der Kinder und zum Leidwesen der Lehrer oft unter die Räder.

Der derzeitige Zustand unseres Schulwesens erfordert Reformen an Inhalten und Organisation. Eine menschliche Schule als Lebensraum für Kinder soll alle Fähigkeiten und Möglichkeiten der jungen Menschen gleichmäßig entwickeln; intellektuelle, manuelle, sprachliche, kreative, körperliche und emotionale. Vorbereitung auf die Anforderungen des Berufslebens, die Befähigung zur Sicherung der materiellen Existenz, zur Wahrnehmung der eigenen Interessen und zur selbstbestimmten Partizipation am gesellschaftlichen und politischen Leben sind

gleichgewichtige Aufgaben der Schule. Das hat Konsequenzen für Unterrichtsinhalte und -organisation (Demokratisierung der Schulen wie des Bildungswesens, Mitbestimmung der Beteiligten). Schulen sollen nach sozialdemokratischem Verständnis nicht an technologischen Entwicklungen wie Computer und neuen Medien vorbei; sie müssen zu kritischem Umgang mit ihnen qualifizieren.

Schulen sollen lebendiger Mittelpunkt eines Stadtteils, einer Gemeinde werden. Wir Sozialdemokraten wollen Schulen, die ihre Angelegenheiten soweit wie möglich selbst regeln. Bürokratischer Wildwuchs und Eingriffe von oben sollen zurückgeschnitten, das demokratische Miteinander von Lehrern, Eltern und Schülern ermöglicht und gefördert werden; in diesen Zusammenhang gehört für uns auch eine Stärkung der Sozialkunde als wichtigstes Fach für einen demokratischen Staat.

Grundschule

- Der Übergang von den Kindergärten und anderen vorschulischen Einrichtungen wird durch Zusammenarbeit mit der Grundschule reibungslos gestaltet
- Die Benotung und das Sitzenbleiben in der Grundschule entfällt. Lernschwierigkeiten und pädagogische Probleme werden durch eine erhebliche Ausweitung des Förderunterrichts bewältigt. Behinderte und Nichtbehinderte sollen in einer Klassengemeinschaft stadtteilbezogen lernen. Soweit erforderlich, sollen daran Sonderschullehrer beteiligt werden
- In der gesamten Grundschulzeit wird friedliches Zusammenleben, Lernen und Spiel gefördert
- Die Klassengröße wird auf höchstens 25 Schüler begrenzt.

Länger gemeinsam zur Schule

- Als ersten Schritt zur integrierten Gesamtschule fordern wir die Einführung der schulformunabhängigen Orientierungsstufe.
- Alle Schüler besuchen das fünfte und

sechste Schuljahr gemeinsam. Sie bleiben zwei Jahre länger in ihrer vertrauten Umgebung. Soziales Lernen und Solidarität werden gefördert.

- Zwei Jahre länger wird eine hochwertige und wohnortnahe Schulbildung gesichert. Es sind keine zusätzlichen Investitionen erforderlich, weil das fünfte und sechste Schuljahr dort eingerichtet wird, wo Schulen mit ausreichendem Schulraum bestehen.
- Die Begabungen und Lernfortschritte aller Schüler werden im Rahmen der inneren Differenzierung gefördert.
- Die Entscheidung für den weiteren Bildungsweg der Kinder wird auf eine breitere Grundlage gestellt. Auch das Erlernen der ersten Fremdsprache und ein in verschiedene Sachfächer aufgegliederter Unterricht sind Grundlagen der Schullaufbahnentscheidung während des sechsten Schuljahres.
- Schüler und Eltern haben zwei Jahre länger Zeit für die Entscheidung über die künftige Schullaufbahn. Die Vorhersagequalität wird verbessert, Leistungsversagen auf der ungeeigneten Schule, und damit viel menschliches Leid, vermieden.

Mittlerer Abschluß für Hauptschüler

- Für alle Schüler wird ein 10. Pflichtschuljahr mit der Möglichkeit eines mittleren Abschlusses eingeführt
- Das zehnte Pflichtschuljahr öffnet allen Schülern, besonders aber den Hauptschülern, bessere berufliche und schulische Perspektiven.

Gesamtschule

- Wir werden die Einrichtung von Gesamtschulen überall dort unterstützen, wo Eltern, Lehrer und Schulträger dies wünschen.
- Die in Bayern als Versuchsschulen eingerichteten Gesamtschulen haben sich bewährt. Sie müssen ohne regierungsamtliche Einengungen erhalten bleiben.

- Integrierte Gesamtschulen, in denen es keine Trennung nach Hauptschule, Realschule und Gymnasium mehr gibt, lassen Schülern und Eltern noch mehr Zeit, sich endgültig auf einen bestimmten Bildungsgang festzulegen. Die Möglichkeiten, frühere Fehlentwicklungen wieder zu korrigieren, sind besser als in jeder anderen Schule.
- In den Gesamtschulen gibt es kein Sitzenbleiben. Stattdessen erhalten Schüler mit besonderen Lernproblemen angemessene Förderung und die Möglichkeit freiwilliger Wiederholung.
- Eine Gesamtschule muß nicht groß sein. Wei sie alle Abschlußqualifikationen umfaßt, ist sie bereits in einem kleinen Einzugsgebiet voll funktionsfähig. Sie kann bei zurückgehenden Schülerzahlen vor allem in dünn besiedelten Räumen, ein wohnortnahes Angebot weiterführender Bildungsgänge aufrecht erhalten.

Kinderhorte

Die Bayerische SPD erachtet Kinderhorte als ein unverzichtbares Angebot im allgemeinbildenden Schulwesen. Besonders die pädagogische Ausgestaltung der Horte im Sinne umfassender Menschenbildung ist uns Sozialdemokraten ein Anliegen. Deshalb hat die SPD ein Hortgesetz eingebracht, das, ähnlich wie das Kindergartengesetz, die Existenz von Horten gewährleistet und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern sichert.

Forderungen für alle Schulen

Damit auch in Bayern der Verfassungsauftrag für das Schulwesen Wirklichkeit wird, will die Bayerische SPD folgende Maßnahmen schrittweise verwirklichen:

- Kleinere Lerngruppen und Klassen bis zu 25 Kindern
- Einstellung der ausgebildeten Lehrer und Erzieher, solange pädagogisch begründeter Bedarf besteht
- Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schularten
- besondere Förderung benachteiligter Kinder, statt, weiterer Ausgrenzung
- Betreuung der Schüler durch Sozialpädagogen, Hausaufgabenbetreuung und Ganztagschulen
- Wiedereinführung der Kostenfreiheit, und mögliche Verkürzung der Schulwege durch Zusammenarbeit verschiedener Schularten
- Mobile und integrierte Lehrerreserven, insbesondere an Realschulen und Gymnasien sowie an den beruflichen Schulen
- Keine Verkürzung der Gymnasialschulzeit
- Mitwirkung und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler, Eltern und Lehrer
- Abschaffung der Zensur von Schulbüchern und der Zensur der Schülerzeitungen
- Änderung der Lehrinhalte und der Lehrpläne unter Beteiligung von Eltern, Schülern und Lehrern
- Beseitigung grundrechtseinschränkender Rechtsvorschriften an den Schulen und Herstellung der vollen Lehr- und Meinungsfreiheit für Lehrkräfte und Schüler, Novellierung des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes im genannten Sinne.

Ausbildung für alle

Die duale Berufsausbildung gibt den Unternehmen eine Schlüsselstellung. Sie entscheiden weitgehend über die Qualität und Quantität der Ausbildungsplätze. Diesem weitgehenden Recht muß die Verpflichtung entsprechen, für alle Jugendlichen - auch die leistungsschwächeren - einen qualifizierten Ausbildungsplatz bereitzustellen. Seit mehreren Jahren gibt es in Bayern zu wenig Lehrstellenangebote insgesamt und darüberhinaus starke regionale Ungleichgewichte.

Qualifizierte Ausbildung kostet Geld. Es ist heute nicht mehr vertretbar, daß Betriebe aus kurzfristigen Rentabilitäts Gesichtspunkten keine Ausbildungsplätze anbieten. Deshalb will die Bayerische SPD eine bundeseinheitliche Umlagefinanzierung für die betriebliche Ausbildung, die alle Betriebe in gleicher Weise in die Verantwortung nimmt.

Wenn das betriebliche Lehrstellenangebot für die Jugendlichen nicht ausreicht, muß der Staat eingreifen: Durch Ausbildungsverbund, außerbetriebliche Vollausbildung, Berufsbildungszentren und durch mehr Angebot der beruflichen Vollzeitschulen.

Gleiche Chancen für Mädchen

Mädchen haben deutlich schlechtere Chancen als Buben, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten - trotz guter Schulabschlüsse, trotz erheblicher Flexibilität in den Ausbildungswünschen. Zwei Drittel der Lehrstellenbewerber, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten, sind junge Frauen.

Deshalb fordern wir:

- Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst und in Betrieben, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, sind zu gleichen Teilen für Mädchen und Buben zur Verfügung zu stellen
- Auch in der Privatwirtschaft sind Quotierungen dort durchzusetzen, wo anders eine angemessene Berücksichtigung von Mädchen nicht erreicht werden kann. Die Altersobergrenzen bei Berufsförderprogrammen für Frauen müssen abgeschafft werden.

Berufsbildung ist Zukunftsinvestition

Die Qualität der Ausbildung ist für die Jugendlichen, aber auch für unsere Wirtschaft entscheidend. Die technische Entwicklung bedingt, daß immer höhere Ansprüche an die Fähigkeiten der Menschen gestellt werden.

Deshalb müssen Berufe mit allgemeinen und regionalen Zukunftschancen gezielt gefördert werden. Zukunftsträchtige Ausbildungsberufe (z.B. im Umweltschutz, im Recycling) sind zu entwickeln, im betrieblichen aber auch im öffentlichen Teil der Berufsausbildung.

Die Bayerische SPD fordert:

- Ein staatliches Investitionsprogramm "Ausbau der beruflichen Bildung"
- Verbesserung der Raum- und Sachausstattung (neue Technologien) der beruflichen Schulen

- Behebung des Lehrermangels
- Verkleinerung der Klassen
- Vermeidung von Unterrichtsausfällen
- die Einführung des zweiten Berufsschultags für alle Auszubildenden, sowie einen mindestens 12-stündigen Berufsschulunterricht, gleichgewichtig für allgemeinbildenden (einschließlich Sport) wie für Fachunterricht
- die weitere zügige Einführung des Berufsgrundbildungsjahrs
- eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Berufsvorbereitungsjahr: kleine Schülergruppen, Entlastung der Lehrer, Sprachunterricht für ausländische Jugendliche, die Förderung von gemeinnützigen Werkstätten, die benachteiligte Jugendliche in einem anerkannten Ausbildungsberuf auszubilden
- eine Überprüfung der Lehrinhalte in der Berufsbildung auf ihre Zukunftsbedeutung (neue Technologien) und ihre sozialen Folgen
- einen jährlichen "Bayerischen Berufsbildungsbericht".

Berufsbildung muß ein höherer Rang eingeräumt werden

Die unterschiedliche gesellschaftliche Bewertung von allgemeiner Bildung einerseits und beruflicher Bildung andererseits muß überwunden werden. Wir wollen, daß die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeinbildender Abschlüsse tatsächlich hergestellt wird.

Hochschulen und Forschung

In die hochschulpolitische Diskussion werden von konservativer Seite Schlag- und Reizwörter geworfen, die von den eigentlichen Problemen der Hochschulen ablenken und die politische Verantwortung dafür vernebeln:

- Behauptet werden riesige Forschungsdefizite mit drohenden Wirtschaftskatastrophen als Folge. Als Therapie angeboten werden private Elitehochschulen mit jährlichen Studiengebühren von mehr als 20.000,-- DM und Elite-Studiengänge an den staatlichen Hochschulen auf Kosten der Mehrheit der Lehrenden und Studierenden. Tatsache ist, daß die Bundesrepublik in der Breite der Spitzenforschung und der

wissenschaftlichen Qualifizierung zu den führenden Ländern gehört. Tatsache ist aber auch, daß viele unserer Großunternehmen diese Forschungsergebnisse nicht, oder nicht schnell genug umsetzen und statt dessen Gewinne horten

- Gewahrt wird - solange es nicht um die eigenen Kinder geht - vor der Akademikerschwemme. Unterschlagen wird dabei, daß USA und Japan höhere Jahrgangsquoten an Akademikern ausbilden als die Bundesrepublik, sehr viel höhere als Bayern; daß die Akademiker-Arbeitslosigkeit deutlich unter der allgemeinen Arbeitslosigkeit liegt
- Mit hektischer Betriebsamkeit werden Hochschulgesetze novelliert. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich das Vorhaben als Rückentwicklung zur Ordinarien-Herrlichkeit.

Zur Lösung der tatsächlichen Probleme der Hochschulen fordern wir bayerischen Sozialdemokraten

- ein angemessenes Verhältnis von Lehrenden und Lernenden in Forschung und Lehre
- mehr Stellen für den qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs; der Mittelbau darf an den Hochschulen nicht ausgehungert werden
- die zügige Verwirklichung aller geplanten Baumaßnahmen zur Beseitigung der qualvollen Enge an den Hochschulen und die Verbesserung der Sachausstattung
- die Umstellung des BAFÖG auf Volldarlehen muß rückgängig gemacht werden. Für Frauen und Ausländer sind Regelungen aufzunehmen, die vorhandene Benachteiligungen ausgleichen
- eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes und des Bayerischen Hochschulgesetzes mit dem Ziel, den Weg zur demokratischen Hochschule der Bildungskonzeption der 70-er Jahre wieder einzuschlagen.

Unser bildungs- und gesellschaftspolitisches Prinzip heißt: Chancengleichheit. Darum wollen wir die soziale Öffnung der Hochschulen erreichen und ausbauen. Für uns

darf der Anspruch auf Bildung weder von kurzfristigen Markt- und Standesinteressen (z.B. Medizin) noch vom politisch entschiedenen Bedarf (Beispiel: Lehrerbildung) gewaltsam gesteuert werden. Intensiviert werden muß allerdings eine kompetente Berufs- und Studienberatung.

Die Hochschulzugangsmöglichkeiten aus der Berufs- und Arbeitswelt dürfen nicht eingeschränkt, sondern müssen erweitert werden.

Insbesondere bedürfen die Fachhochschulen, die der anwendungsbezogenen Wissenschaft verpflichtet sind, wirksamer Förderung.

Unsere Forderung nach Mitbestimmung macht vor den Hochschulen nicht Halt. Das Selbstverwaltungsrecht gegenüber einer übermächtigen Kultusbürokratie ist zu stärken. Den verschiedenen an der Hochschule tätigen Gruppen muß eine wirksame Mitbestimmung ermöglicht werden. Für die größte Gruppe, die Studenten, ist die verfaßte Studentenschaft mit Satzungsautonomie, Beitragshoheit und politischem Mandat eine wichtige Voraussetzung dazu.

Der garantierten Freiheit von Forschung und Lehre entspricht die gesellschaftliche Verantwortung der Hochschulen. Das erfordert eine stärkere Förderung arbeitnehmerorientierter Forschungsinhalte. Dazu gehören Entwicklungsprojekte mit positiven beschäftigungspolitischen Auswirkungen, Umwelt- und energieschonende Technologien, Projekte zur Humanisierung der Arbeitswelt. Zur Förderung neuer Technologien muß die Technologiefolgenabschätzung und -bewertung hinzukommen. Die Forschungsergebnisse unserer Hochschulen müssen grundsätzlich allen zugänglich sein. Besonders für die Klein- und Mittelbetriebe bedarf es dazu besserer Informations- und Koordinationsstrukturen.

Sozial- und Kulturwissenschaften dürfen auf keinen Fall zu Gunsten industriell verwertbarer Forschungsprojekte eingeschränkt werden. Wer die Breite wissenschaftlicher Forschung einengt, zerstört auf die Dauer jede Forschung.

Erwachsenenbildung/Weiterbildung

Angesichts des schnellen gesellschaftlichen und technologischen Wandels, der Entwick-

lung in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, der sich verändernden Anforderungen im Beruf und der zunehmenden Freizeit kommt der Erwachsenenbildung und Weiterbildung noch mehr Bedeutung zu als bisher.

Aufbauend auf eine breite Grundbildung wollen wir Sozialdemokraten ein Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die den einzelnen befähigen,

- am kulturellen Leben teilzunehmen
- seine Probleme aus eigener Kraft zu lösen
- in der Gemeinschaft verantwortlich zu handeln und
- seine berufliche Existenz zu sichern, zu verbessern oder neu aufzubauen.

Der Zugang zur Weiterbildung soll jedem offenstehen. Der zweite Bildungsweg ist zu erhalten und weiter auszubauen.

Die Hochschulen und deren Bibliotheken sollen in das Konzept der Weiterbildung miteinbezogen werden.

In Bayern gibt es seit 10 Jahren ein Erwachsenenbildungsgesetz. Die finanzielle Basis der Erwachsenenbildung ist allerdings schlechter als in anderen Bundesländern, z.B. als in Hessen oder in Nordrhein-Westfalen.

Wir Sozialdemokraten wollen

- eine beträchtliche Erhöhung der Ausgaben für die Erwachsenenbildung
- ein anerkanntes, vielfältiges Bildungsangebot
- die Verbesserung der personellen und finanziellen Situation für die Träger der Erwachsenenbildung
- Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer
- Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung für Frauen; auch in Zeiten, in denen sie Hausfrauen sind, besonders im ländlichen Raum.

KULTUR IST, WIE DER GANZE MENSCH LEBT

Die Entfaltung schöpferischer Kräfte und zwischenmenschlicher Kontakte ist wesentlicher Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens. Zur Kultur gehören das Gewohnte wie das Experiment, das klassische wie das zukunftsweisende gleichermaßen.

Die schöpferische kreative Idee hat Vorrang vor zensurierender Staatsideologie.

Das vielseitige kulturelle Geschehen in den Städten und Gemeinden Bayerns ist weiter auszubauen. Stadtkultur und Stadtteilkultur sollen die ursprüngliche, unverwechselbare lokale Kreativität widerspiegeln - als eine wesentliche Voraussetzung für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger in ihrer unmittelbaren Umgebung.

Kultur ist mehr als Kunst

Die SPD hat sich für die Erweiterung des Kulturbegriffs eingesetzt. Kultur soll nicht nur als Kunst verstanden werden, sondern vor allem auch die sozialen Aspekte einbeziehen, wie sie sich im gesellschaftlichen Leben abspielen. Kultur ist, wie der ganze Mensch lebt. So verstandene Kultur bezieht Umwelt, Wohnen, Freizeit und Arbeit ein.

Kultur und Arbeit für alle

Kultur für alle bezieht das im Grundgesetz verankerte Recht auf Arbeit für alle mit ein. Wer heute ohne Besitz und Arbeit ist, ist auch in seinen kulturellen Zugangs- und Ausdrucksmöglichkeiten entscheidend behindert.

In einem flächendeckenden Netz von Kultur-Werkstätten können Arbeitsfelder für viele erschlossen werden, die den Zugang zur Arbeit ebenso wie den zur Kultur brauchen und suchen. Eine Umverteilung der Mittel ist möglich, wenn Investitionsmaßnahmen nicht nur materiell gesehen, sondern auch und vor allem als Investition in menschliche Arbeit begriffen werden. Arbeit als ge-

meinschaftsdienende Aufgabe in Mittler-, Dienstleistungs-, Sozial- und Umweltberufen dient dem Leben. Sie ist ein Lebensgewinn. Dafür setzt sich ein neues Kulturverständnis ein.

Die bayerischen Sozialdemokraten streiten deshalb für die künstlerische Freiheit, auch wo sie unbequem und kritisch ist. Kunst kann sich nicht entfalten, wo Zensur und Intoleranz offen oder versteckt die Kreativität behindern. Die geistige Enge Zimmermann'scher Bevormundungspolitik, wie z.B. die Förderrichtlinien, ist spießig und miefig und behindert die Entfaltung der künstlerisch Tätigen.

Der Künstler braucht Freiheit und keine Einschränkung

Der Künstler braucht die Freiheit zur Kritik, zur Auseinandersetzung; und nicht öffentlich-rechtliche Berufsverbote, Zensur, Denunziation, und damit die Zerschlagung seiner beruflichen Existenz.

Er braucht Bedingungen, die ihn schaffen lassen und nicht Zensoren.

Kulturpolitik bedeutet auch Schutz vor der Ellenbogenkultur einer ewig gleich dünnen Schicht der Kulturelite.

Die SPD wird mithelfen, den nicht materiell meßbaren Wert der Kulturarbeit bei den Bürgern neu zu verankern, ein Klima für Ideen und Mut zu schaffen und nicht Angst und Einschüchterung verbreiten.

Dazu braucht die SPD die Mithilfe aller Künstler. Sie fordert deshalb die Künstler auf zur Mitarbeit in der SPD über den Wahltag hinaus.

Denn nicht die materielle Beruhigungskultur der CSU ist der Ansatz sozialdemokratischer Kulturpolitik, sondern der individuelle Künstler, seine Arbeit und alle Bürger, ohne die Kultur demokratisch nicht denkbar ist..

Vielfältige Theaterlandschaft

Die SPD tritt für eine vielfältige

Theaterlandschaft landesweit ein. In einem Austausch von Inszenierungen sollten Theaterereignisse von Staatstheatern in andere bayerische Städte gebracht werden. Die Subvention des Kulturbetriebs darf sich nicht ausschließlich an den Kosten der Ausstattung und der Honorare der Künstlerinnen und Künstler orientieren. Wichtiges Instrument bleibt dabei die Preisgestaltung für alle Bevölkerungsschichten. Je mehr es gelingt, eine breite soziale Besucherschicht mit Theater- und Konzertarbeit anzusprechen, desto mehr sollte diese kulturelle Arbeit subventioniert werden.

Die für den Theater- und Konzertbereich notwendige Dezentralisierung ist auch im Bereich der Museen zu realisieren. Das Konzept der staatlichen Zweigalerien ist unzureichend. Es sind eigenständige Regionalmuseen mit museumspädagogischen und bibliothekarischen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

In diesem Zusammenhang darf es bei den Denkmalpflege nicht nur um den Erhalt wichtiger Baudenkmäler oder hochwertiger architektonischer Bauwerke gehen; sondern Wohn- und Arbeitsbereiche, die für bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Zeitabschnitte eine bestimmende Rolle spielten, sollten soweit als möglich erhalten bleiben.

Bei den Büchereien fordern die Sozialdemokraten ein umfassendes Angebot, aus dem die Bürgerinnen und Bürger frei und kostenlos wählen können. Vorzensur durch den Träger oder durch vorgegebene Listen seitens der Ministerien ist auszuschließen. Für die Autoren muß ein gerechter Lohn für ihre geistige Arbeit sichergestellt werden.

Eine besonders anregende Kulturform ist die Kleinkunst. Die Vielfalt dieser Entwicklungen sollte durch staatliche oder kommunale Maßnahmen nicht eingegrenzt werden. Im Gegenteil: Die Freiheit der eigenen Programmgestaltung des künstlerischen Ausdrucks muß unter allen Umständen gewahrt werden. Wir bayerischen Sozialdemokraten streben eine verstärkte Förderung der Klein-

kunst ohne Einflußnahme auf die Kunst-inhalte an.

Auch für die Kulturpolitik sind die Herausforderungen der 80-ziger Jahre: die rasch um sich greifende Zerstörung der Umwelt, die Gefährdung des Friedens, die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die zunehmende Abhängigkeit der Menschen von Drogen aller Art.

Dieser Probleme nehmen sich Bürgergruppen, Vereine und Bürgerinitiativen an: Umweltwerkstätten, Geschichtswerkstätten, Sozialwerkstätten, Theaterwerkstätten, Kulturläden ermöglichen es, den Menschen ortsnahe in einer Form anzusprechen, die bisher sträflich vernachlässigt worden ist.

Ebenfalls über das System von Werkstätten können Arbeitsfelder für Menschen erschlossen werden, deren Chancen durch die Arbeitslosigkeit beeinträchtigt sind. Das Verstehen von Arbeit als gemeinschaftsdienende Aufgabe in Dienstleistungs-, Sozial- und in Umweltberufen ist besonders lebensbejahend. Für diese Arbeitswerkstätten setzt sich das neue Kulturverständnis ein.

Kunst als allgemeines Bildungsprinzip und die Kunst als Unterrichtsgegenstand brauchen gerade an bayerischen Schulen einen erweiternden Spielraum. Es geht darum, Phantasie in der Schule zu wecken, anstatt die Phantasie in der Schule zu unterbinden.

Die kreative Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern ist ein besonderer Beitrag zur kulturellen Vielfalt eines Landes. Ein gnadenloser Konkurrenzkampf macht jedoch ihre Werke in sehr starkem Maße von der Vermarktung abhängig. Dem kann nur entgegengewirkt werden, wenn die Förderungsmaßnahmen für Künstlerinnen und Künstler deutlich ausgebaut werden. Offene Künstlerwerkstätten, Atelierhäuser oder kleinere Sammlungen und Museen, denen Werkateliers angegliedert sind, würden einen kulturpolitischen Impuls hervorbringen, der jenseits von Institutionen ein vielfarbiges Netz künstlerischer Zentren schaffen könnte.

"NEUE MEDIEN"

In Bayern hat die SPD mit zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen durch ein Volksbegehren 1972 die Festschreibung der öffentlich-rechtlichen Struktur des Rundfunks erzwungen (dies steht im Artikel 111 a BV). Die CSU hat nun versucht, dieses Verfassungsgebot zu unterlaufen, indem sie eine öffentlich-rechtliche Dachorganisation, nämlich die "Landeszentrale für Neue Medien", mit 18 "örtlichen Kabelgesellschaften", gegründet hat, unter deren "Dach" die privaten Sender aber weitgehend frei und unkontrolliert agieren können. Technisch werden sie von der Medienzentrale sogar noch kräftig unterstützt; ihr Programm aber machen sie selbst. Wir Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß der Bayerische Verfassungsgerichtshof unserer Klage stattgeben und ein derartiges Unterlaufen der Bayerischen Verfassung verbieten wird.

Medienpolitisch hegt die SPD große Skepsis vor ungehemmter Fernsehprogrammvermehrung: Es gibt fast keine Nachfrage dafür, der Inhalt beschränkt sich im wesentlichen auf seichte Unterhaltung; journalistisch anspruchsvolle, bildende und informierende Programme der öffentlich-rechtlichen Sender drohen dadurch an den Rand gedrängt zu werden. Schließlich ist ein radikal übernehmender Einfluß der Werbung auf Art, Inhalt und Darbietungsweise der Programme (z.B. eingeblendete Werbespots) im kommerziellen Fernsehen zu beobachten (Programm steht voll im Dienst der Werbung).

Die Bayerische SPD hat sich in ihrem eigenen Gesetzentwurf (zur Ergänzung des Rundfunkgesetzes) für eine Förderung des lokalen Hörfunks ausgesprochen. Wir wollten damit, insbesondere in den weiten Teilen Bayerns mit Monopol-Zeitungen, alternative Informations- und Kommunikationsangebote schaffen. Doppelmonopole (wenn der örtliche Zeitungsverleger auch Herr des örtlichen Hörfunks ist) müssen, jedoch vermieden werden.

Örtliche Hörfunkprogramme, die sich in 24-stündiger Musikberieselung erschöpfen, erfüllen unsere Vorstellung von lokalem Hörfunk nicht. Lokaler Hörfunk muß - in

Unabhängigkeit von örtlichen, kommerziellen und lokalpolitischen Interessen - informieren und Zutritt auch allen örtlichen, nicht kommerziellen Gruppen bieten (kulturelle und kirchliche Gruppen, Bürgervereinigungen, Bund Naturschutz, Kreis Heimatpflege, Jugendgruppen usw.). Hierfür sind sowohl Mittel aus dem Werbeaufkommen als auch öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Im übrigen setzen wir uns für die Durchsetzung folgender Forderungen ein:

1. Keine weitere Verkabelung mit Kupfer-Koaxialkabeln. Diese transportieren zu wenig sinnvolle Dienstleistungen und sind bereits vor 1990 technisch veraltet
2. Alle Kommunikationsnetze dürfen nur in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft durch die Deutsche Bundespost betrieben werden. Die Post darf vom Endgeräte Markt nicht ausgeschlossen werden.
3. Schaffung geeigneter Gremien auf allen Selbstverwaltungsebenen (Land, Bezirk, Stadt, Landkreis), ähnlich den Rundfunkräten, bei angemessener (mehrheitlicher) Vertretung der demokratischen Massenorganisationen ohne berufsständische Zielsetzungen (Kirchen, Gewerkschaften, kulturelle Vereine etc.). Diese Räte sollen alle Aktivitäten, die über das Kabelnetz laufen, kontrollieren; auch im Sinne von Datenschutzbeauftragten.
4. Ausweitung des Datenschutzes auf alle über Kabel laufende Daten.
5. Hörfunk soll weiterhin überwiegend drahtlos verbreitet werden und darf nur in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft stattfinden.
6. Förderung des lokalen und regionalen Hörfunks mit einem offenen Bürgerkanal.
7. Die Versorgung mit lokalen Sendungen soll vorwiegend durch entsprechend leistungsschwache und gegeneinander abgeschirmte Sender auf den vorhandenen Funkfrequenzen erfolgen, um auch ohne aufwendige Verkabelung alle Bürger zu erreichen (auch in ländlichen Gebieten).
8. Keine Ausweitung des Werbeanteils an der Sendezeit (über den derzeit geltenden Stand hinaus).
9. Sonn- und Feiertagswerbung bleibt verboten.

10. Gesetzliche Absicherung der Kabelanschlußverweigerung durch Wohnungseigentümer und Mieter; gesetzliche Verpflichtung für Hausbesitzer, eine leistungsfähige Antennenanlage für Fernsehen und Rundfunk für jeden Wohnblock zu betreiben; Umlegung nur der nachgewiesenen Kosten auf die Bewohner.
11. Datenübertragungen aus Wohnungen über Kabel (im Rahmen des sog. Fernwirkens) darf nur nach Zustimmung durch die Betroffenen in jedem Einzelfall erfolgen.
12. Wirksamer Jugendschutz bei Videocassettenverleih- und -verkauf.
13. Demokratisierung der Redaktionen bei allen Medien (Druck, Wort, Bild) per Gesetz.
14. Kartellrechtliche Erweiterung der Eingriffsmöglichkeiten bei Verlagsfusionen und regionaler Medien-Monostruktur sollen gesetzlich verankert werden.
15. Einführung von Lehrinhalten und Übungen in die Lehrpläne, die es den Schülern erleichtern sollen, mit Medienangeboten sinnvoll umzugehen.
16. Keine Fernmessungen über Verbrauch von Heizung, Strom, Wasser usw. über Kabel.

FREIHEITLICHER STAAT FÜR SELBSTBEWUSSTE BÜRGER

Die Bayerische SPD will eine Gesellschaft, in der die Fähigkeiten aller Menschen entwickelt und gebraucht werden; eine Gesellschaft, in der die Interessen aller Gesellschaftsmitglieder - der Frauen und der Männer - gleichberechtigt sind.

Die SPD ist von ihrer Geschichte her den Arbeitnehmern besonders verpflichtet und ihren Gewerkschaften aufs engste verbunden. Versuche, die Kraft der Gewerkschaften zu schwächen, z.B. über die Einschränkung des Streikrechts (§ 116 AFG) oder über die Spaltung der einheitlichen Interessenvertretung in Betrieben und Verwaltungen, stoßen auf den entschiedenen Widerstand der SPD. Als Volkspartei sorgt sie aber ebenso für das Wohl der Handwerker, der Freiberufler, der Künstler, der Bauern und der Selbständigen.

Die SPD achtet und schützt religiöse Überzeugungen aller Mitbürger. Sie arbeitet mit den Kirchen partnerschaftlich zusammen. Viele Sozialdemokraten handeln gleichermaßen als Christen. Christliche Mitbürger sind in der Sozialdemokratie stets willkommen.

Die Bayerische SPD wurzelt in der Freiheitsgeschichte und in der kulturellen Tradition Bayerns. Wir Sozialdemokraten lieben unsere Heimat. Bayerische Sozialdemokraten wie Georg von Vollmar, Karl Grillenberger, Erhard Auer, Albert Roßhaupter, Toni Pfülf, Wilhelm Hoegner, Waldemar von Knoeringen bis hin zu Thomas Wimmer und Käthe Strobel haben in den vergangenen hundert Jahren bayerische Politik geprägt. Die Bayerische Verfassung stammt vom Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner, Bayerischer Ministerpräsident 1946/47 und 1954-57. Viele bayerische Landkreise und Gemeinden, vor allem die bayerischen Großstädte München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg und Erlangen werden seit Jahrzehnten sozialdemokratisch regiert.

Für uns Sozialdemokraten braucht der Staat nicht allzuständig und allmächtig

zu sein. Für uns ist der Staat für das Wohlergehen der Menschen da und nicht die Menschen für den Staat. Aber wir Sozialdemokraten wollen im Gegensatz zu den Konservativen einen Staat

der die Mächtigen und Privilegierten zügelt und an das Gemeinwohl bindet der gegenüber kleinen Sündern zur rechten Zeit nachsichtig und milde ist der stark und entschlossen ist, wenn es darum geht, die aus Gewinnsucht gestarteten Angriffe auf wertvolle Gemeinschaftsgüter oder auf die bescheidene Existenz kleiner Leute abzuwehren und zu bestrafen der die Interessen der Naturschutzes, die Rechte der Arbeitnehmer, der Handwerker, Selbständigen, Freiberufler, der Mieter und Verbraucher, besser durchsetzen kann für den die eigentumsunabhängigen Freiheitsrechte aller Bürger ebenso schützenswert sind, wie die aus dem Eigentum fließenden Rechte.

Wir Sozialdemokraten wollen auch die Demokratie stärker machen und die Mitwirkungschancen der Bürger ausweiten, indem wir

- Plebiszitäre Elemente im Grundgesetz verankern werden
- Gemeindebegehren und Gemeindeentscheid für wichtige kommunale Entscheidungen ermöglichen
- Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte betroffener Bürger in vielen gesellschaftlichen Bereichen schaffen oder ausbauen und stärken
- betroffene Bürger an Planungen der öffentlichen Hand früher und nachhaltiger beteiligen
- die Verbandsklage gegen öffentliche Fehlplanungen einführen und damit den Naturschutzverbänden eine besondere Klagebefugnis einräumen
- Genossenschaften als Formen des demokratischen Wirtschaftens besonders fördern.

Wir Sozialdemokraten wollen den demokratischen Gedanken des Föderalismus auch im Innern Bayerns verwirklichen: Wir fordern

den Ausbau der Bezirkstage zu echten Regionalparlamenten nach dem Vorbild der schweizer Kantonalparlamente die Verlagerung von Aufgaben und Zuständigkeiten von der Staatsregierung auf die Bezirke, von Aufgaben der Bezirke auf die Kreise, von Aufgaben der Kreise auf die Gemeinden eine Dezentralisierung der Behörden und eine Ansiedlung geeigneter Zentralbehörden in anderen Städten Bayerns, nicht nur in München die bewußte und gezielte, ideelle und finanzielle Pflege und Förderung altbayerischer, fränkischer und schwäbischer Kultur; mehr noch, der alpenländischen, allgäuerischen, niederbayerischen, oberpfälzischen, oberfränkischen, mainfränkischen, mittelfränkischen Kulturprägungen.

Unsere Gerichte und Richter müssen mit einer unübersehbaren Gesetzesflut kämpfen. Sie sind andererseits einer Prozeßflut ausgesetzt. Sie können deshalb immer weniger gründlich entscheiden. Die Prozesse ziehen sich monate- und jahrelang hin. Die Kostenrisiken sind unübersehbar. Grundsatz für die bayerischen Sozialdemokraten ist, daß der rechtsuchende Bürger vor Gericht menschlich behandelt und ausreichend gehört wird. Dazu gehört auch, daß er in kürzerer Zeit als bisher eine verständliche und einsichtige Entscheidung erhält.

Wir Sozialdemokraten fordern deshalb

- das geltende Recht zu entrümpeln und für eine bürgerfreundliche Rechtsprechung zu sorgen
- mehr Richter und Rechtspfleger
- eine bürgernahe und bürgerfreundliche Rechtsprechung, auf die die Richter bei der Ausbildung und Fortbildung vorbereitet werden,
- den Ausbau der von der SPD geschaffenen Beratungs- und Prozeßkostenhilfe für einkommensschwächere Bürger.

So leidenschaftlich wir Sozialdemokraten Gewalt und Terror verachten und bekämpfen, so leidenschaftlich treten wir für Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, für Zivilcourage und für Kritikbereitschaft ein.

Wir Sozialdemokraten widerstehen daher engagiert jedem Versuch konservativer Politik,

- politische Grundrechte einzuschränken und auszuhöhlen
- rechtschaffene, aber kritische Bürger zu überwachen und zu gängeln
- Kritik am Staat, an einer Partei, an der Politik zu unterdrücken oder auch nur zu erschweren
- Schüler, Auszubildende und Studenten wegen kritischer Äußerungen zu verhaften oder zu verfolgen
- kritischen Menschen grundgesetzwidrig den Zugang zum öffentlichen Dienst zu verwehren
- Beamte, Richter und Soldaten, unbeschadet der im Dienst gebotenen Zurückhaltung, als Bürger zweiter Klasse mit weniger Grundrechten zu behandeln.

Wir Sozialdemokraten fordern daher, die Verschärfung des Demonstrationsrechts zurückzunehmen, den Radikalenerlaß aufzuheben, den bayerischen "Maulkorb-erlaß" wieder zu beseitigen und das Polizeiaufgabengesetz zu novellieren.

Polizei und Innere Sicherheit

Sozialdemokratische Politik der Zukunft darf weder das Rechtssystem noch die Polizei einem überholten Rollenverständnis überlassen.

Zukünftig ist die Aufgabe der Polizei auf den - zuallererst sozial zu begründenden - Schutz der Interessen der Bürger zurückzuführen. Die innere Sicherheit muß als Garant der freiheitlichen Entwicklung des einzelnen in der Gesellschaft durch Gewährung von Chancengleichheit, Lebenshilfe und sozialer Sicherheit verstanden werden und darf nicht der Aufrechterhaltung ungerechter Machtverteilung dienen. Die Polizei kann nicht das Instrument sein, um gesellschaftliche Konflikte auszutragen. Der Einsatz staatlicher Machtmittel hat allein dem Schutz der Rechtsgüter des einzelnen und der Gemeinschaft zu dienen.

Bayerischen Sozialdemokraten fordern:

- Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit soll der Kontakt zum hilfeschuchenden Bürger sein. Die Bereitschaftspolizei ist nach Möglichkeit zur Unterstützung des Einzeldienstes heranzuziehen. Polizeiliche Hilfe muß vor Ort erreichbar sein, denn nur der direkte Kontakt ist Garant für das Sicherheitsgefühl des Bürgers
- Die Polizei ist in Fragen des Datenschutzes besonders auszubilden und hat die Einhaltung des Datenschutzes zu beachten
- Der Einsatz von CS- und CN-Reizgasen bei Demonstrationen wird strikt abgelehnt. Die Kampfstoffe haben aus den Listen der für die Polizei zulässigen "Distanzwaffen" ohne Ersatz zu verschwinden. Die Polizei ist sich bewußt, daß Versammlungs- und Demonstrationsteilnehmer nur ihre Grundrechte in Anspruch nehmen
- Die polizeilichen Vollzugsdienststellen, das Bayerische Landeskriminalamt und die Staatsanwaltschaften und Gerichte sind personell und sachlich für eine bessere Bekämpfung von Umweltdelikten auszustatten

- Durch laufende Sonderschulungen ist sicherzustellen, daß Polizei und Justiz ständig über das geltende Umweltrecht und über die aktuelle Entwicklung der Ermittlungsmethoden informiert sind.
- Zur Bekämpfung der Umwelt- und Wirtschaftskriminalität ist die Polizei mit zusätzlichem Personal auszustatten
- Die Verkehrssicherheit wird auf unseren Straßen durch präventive Maßnahmen verbessert
- Originäre polizeiliche Aufgaben dürfen nicht durch "schwarze Sheriffs" oder andere private Sicherheitsdienste wahrgenommen werden. Verfassungsschutz ist unverzichtbar. Wir Sozialdemokraten wollen den Verfassungsschutz dazu bringen, sich auf die erklärten Feinde der Demokratie - auch die Rechtsradikalen - zu konzentrieren. Alle über rechtschaffene Bürger bisher gesammelte Daten sind zu vernichten. Der Verfassungsschutz ist einer beständigen und wirksamen parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen, die ein Eigenleben unterbindet und Sprangersche Überwachungsmethoden ausschließt.

Das Asylrecht nach Art. 16 Grundgesetz ist ein unverbrüchliches Menschenrecht. Wir Sozialdemokraten bekennen uns dazu und widersetzen uns jeder einschränkenden Veränderung. Vor allem wollen wir Asylbewerber menschenwürdig unterbringen, ernähren und beschäftigen. Das jahrelange Verbot der Arbeitsaufnahme ist menschenunwürdig. Wer auf der Flucht vor politischer Verfolgung mit Gefahr für Leib und Leben bei uns Asyl sucht und dieses Asylrecht nicht für andere Zwecke mißbraucht, kann auf unseren Beistand rechnen. Wir Sozialdemokraten verkennen aber auch nicht, wie schwierig und problematisch das Zusammenleben von Deutschen mit Ausländern sein kann. Unsere Ausländerpolitik nimmt daher auch auf die berechtigten Belange der deutschen Bevölkerung Rücksicht.

Datenschutz ist "die Befugnis des einzelnen Bürgers, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher

Grenzen persönliche Lebenssachverhalte offenbart werden", so das Bundesverfassungsgericht. In diesem Sinne ist Datenschutz ein neues Element der Gewaltenteilung im freiheitlichen Staat, der sinnvollerweise nicht auf den Einsatz von Computern und Datenbanken verzichten kann. Dies braucht auch keinen Bürger zu beunruhigen, denn nach diesem Urteil kann dem Bürger nur die Preisgabe derjenigen Daten abverlangt werden, die entweder eine ausdrückliche gesetzliche Vorschrift vorsieht oder zu der er sein Einverständnis gibt. Die Politik der Konservativen, die den Datenschutz aushöhlen wollen unter dem Vorwand einer wirksameren Verbrechensbekämpfung, wird von uns als obrigkeitstaatlich-reaktionäres Denken abgelehnt.

Immer mehr Mitbürger in Bayern suchen Gerechtigkeit über die Petition. Der Petitionsausschuß des Bayerischen Landtags ist zur "Klagemauer der kleinen Leute" in ihrem Kampf gegen eine oft unmenschliche Bürokratie geworden. Ein Drittel aller Eingaben hat Erfolg. Wir Sozialdemokraten wollen diese für die Glaubwürdigkeit des Parlaments so wichtige Aufgabe durch eine Reform des Petitionsrechts noch wirkungsvoller machen. Durch das Recht auf Akteneinsicht, auf Zeugen- und Sachverständigeneinvernahme und die Möglichkeit der Anhörung des Hilfesuchenden und anderer Personen sollte eine bessere Sachaufklärung zum Nutzen des Petenten möglich gemacht werden.

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Der Mehrheit der CSU hat die Verantwortung der Gemeinden für ihr Gebiet und für die Belange ihrer Bürger immer mehr ausgehöhlt. Die bayerischen Sozialdemokraten wollen die Gemeinden in ihren angestammten und verfassungsmäßig verbrieften Rechten der Selbstverwaltung wieder stärken.

Eine der zentralen kommunalen Schwerpunktaufgaben liegt im Bereich der Wirtschaft und der Arbeitsplätze. Dabei sind die Möglichkeiten von Städten und Gemeinden begrenzt. Die Einrichtung eines Zweiten Arbeitsmarkts sowie die Förderung bereits vorhandener Industrie- und Gewerbebetriebe sind zu klassischen kommunalen Aufgaben geworden. Genauso wichtig ist, daß im kommunalen Dienstleistungssektor dort zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, wo für die Allgemeinheit sinnvolle Arbeit geleistet werden kann. Angesprochen sind hier vor allem die Bereiche Kultur, Freizeit und Schule, die sozialen Dienste, der Umweltschutz und die Pflege von öffentlichen Anlagen und Gärten.

Den Wünschen nach wohnungsnaher Erholung ist vor allem auch durch die Förderung von Freizeiteinrichtungen in der Nähe der Wohngebiete Rechnung zu tragen. Die Kommunen erbringen hier oftmals Leistungen, die auf Dauer ihre Finanzkraft übersteigen. Andere stehen wegen der erforderlichen hohen Aufwendungen noch abseits. Hier muß der Freistaat (wie z.B. Nordrhein-Westfalen) den Kommunen und Freien Trägern von Beschäftigungsmaßnahmen eigene Fördermittel zur Verfügung stellen und so einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung dieser notwendigen Aufgaben leisten.

Um den Kommunen mehr Raum zur freien Entscheidung über unabweisbare Investitionen zu gewähren, muß mit der Politik des "goldenen Zügels", die von der Staatsregierung beim kommunalen Finanzausgleich seit Jahren praktiziert wird, endlich Schluß gemacht werden. Konkret bedeutet dies, daß den Kommunen eine bessere Finanzausstattung zuteil werden muß. Vordringlich ist dabei die Erhöhung der frei verfügbaren Mittel zu Lasten der zweckgebundenen Zuweisungen. Deshalb fordern wir die Erhöhung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund,

die Zuweisung des vollen Grunderwerbsteueraufkommens an die Gemeinden - wie dies bis 1983 der Fall war - sowie die Finanzierung der Sozialhilfe der Bezirke aus allgemeinen Haushaltsmitteln des Freistaats und nicht aus dem Topf des Finanzausgleichs.

Zum Leben in allen Bereichen der Städte und Gemeinden gehört der Sport in einer gesunden Umwelt.

Auch in Zukunft müssen der Bau und die Nutzung einer ausreichenden Zahl von orts- und wohnnahen Spiel- und Sportanlagen gesichert sein. Diese Einrichtungen sind vor allem im Interesse der Kinder und Jugendlichen, der älteren und behinderten Mitbürger unverzichtbar.

Eine geordnete Bauleitplanung, die die Belange des Umweltschutzes und die Interessen von Sport, Freizeit und Erholung der Bürger beachtet, ist die beste Voraussetzung zur vorbeugenden Konfliktvermeidung.

Die schon gesetzlich vorgeschriebene - aber nicht immer praktizierte - Berücksichtigung der Gesichtspunkte "Umwelt und Sport" muß bindende Voraussetzung für die Genehmigung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen werden, die Flächen für Sport- und Freizeitanlagen vorsehen. Bei zulässigen Vorhaben außerhalb von Bebauungsplänen muß die Abwägung denselben strengen Kriterien genügen.

Besonders wichtig ist die frühzeitige Anhörung aller Betroffenen während der Aufstellung der Flächennutzungs- und Bebauungspläne.

Sportorganisationen sind im Aufstellungsverfahren dieser Pläne anzuhören.

In Bayern gibt es derzeit rd. 13.000 Vereine mit 3 Millionen Mitgliedern. Die Bayerische SPD sieht in der Stärkung dieser Vereine eine vordringliche Aufgabe

- durch Erleichterung von Spenden und durch steuerliche Begünstigung für die Vereine
- durch die Sicherung des Einsatzes einer ausreichenden Zahl von Übungsleitern
- durch eine besondere Unterstützung der Jugendarbeit in den Vereinen.

Schulsport und Seniorensport sind weiter zu fördern und auszubauen. Ein Programm zur Sanierung und Modernisierung bestehender Sportstätten ist in Bayern längst überfällig.

SOZIALDEMOKRATISCHE AUSLÄNDERPOLITIK

In Bayern leben z.Zt. über 660.000 Ausländer; das entspricht einem Anteil von 6,1 % an der Gesamtbevölkerung. (Bundesdurchschnitt: 7,2%). Mehr als zwei Drittel der hier lebenden erwachsenen ausländischen Bürger halten sich über acht Jahre in der Bundesrepublik auf.

Ausländische Arbeitnehmer wurden über Jahre hinaus als billige und willige Arbeitskräfte angeworben. Sie leisteten und leisten heute noch mit ihrer Arbeitskraft einen erheblichen Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum und damit zum Lebensstandard aller. Ganze Wirtschaftszweige sind heute überwiegend von der Arbeitskraft der ausländischen Mitbürger abhängig.

Unbeschadet dieser Tatsachen werden die ausländischen Bürger von der Staatspartei CSU und von der Wende-Regierung als Menschen zweiter Klasse behandelt, vom Kapital als arbeitsmarktpolitische Manövriermasse mißbraucht.

Ausländische Mitbürger haben keinerlei politische Vertretung. Sie tragen zwar mit ihren Steuern z.B. zum Haushalt der Kommunen bei, können aber über deren Verwendung nicht mitbestimmen.

Bayern ist neben Baden-Württemberg das einzige Bundesland, in dem der ausländische Ehepartner, ggf. auch die Kinder, erst nach dreijähriger Ehe nachfolgen dürfen. Das Grundgesetz stellt Ehe und Familie in Art. 6 unter den besonderen Schutz des Staates. Im deutschen Familienrecht gilt eine Ehe nach dreijähriger Trennung als zerrüttet und ist zu scheiden. Die Regelung des Familiennachzugs ist somit grundgesetz- und rechtswidrig.

Die Ehefrauen und auch die Kinder von Ausländern haben keine eigenständige Aufenthaltserlaubnis, sondern sind in der Regel an die Aufenthaltserlaubnis des Ehemannes gebunden. Bei einer Ehescheidung z.B. verliert die Ehefrau - auch die Kinder, wenn sie der Ehefrau zugesprochen werden - ihre Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis.

In Bayern werden ausländische Kinder über-

wiegend ungenügend gefördert. Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht allein ist kein hinreichendes Mittel zur Förderung. Das CSU-Kultusministerium blockiert aber bewußt alle Maßnahmen, die geeignet sein könnten, die Integration ausländischer Kinder zu fördern.

Die Arbeitslosigkeit ausländischer Jugendlicher ist - aufgrund der mangelhaften Qualifikation - anteilig erheblich höher als bei Deutschen.

Wir Sozialdemokraten fordern daher:

- Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer, wie es z.B. in Schweden, den Niederlanden und einer Reihe anderer westeuropäischer Staaten besteht
- Bis zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer sind in den Städten und Gemeinden Ausländerbeiräte durch demokratische Wahlen zu bilden. Die Bayerische Gemeindeordnung ist dahingehend zu ändern, daß diesen gewählten Gremien eine möglichst große Mitbestimmung in allen, die Ausländer speziell betreffenden, Fragen gewährt wird. Dazu gehört selbstverständlich Rede- und Stimmrecht in den Bürgerversammlungen.
- Die Begrenzung des Familiennachzugs ist inhuman und ist ersatzlos zu streichen (Beispiel: Hessen)
- Inanspruchnahme von Sozialhilfe darf kein Ausweisungsgrund sein.
- Ehepartner und Kinder von Ausländern erhalten ein eigenständiges Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrecht.
- Ausbau der Beratungsdienste für Ausländerinnen, insbesondere muttersprachliche Sozialpädagogen/innen und Psychologen/innen
- Die schulische Situation der ausländischen Kinder muß erheblich verbessert werden. Sie sind in die Regelklassen zu integrieren und für die Klassenstärke doppelt zu zählen. Die Lehrer sind speziell mit der Problematik ausländischer Kinder vertraut zu machen. Die Lehrpläne sind so auszurichten, daß ausländische Kinder verstärkt gefördert werden können

- Bei der Berufsausbildung sind ausländische Jugendliche besonders zu fördern (z.B. Förderklassen in den Berufsschulen).

Der Wille und die Fähigkeit zur Integration hängen in hohem Maße von der Rechtssicherheit der ausländischen Bürger ab. Das derzeitige Ausländerrecht definiert einseitig das Interesse des Staates. Die Gesetze schreiben nur die Pflichten der Ausländer fest. Rechte sind lediglich Kann-Bestimmungen, die den Verwaltungen als Ermessensentscheidungen überlassen sind.

Grundsätzlich treten wir Sozialdemokraten daher für eine umfassende Reform des Ausländerrechts ein, das verbindliche Rechtsnormen schafft und sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

AUGSBURGER
ERKLÄRUNG

Für eine Zukunft ohne Kernenergie

Die Bayerische SPD fordert im Einklang mit der gesamten SPD den Ausstieg aus der Kernenergiewirtschaft.

Auch wir Sozialdemokraten haben auf die friedliche Nutzung der Kernenergie gesetzt. Dazu bekennen wir uns. Aber wir sind lernfähig. Wir haben die Kraft zur Umkehr, wenn sich ein Weg als falsch erweist.

Nach einer langen und kontroversen Diskussion, u.a. auf den Parteitag in Hamburg 1977, in Berlin 1979, hat der Essener Parteitag im Jahre 1984 beschlossen: "Die Nutzung der Kernenergie ist nur für eine Übergangszeit zu verantworten. Wir wollen keinen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft und keinen weiteren Zubau von Kernkraftwerken. Auf längere Sicht soll vollständig auf die Nutzung der Kernenergie verzichtet werden."

Für Sozialdemokraten wurde deutlich, daß diese Technologie durch den Betrieb der Kernkraftwerke nicht nur eine erhöhte Belastung durch Radioaktivität mit sich bringt, sondern das ungelöste Problem der Entsorgung mit weitreichenden radioaktiven Belastungen für die Bevölkerung verbunden ist und im Fall eines Gaus die Bevölkerung nicht geschützt werden kann.

Nach den Unfällen von Windscale und Harrisburg hat uns die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl dramatisch und folgenschwer gezeigt:

- Die Kerntechnologie ist nicht absolut sicher und deshalb nicht beherrschbar.
- Beim Eintritt eines Schadens sind nicht nur Gesundheit und Leben der Menschen im eigenen Land, sondern weltweit gefährdet.
- Solche Schäden sind nur durch den Ausstieg aus dieser Technologie zu vermeiden.

- Die Mehrheit der Bürger ist nicht mehr bereit, diese Risiken länger zu tragen.

Wir Sozialdemokraten können dieses von Unionspolitikern sogenannte "Restrisiko" vor unserem Gewissen und vor unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht verantworten. Wer nach Tschernobyl immer noch "Kernkraft ohne Wenn und Aber" fordert, verläßt eine verfassungsmäßige Ordnung, die die Menschenwürde, das menschliche Leben und die körperliche Unversehrtheit der Menschen zu höchsten Rechtsgütern erklärt.

Unser Weg aus der Kernenergiewirtschaft

Das sofortige Abschalten aller Kernkraftwerke ist technisch möglich, aber ökologisch nicht vertretbar. Eine idealistische, aber illusionäre Politik kann sich darauf beschränken, den Sofortausstieg zu fordern und zu verkünden. Eine realistische Politik muß den Ausstieg aus der Kernenergiewirtschaft sorgfältig planen, dessen Folgen abschätzen und Schritt für Schritt verwirklichen. Mit dieser Arbeit muß sofort begonnen werden. Der vollkommene Ausstieg aus der Kernenergiewirtschaft wird um so schneller möglich, je eher es gelingt,

- den Energieverbrauch durch Energiesparen wesentlich zu senken,
- alternative Energiequellen, insbesondere Solarenergie und Erdwärme zu erforschen und zu nutzen.
- Klassische Energiequellen aus fossilen Brennstoffen für eine Übergangszeit in einer ökologisch vertäglichen Form zu nutzen.

Unsere Politik ist nicht technologiefeindlich. Im Gegenteil: Unser Mut zum Ausstieg ist mit dem Vorsatz verbunden, alternative Technologien energisch zu fördern. Naturwissenschaftler, Ingenieure und Unternehmen der Energiewirtschaft fordern wir nachdrücklich auf, ihren Erfindungsgeist, ihren Sachverstand und ihr Produktivvermögen in diesen Alternativen zu investieren, weil Kernkraft keine Zukunft mehr hat.

Wirtschaftlich betrachtet handelt es sich bei einem Konzept zum Ausstieg aus der Kernenergie mit Sicherheit um das umfangreichste, mittelstandsorientierte arbeitsmarktpolitische und beschäftigungsfördernde Programm, das es in Bayern seit dem Wiederaufbau gegeben hat.

Unser Programm für den Ausstieg in Bayern

Unser Programm für den Ausstieg aus der Kernenergiewirtschaft sieht folgende Schritte vor:

1. Neue Kernkraftwerke werden nicht mehr geplant oder weiter geplant (z.B. Pfaffenhofen im Landkreis Dillingen).
2. Im Bau befindliche Kernkraftwerke werden nicht mehr weiter gebaut (z.B. KKW Ohu II).
3. Das Kernkraftwerke Isar I ist sofort abzuschalten, weil der dort erzeugte Strom angesichts des gebremsten Strombedarfs bereits heute durch klassische Energieträger ersetzt werden kann.
4. Die Kernkraftwerke Grundremmingen B und C und Grafenrheinfeld werden nach den Erkenntnissen von Tschernobyl zunächst strengsten Sicherheitskontrollen unterworfen. Sie werden nachgerüstet oder stillgelegt, wenn sie den aktuellen Sicherheitstandards nicht angepaßt werden können. Sie werden in jedem Fall stillgelegt, sobald eine alternative Energieversorgung in Bayern sichergestellt ist. Vor jeder fälligen Grundrevision dieser Kernkraftwerke ist deren Stilllegung der Wiederinbetriebnahme vorzuziehen.
5. Der "Schnelle Brüter" in Kalkar geht nicht in Betrieb.
6. Der Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf wird eingestellt. Der Taxöldener Forst wird wiederaufgeforstet. Die Endlagerung muß intensiv erforscht werden.
7. Der bisher angefallene Atommüll wird endgelagert.
8. Spätestens 1995 ist der letzte Atomreaktor stillzulegen.

Zur Verwirklichung dieses Programms schlagen wir folgende gesetzgeberische

und administrative Maßnahmen vor, die wir bei gegebener parlamentarischer Mehrheit selbst durchsetzen werden:

1. Das Atomgesetz und das Energiewirtschaftsgesetz des Bundes sind so zu novellieren, daß der Ausstieg aus der Kernenergiewirtschaft nicht nur möglich, sondern zwingend vorgeschrieben wird. Wir fordern die SPDBundestagsfraktion auf, entsprechende Gesetzesinitiativen zu ergreifen.
2. Die Haushaltsmittel des Bundes und des Freistaates Bayern, die für die Erforschung und Förderung der Atomenergie ausgegeben werden sollen, sind - ausgenommen der Gelder für die Sicherheit der noch stillzulegenden KKW und für die Endlagerung - zu sperren. In den folgenden Haushaltsjahren sollen sie für die Erforschung und Förderung alternativer Energien und Energiespartechnologien eingesetzt werden. SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktion sollen entsprechende Anträge einbringen. Mandatsträger/innen in Parlamenten, Ausschüssen, Aufsichts- und Beiräten haben darauf hinzuwirken, daß keine weiteren Finanzmittel zum Bau von kerntechnischen Anlagen bewilligt werden.
3. Für die von diesen Maßnahmen unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer sind gleichzeitig standortnahe Alternativarbeitsplätze in Rahmen des Energieeinsparkonzeptes zu schaffen.
4. Bund und Freistaat Bayern legen umfangreiche Energiesparprogramme für Privathaushalte, Wirtschaft, Verkehr und öffentliche Hand auf, die zu regionalen und kommunalen Einsparmaßnahmen führen.
5. Die Energiewirtschaft darf für hohen Stromverbrauch nicht mehr werben und höheren Stromverbrauch nicht mehr durch billige Tarife begünstigen.
6. In internationalen Verhandlungen und Vereinbarungen ist für höhere Reaktorsicherheit und den geplanten europäischen Ausstieg aus der Kernenergie-technologie zu sorgen. Ein dafür geeigneter Technologietransfer wird energisch gefördert.
7. In allen Teilen Bayerns sind qualifizierte Meßstellen zur Ermittlung von Radioaktivität einzurichten. Die Meßwerte sind regelmäßig zu veröffentlichen. Die Bürgerinnen und Bürger sind über die Folgen und Spätfolgen der Radioaktivität, sowie über Verhaltensmaßnahmen regelmäßig und erschöpfend aufzuklären.

Weiteres Vorgehen

Der Landesparteitag der Bayerischen SPD begrüßt das von einer Kommission des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion vorgelegte Konzept mit Elementen für ein Ausstiegskonzept aus der Kernenergiewirtschaft in Bayern (siehe Anhang). Dieses Konzept zeigt, daß ein schrittweiser aber konsequenter Ausstieg ohne unannehmbare Folgen für Stromversorgung, Arbeitsmarkt, Volkswirtschaft und Ökologie organisiert werden kann. Wenn dieser Ausstieg politisch gewollt wird, ist er technisch und ökonomisch auch möglich und ökologisch verträglich.

Der Landesparteitag erwartet, daß dieses Konzept zu einem konkreten Ausstiegsplan weiterentwickelt und zunächst in die vom SPD-Parteivorstand eingesetzte Kommission als bayerischer Beitrag zum Gesamtprogramm der SPD eingebracht wird.

Widerstand gegen den Bau der WAA Wackersdorf

Wir Bayerischen Sozialdemokraten widersetzen uns dem Bau der WAA in Wackersdorf mit allem Nachdruck, jedoch friedlich und gewaltfrei. Wir haben mit Rechtsbrechern am Rande friedlicher Demonstrationen nichts gemein. Die älteste demokratische Partei in Bayern braucht von den Konservativen keine Belehrungen in Sachen Rechtsstaat und Demokratie entgegenzunehmen. Wir wenden uns deshalb auch mit allem Nachdruck gegen die Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchparagraphen. Für uns steht das Recht auf Demonstrationsfreiheit in keinsten Weise zur Disposition. Unsere Partner sind vor allem die betroffenen Bürgerinnen und Bürger der Oberpfalz, der Bund Naturschutz und alle anderen Demokraten, die friedlich mit uns oder neben uns demonstrieren. Zusammen wollen wir die Bayerische Staatsregierung vom Bau der WAA abbringen.

Es ist und bleibt Tatsache, daß die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente sicherheitstechnisch nicht beherrschbar, energiewirtschaftlich nicht notwendig und ökonomisch unsinnig ist, daß das Problem der Entsorgung der deutschen AKWs durch den Bau einer WAA nicht gelöst, und das durch den Bau einer WAA gewollt ein "Sachzwang" für den Einstieg in die kommerzielle Nutzung der Brütertechnologie geschaffen werden soll. Entgegen den Hoffnungen der DWK, der Bayerischen Staatsregierung und der derzeitigen Bundesregierung stellt sich aber auch in der strukturschwachen, unter hoher Arbeitslosigkeit leidenden mittleren Oberpfalz die erhoffte Akzeptanz für die Errichtung einer WAA nicht ein.

Besonders bedenklich ist, daß die Staatsregierung der Oberpfalz die Wiederaufbereitungsanlage schmackhaft machen will, in dem sie tausende von Arbeitsplätzen verspricht. In Wirklichkeit werden für die WAA nur 1.500 Dauerarbeitsplätze geschaffen, die meisten davon für hochqualifiziertes

wissenschaftliches Personal. Arbeitslose Oberpfälzer werden keine Arbeit finden.

Die SPD hat vergeblich versucht, mit der Staatsregierung Alternativen zur WAA zu diskutieren. Mit den gewaltigen staatlichen Mitteln, die die WAA verschlingt, hätte die Oberpfalz ein Zentrum der Umwelttechnologie werden können.

Dem sozialdemokratischen Landrat Hans Schuierer spricht der Landesparteitag für seinen engagierten Einsatz im Dienste seiner Mitbürger Dank und Anerkennung aus.

Wir Sozialdemokraten tragen unsere Politik nicht auf dem Rücken von Polizeibeamten aus. Wer als Beamter nach Recht und Gesetz seine Pflicht erfüllt, ist nicht unser Gegner. Wir mißbilligen jedoch mit allem Nachdruck, die von der politischen Führung befohlene Art und Weise des Polizeieinsatzes. Jeder Polizeieinsatz muß beachten, daß Demonstrationsrecht und freie Meinungsäußerung Grundrechte sind und daß staatliche Gewalt verhältnismäßig sein muß. Er darf nicht Gegengewalt von Demonstranten provozieren, die in friedlicher Absicht gekommen sind. Der Einsatz von CN- und CS-Gas ist unverhältnismäßig und damit rechtswidrig. Wir erinnern die Bayerische Staatsregierung daran, daß kriminelle Gewalttäter am Rande von Demonstrationen bereits jetzt aufgrund bestehender Gesetze wirksam der Strafgerichtsbarkeit zugeführt werden können.

Der Widerstand gegen die WAA ist nicht mit immer größeren Polizeikräften und immer schärferen Maßnahmen und Waffen zu beenden, sondern ausschließlich und allein durch die Einstellung des Baus der WAA in Wackersdorf. Erst dann herrscht wieder Friede und Ruhe in der Oberpfalz.

Die besten Konzepte helfen den Menschen nichts, wenn sie nicht Wirklichkeit werden. Gegen die bedingungslosen Verfechter der Kernenergie ist eine Mehrheit für die Sozialdemokratie in Land und Bund zu erreichen.

ANHANG ZUR AUGSBURGER ERKLÄRUNG
VOM 21.06.1986

Anhang beschlossen als Material für
die weitere Arbeit der Kommission

ELEMENTE UND BAUSTEINE FÜR EIN
KONZEPT ZUR UMWELTVERTRÄGLICHEN
STROMVERSORGUNG IN BAYERN
OHNE ATOMENERGIE

- 1.) Heizkraftwerke auf Kohlebasis (HKW)
- 2.) Ergänzende Kohlekraftwerke
- 3.) Öl/Gaskraftwerke,
Blockheizkraftwerke (BHKW)
- 4.) Wasserkraft, Müll
- 5.) Stromsparen
- 6.) Energiepolitik zurück zu den
Gemeinden
- 7.) Emissionsbetrachtung
- 8.) Kosten
- 9.) Zeitlicher Ablauf, langfristige
Perspektiven

Vorbemerkung:

Der Ausstieg aus der Kernenergie be-
darf einer präzisen Analyse der Strom-
erzeugungs- und Stromverbrauchssitua-
tion.

Die dazu notwendigen Daten waren teil-
weise nicht zugänglich, bzw. konnten
in der Kürze der Zeit nicht ent-
sprechend kritisch überprüft werden.
Deshalb enthält dieses Rohkonzept kei-
ne präzisen Rezepte, sondern Elemente
und Bausteine.

Sie reichen jedoch vollkommen aus, das
Ziel des Ausstiegs als plausibel,
machbar und verantwortbar darzustellen.

Bei dieser Prüfung sind keine Hinder-
nisse zutage getreten, die mehr als
eine Verzögerung bedeuten würden. Die-
se Prüfung betrachtet immer die Mög-
lichkeiten eines sofortigen Ausstiegs,
als auch eines schrittweisen Aus-
stiegs. Das Hauptaugenmerk richtet
sich auf grundlastgeeignete Kraft-
werkstypen, da hier AKWs arbeiten und
ersetzt werden müssen. Langfristige
Perspektiven (2040) werden hier nur
angerissen.

1) Heizkraftwerke auf Kohlebasis

Der Brennstoff ist Kohle, als Ersatzbrennstoff kann Gas vorgesehen werden.

Es sind die heute möglichen Systeme zur Schadstoffrückhaltung (Rauchgasreinigungsanlagen mit wiederverwertbaren Endprodukten) einzubauen. Diese Rückhaltsysteme sind erprobt und auch wirtschaftlich, wenn die Rückstände aus Kohleverbrennung als Ausgangsstoffe für weitere Produktionsprozesse genutzt werden. Auf diese Art können einige natürliche Rohstoffe eingespart werden.

Bauzeiten:

Hier muß unterschieden werden zwischen der rein technischen Errichtung des Kraftwerkblocks und den rechtlichen Vorläufen, z.B. Genehmigungen, Einsprüche, Prozesse etc.

Kraftwerksbauzeit: ca. 3 Jahre,

rechtliches Verfahren zur Planfeststellung: ca. 1 - 3 Jahre.

HKWs sind für die Grundlast hervorragend geeignet. Im allerungünstigsten Falle (keine ausreichende Kühlmöglichkeit durch Gewässer für Vollastbetrieb) kann ein Heizkraftwerk erst in 15 Jahren ab Errichtungsbeschluß im ökonomisch vorteilhaften Vollastbetrieb fahren.

Für die Aufbauphase des Fernwärmenetzes können Blockheizkraftwerke in Stufen behilflich sein.

Heizkraftwerke in den Ballungsräumen sind das zukünftige Rückgrat einer Strom- und Wärmeversorgung für Bayern. In ihnen kann bei entsprechender Standortwahl und Anlagenauslegung der Strombedarf fast vollkommen gedeckt werden. Der Gesamtwirkungsgrad in Kraftwärmekoppelbetrieb liegt zwischen 65% - 85%. Die bei der Stromerzeugung anfallende Wärme kann zu großen Teilen bei der Wärmeversorgung genutzt werden, (7 Monate im Jahr für Raumwärme,

12 Monate für Prozeßwärme), der Rest muß meistens über Gewässer gekühlt werden. Die Kühlmöglichkeiten und die Wärmeabnahmemenge stellen die Grenzen dieses Systems dar.

Der Ausbau der Fernwärme ist nicht so einfach wie anfangs der 50er Jahre, als z.B. die Münchner Fernwärme nahezu beim Nullpunkt startete und Mitte der 60er Jahre bereits 1500 MW Anschlußwert hatte. Dies geschah nahezu ohne öffentliche Förderung.

Neue Fernwärmesysteme (Niedersachsen) sind durch flexible Verlegeleitungen auch in weniger dicht besiedelten Räumen (Reihenhäuserstruktur) anzuschließen. Damit sind die Möglichkeiten des Ausbaus von Fernversorgungssystemen viel größer als oft von den EVU oder den Bayer. Wirtschaftsministerium angenommen wird. Die Fernwärme wurde ja nicht aus energiepolitischen Idealismus gestartet, sondern weil es sich für die Kommunen rentierte.

2.) Ergänzende Kohlekraftwerke

Zusätzlich zu den Heizkraftwerken sind große Kohlekraftwerke (ca. 600 MW) nötig. Sie sind grundsätzlich zur Auskoppelung von kalter oder warmer Fernwärme geeignet, können aber auch Vollast fahren ohne Wärmeabnahme. Dann werden sie über Flüsse gekühlt. Als Standorte sind neben den drei Atomkraftwerkstandorten (OHU, Isar, Grundremmingen, Obere Donau, Grafenrheinfeld, Main) auch Standorte an der mittleren und unteren Donau gut geeignet.

Die Bedingung des amtlichen Standort-sicherungsplans, daß an einem Standort entweder zwei Atomkraftwerke mit je 1300 MW oder nur ein Kohlekraftwerk mit 600 MW aufgestellt werden kann, kann nicht nachvollzogen werden. Diese Bedingung wäre nur bei miserablen Rauchgasreinigungsanlagen gerechtfertigt. Bei optimalen Systemen auf mindestens Münchner Standard können in aller Regel an diesen Standorten zwei Kohlegrundlastkraftwerke in der Gesamtleistung von 1200 MW errichtet werden. Mittlerweile hat auf Intervention der SPD die Staatsregierung diese Einschränkung de facto aufgehoben. Die Errichtung ist aber nachrangig zu der möglichst breiten Streuung von Heizkraftwerken und damit der optimalen Nutzung der Stromgewinnung aus dem Kraftwärmekopplungsprozeß zu sehen.

Bauzeiten, Kosten und Planungsverläufe sind genauso wie bei Heizkraftwerken.

3.) Öl-Kraftwerke Gas-Kraftwerke

Öl-Kraftwerke

In den sechziger Jahren wurden auch in Bayern aus scheinbar wirtschaftlichen Gründen und um von der Kohle unabhängiger zu werden, Ölkraftwerke aufgebaut. Dies wurde damals als der bayerische Weg bezeichnet. Seit geraumer Zeit werden diese Anlagen aber kaum noch eingesetzt, weil der Brennstoff sich als unwirtschaftlich erwiesen hat und die derzeit verfeuerte Ölqualität zu starken Umweltbelastungen führt. Ein Neubau für die Grundlast erscheint nicht sinnvoll, da das Öl im dezentralen Einsatz gebraucht wird. Zudem wäre der Neubau von Pipelines für entsprechend große Kraftwerke nötig. Diese Anlagen sollten vielmehr baldigst von umweltverträglichen Kohlekraftwerken (z.B. an diesen Standorten) abgelöst werden.

Eignung als vorübergehender Ersatz von AKW:

Denkbar ist das vorübergehende Hochfahren der entsprechenden Anlagen um den Ausstieg aus der Kernenergie zu beschleunigen. Es müßte dabei Kessel für Kessel überprüft werden, ob er aufgrund seiner Bauweise und seines Alters für den Grundlastbetrieb (7000 von 8700 Stunden pro Jahr) geeignet ist.

Zudem kann eine forcierte Fahrweise vor allem mit schwerem Heizöl aus Umweltgründen nicht akzeptiert werden.

Die Raffinerien sind derzeit noch nicht in der Lage, schwefelloses Heizöl in ausreichender Menge bereitzustellen. Die entsprechende Vorlaufzeit der Raffinerien beträgt max. 2 Jahre. Während dieser Zeit bestünde die Möglichkeit einige Kessel neu zu bauen und Entstickungsanlagen zu errichten.

Grundsätzlich erscheint es viel sinnvoller neue Ölkraftwerke mit optimalen Rauchgasreinigungen zu errichten, als mit älteren Kraftwerken mäßige Zwischenlösungen festzuschreiben.

Es ist aber nicht sinnvoll einen Brennstoff, (z.B. schwefelloses Heizöl), der im dezentralen Einsatz benötigt wird (z.B. wo Gas nicht hin kommt) in Kraftwerken zu verwenden. Ein Neubau für den Grund- und Mittel lastbereich ist daher abzulehnen.

Baukosten: niedrig

Bauzeit: ca. 3 Jahre,

Eignung für die Grundlast: Ja

Gaskraftwerke

Es gibt zwei Arten von Gasbetrieben in Kraftwerken: Gasheizkessel und Gasturbinen.

Gasturbinen sind für die Grundlast ungeeignet, da sie nur auf Spitzenlast (weniger als 1000 Stunden von 8 700) ausgelegt sind. Sie können schnell an- und abgefahren werden. Bayern hat aufgrund seiner günstigen Wasserkraftmöglichkeiten Speicher- und Pumpspeicherwerke in großer Zahl. Dazu kommt noch der Zugriff auf eine der größten Pumpspeicherwerke in Europa, Sellrain Silz in Tirol mit 700 MW. Aus diesem Grunde sind in Bayern relativ wenig Gasturbinen installiert.

Gasheizkessel sind grundlastgeeignet. Ihre Verwendung sollte trotzdem eng begrenzt sein, da Gas als Brennstoff in der dezentralen Anwendung (Blockheizkraftwerke und Heizungen) benötigt wird und dort den optimalen Anwendungsfall findet.

Eignung als vorübergehender Ersatz von AKW:

Sowohl von der technischen Ausstattung als auch von der Gasbereitstellung erscheint ein Hochfahren im Leistungsbe reich eines AKW-Blocks möglich. Die Reservehaltung ist über Speicher oder leichtes Heizöl bzw. schwefelloses Heizöl möglich.

Ein weiteres Hochfahren in der Grundlast setzt den Neubau von Gasblöcken voraus. An fast allen entsprechenden Standorten wäre dies möglich (Gasanschlüsse vorhanden). Diese Blöcke sind selbstverständlich mit qualifizierten Entstickungsanlagen auszustatten.

Grundsätzlich gilt auch hier, der Neubau und anschließende Betrieb modernster Anlagen mit optimaler Umwelttechnik ist älteren Anlagen, auch mit Nachrüstung vorzuziehen. Die Bauzeit beträgt max. drei Jahre.

Die Investitionskosten sind gering.

Die Brennstoffkosten sind derzeit niedrig, werden mittelfristig sicher wieder ansteigen und allein deshalb den Gasanteil im Kraftwerksbereich begrenzen. Gas im Kraftwerksbereich ist nur für Ausnahmezwecke sinnvoll, da es wirkungsvoller dezentral in Blockheizkraftwerken und reinen Heizungen verwendet werden kann.

Blockheizkraftwerke (BHKW)

Blockheizkraftwerke sind Großmotoren auf Lastwagen- bzw. Schiffsmotorenbasis, deren Abwärme hauptsächlich für Raumerwärmung aber auch für Prozeßwärme zur Gänze genützt werden kann. Sie sind rentabel im Bereich von 0,1 bis 8 MW. Große Anlagen stehen bei Nixdorf in Paderborn und bei BMW (5 MW) in Regensburg. Sie können grundsätzlich mit Diesel oder Gas betrieben werden. Aus Umweltgründen ist derzeit nur ein Gasbetrieb, möglichst mit Entstickungsvorrichtung, vertretbar.

Ihr Gesamtwirkungsgrad liegt über 85%. In alten Heizungsanlagen ist immer genug Platz durch Verkleinerung überdimensionierter Kessel bei Renovierungen. Es entsteht kein zusätzlicher Platzbedarf. Es gibt keine Lärmprobleme nach außen, sowie keine zusätzlichen Abgasmengen.

Optimale Einsatzfelder sind in allen größeren Einrichtungen wie Krankenhäusern, Altersheimen, Schulen und Verwaltungsgebäuden in Ortszentren. Als weitere Bereiche kommen Siedlungsschwerpunkte mit ausreichender Dichte in Frage. Je größer die Wärmeabnahmedichte ist, desto günstiger ist die Betriebsweise zu gestalten. Diese Technik ist hervorragend geeignet, größere Fernwärmenetze aufzubauen. Heizkraftwerke auf Kohlebasis sind aber billiger als mehrere Blockheiz-

kraftwerke. Aufgrund der relativ kurzen Standzeiten der Motoren (ca. 10 Jahren) können diese nach entsprechender Verknüpfung der Netze durch ein neu zu errichtendes Heizkraftwerk abgelöst werden. Sollte das nicht möglich sein, bleiben sie auch als kleine Netze voll rentabel.

Ihre Bauzeit beträgt max. ein halbes Jahr.

Die Baukosten liegen bei ca. 2000.-DM/kw (el) und sind damit vergleichbar mit Großkraftwerken. Die Lebensdauer ist allerdings kürzer. Bei entsprechenden Serienzahlen können aber auch die Einzelpreise noch einmal deutlich sinken.

In Bayern könnten je nach Leistungsgröße zwischen 1000 bis 3000 Einheiten errichtet werden. Dies entspricht zwischen 10% und 15% der installierten elektrischen Leistung.

Die Betriebskosten hängen von den Brennstoffkosten (derzeit kurzfristig günstig) und einer möglichst hohen Ausnutzungszeit ab.

4.) Stromerzeugung aus Wasserkraftwerken

Hier gibt es zwei gegenläufige Tendenzen.

Einerseits wurde diese Technik im Kleinwasserkraftbereich durch die Groß-EVU behindert, indem sie durch zu niedrige Abnahmepreise manches Kleinwasserkraftwerk abwrackten. Eine Erhöhung der Ausnutzung an nicht renaturierbare Bereiche oder die Wiederinbetriebnahme von Turbinen in ungenutzten Wehranlagen ist im geringen Umfang auch ohne Schädigung der Gewässerbiologie möglich.

Andererseits gibt es eine große Menge von "Restflüssen", die nur als Flußleichen zu bezeichnen sind. Für die Rückgewinnung natürlicher Fließgewässer wird also eine Teilmenge des für Kraftwerkszwecke abgeleiteten Wassers in die Flüsse zurückkehren müssen. Dieses ergibt ein leichtes Fallen der einschlägigen Stromproduktion.

Der Neubau von Großkraftwerken, z.B. Vohburg an der Donau ist abzulehnen, da es sich um die letzten natürlichen Fließgewässerstrecken in Bayern handelt.

Aus Wasserkraft ist somit keine relevante Steigerung der Stromproduktion zu erwarten.

Stromproduktion aus Müllverbrennung

Müll ist ein miserabler Brennstoff, er führt zu häufigen Betriebsstörungen und schafft riesige Probleme bei der Rauchgasreinigung. Die energiehaltigen Bestandteile eignen sich teilweise hervorragend zum Recycling (Papier) bzw. (kurzlebige Einwegkunststoffe) sind durch langlebige Produkte zu ersetzen. Von der Energiebilanz her betrachtet ist die Pfandflasche viel besser, als die Einwegflasche. Da zusätzlich bei der Verbrennung der Einwegflaschen große Umweltrisiken auftreten.

Der Anteil des Mülls an der Stromerzeugung, der in Bayern noch unbedeutend ist, ist ganz abzusenken.

5.) Stromsparen

Wesentlicher Baustein zur Verhinderung des weiteren Zubaus von Kraftwerken, als auch zur Entlastung der Umwelt, ist die Verringerung des Stromverbrauchs. Diese ist allerdings nicht so leicht zu bewerkstelligen wie eine Verringerung des Energieverbrauchs im Wärmebereich.

Anwendungsbereiche

Es ist zu unterscheiden zwischen Anwendungsbereichen, in denen Strom ideal ist (Antrieb von Motoren, Beleuchtung, manche Produktionsprozesse), den sogenannten stromspezifischen Bereichen und dem Wärmemarkt, in dem der Wirkungsgrad von Stromanwendung den anderen Energieformen bei weitem unterlegen ist. Stromsparen muß also vor allem hier ansetzen, z.B. durch die Verhinderung neuer Stromheizung und durch den Abbau vor allem älterer Stromheizungen. Dies schließt teilweise auch die Warmwasserbereitung ein.

Haushalte

Zusätzliche Sparmöglichkeit im Haushalt bedeuten vor allem den überlegten Kauf von Großgeräten (Verbrauchsunterschiede um den Faktor 2) sowie deren intelligente Anwendung. Zu beiden können intensive Beratungen große Beiträge leisten. Eine Veränderung des Tarifrahmens hin zum Arbeitspreis kann auch hier deutliche Beiträge erbringen.

Gewerbe, sozialöffentliche Einrichtungen.

Hier ergibt sich das größte Sparpotential, da es oft für Betriebsinhaber unmöglich ist, die effiziente Verbrauchskontrolle zum Beispiel anhand einer gezielten Überprüfung der Stromrechnungen durchzuführen. Die Anschlußwerte werden von den EVU oft so hoch angesetzt, daß die Stromrechnung meistens einen Sockelbetrag von 50% enthält. Damit entsteht der Eindruck, daß Sparen von Strom kaum Kosten spart.

Auch in diesem Bereich hat eine aktive Beratung einzusetzen, um Betrieben und Einrichtungen im Stromsparen behilflich zu sein. Die Veränderung des Tarifrahmens, nicht nur durch Änderung von Bundesverordnungen, sondern auch durch eine veränderte Genehmigungspraxis seitens des Bayer. Wirtschaftsministeriums als Aufsichtsbehörde, könnte hier große Sparerfolge zeitigen.

Sozialöffentliche Einrichtungen können eine Menge von Strom sparen. Beispiele:

Überprüfung der Beleuchtungsanschlußwerte in Büroräumen, sie werden meist an Extremwerten orientiert, z.B. dem Auffinden von Bleistiftminen in Raumecken durch Sehbehinderte.

Außerdem ist durch neuere Leuchten eine erhebliche Reduzierung auch im Leuchtstoffbereich noch möglich.

Durch einfache Änderungen an der Steuerungstechnik sind z.B. bei Rolltreppen in öffentlichen Einrichtungen Einsparungen zwischen 12% und 28% möglich.

Der Abbau von überflüssigen Klimaanlage spart ebenfalls beträchtliche Mengen von Strom.

Industrie

Der rationelle Umgang mit Strom richtet sich dominant nach den Preisen. Einsparungen erfolgen sofort bei entsprechenden Preisänderungen. Neue Techniken wie elektronische Steuerungen und thyristorgeregelte Motoren, eröffnen zusätzliche Sparpotentiale.

Maßnahmen des Staates und der Kommunen zum Stromsparen

Die konsequente Einhaltung der Bestimmungen der Bayer. Bauordnung nach natürlicher Belüftung und Belichtung von Räumen ist ein großer Baustein, unnötigen Stromverbrauch in Form von Beleuchtungen und Klimaanlage einzusparen. Bei der Aufstellung von Bauungsplänen ist darauf zu achten, daß keine Vorranggebiete für Stromhaltungen entstehen.

Der Erlaß einer Energieanlagenverordnung:

Es muß ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der Grenzen angibt für den höchstzulässigen Energieverbrauch von energieintensiven Anlagen und Geräten im Haushalt, für Klimaanlage, für elektrische Heizgeräte, Heizungsanlagen sowie für Energieversorgungsanlagen der öffentlichen Hand.

Darüber hinaus können Markteinführungshilfen für alle Geräte und Anlagen, die zur Stromeinsparung beitragen, eingeführt werden.

Der Erlaß von Wärmeschutzvorrichtungen muß die Erzeugung und Verwendung von Prozeßwärme sowie die Einbaupflicht von Wärmerückgewinnungsanlagen mitbeinhalten.

Ein Forschungsprogramm zur Entwicklung von neuen Produkten, die den kumulierten Energieaufwand verringern, kann zukünftig zur Energieeinsparung in der Industrie beitragen.

Energiepolitik zurück zu den Gemeinden

Die Entwicklung der EVU zu formal öffentlich kontrollierten Großkonzernen entwickelt sich einerseits mit starker Unterstützung der staatlichen Behörden (Süd- u. Norddeutschland), andererseits mit starker Unterstützung der Kommunen (Westdeutschland). Das Ergebnis ist das gleiche: Großstrukturen bevorzugten zu oft bedingungslos Großkraftwerke mit entsprechenden Höchstspannungsnetzen. Die logische Folge war, daß oft die Wärme nicht entsprechend genutzt werden konnte. Eine weitere Folge von Großkraftwerken war auch eine entsprechende überdimensionierte Reservehaltung für eben diese Blöcke.

Rationelle Energieverwendung vermeidet Energieverluste, indem sie die bei Stromproduktion entstehende Wärme die meiste Zeit des Jahres nutzt. Zu diesem Zweck muß die Stromerzeugung möglichst nahe bei den Verbrauchsschwerpunkten organisiert sein. Dies bedingt

auch eine ortsnahe, das heißt in aller Regel kommunale Organisationsform. Die noch existierenden 120 kommunalen Unternehmen die, es formal gibt, sollen wieder eine lebendige Rolle in der Energiepolitik Bayerns spielen, indem sie Wärmeversorgung in Ortszentren, Schwimmbädern sozialöffentlichen Einrichtungen in Form von Blockheizkraftwerken mit der Stromerzeugung koppeln.

In Mittelstädten und in Großstädten können aus Nahwärmenetzen schrittweise Fernwärmenetze mit einer Zentraleinheit eines Heizkraftwerks aufgebaut werden. Die Rolle der großen EVU (Bayernwerk und Töchter, Isar-Amperwerke, Lechwerke,) sollte sich auf den Erhalt von wenigen Reservekraftwerken sowie auf Betrieb und Unterhalt der großen elektrischen Leitungsnetze beschränken. Die Gemeinden dürfen nicht durch die aktive Unterstützung des Bayer. Wirtschaftsministeriums in die Hände der Groß-EVU getrieben werden, z.B. durch eine strikte Tarifgenehmigungspraxis, durch eine zu hohe Reservekostenbelastung seitens der Groß-EVU, oder durch Verweigerung der Genehmigung von kommunalen Kraftwerken.

Ein weiteres Aufgabengebiet für kommunale Unternehmen im Energiebereich ist eine Energie-Sparberatung, eine Beratung zum rationellen Umgang mit Energie. Aus Energierversorgungs-Unternehmungen werden Energiedienstleistungs-Unternehmungen. Den Bürgern wird nicht mehr wie bisher Strom, Gas oder Fernwärme verkauft, sondern eine Dienstleistung mit möglichst geringer Energiemenge.

Die kommunale Organisationsform muß daher das Primat für die Energiepolitik in Bayern haben. Daraus kann aber keine Garantie für eine entsprechende Entwicklung kommunaler Unternehmen abgeleitet werden. Eine aktive Mitwirkung der Bürger und der politischen Ebenen ist genauso notwendig.

7. Emissionsbetrachtung

In Bayern erfolgt derzeit die Kohleverbrennung alles andere als umweltfreundlich.

Die Vorschriften der Großfeuerungsanlagenverordnung (GFAVO) werden zwar sicher eingehalten. Entscheidend ist jedoch der Unterschied zwischen dem erreichten Stand und dem erreichbaren Stand der Technik. Die Unterschiede sollen in der folgenden Tabelle deutlich werden:

Emissionswerte nach GFAVO (1)	Münchener Standard (2)	technisch derzeit erreichbar	
SO ₂	400	25	5
NO _x	200	100	50-80
Stäube	50	20	10

(SO₂ = Schwefeldioxid, NO_x = Stickoxide,

Angaben in mg. pro cbm, Rauchgas; bei der Verbrennung von einer Tonne Kohle entstehen 10.000 cbm. Rauchgas) (1) GFAVO = Großfeuerungsanlagenverordnung; kann auch in Bayern etwas unterschritten werden.

(2) rechtsgültige Verträge mit Hersteller in "Nord 2" als max. Werte.

Die Münchner Werte werden mit etwas modifizierten Kalkwaschverfahren erreicht. Die Stadtwerke haben nur härtere Garantien gefordert. Es spricht nichts dagegen, daß diese Werte nicht leicht eingehalten werden können.

Die Münchner Werte sind aber auch mit anderen Verfahren erreichbar. Diese Verfahren können verwertbare Restprodukte liefern und reduzieren damit anfallende Deponieprobleme. Diese Rohstoffe können z.B. für die Düngemittelproduktion verwendet werden oder sie liefern Basissäuren für die chemi-

sche Industrie. Die Rauchgasreinigungsanlagen stehen sicher nicht am Ende ihrer Entwicklung. Es ist dort noch ein deutlicher Spielraum, der in den nächsten Jahren voll ausgeschöpft werden muß, um damit eine weitere Senkung der Emissionen zu erreichen. Ein Ausruhen auf den derzeit gültigen rechtlichen Anforderungen kann keine aktive Politik für eine umweltverträgliche Stromversorgung sein.

Durch das Abschalten der Atomkraftwerke ist der Betrieb neuer Kohlekraftwerke erforderlich. Ihre Leistung steigt auf das Dreifache vom heutigen Stand an. Damit steigt auch die zu verbrennende Kohlemenge. Bei einem Vergleich der derzeitigen Grenzwerte mit dem Münchner Standard und noch viel mehr mit dem technisch erreichbaren Standard wird deutlich, daß durch das Abschalten der Atomkraftwerke sich die Emissionssituation in Bayern keineswegs verschlechtert, sie sogar bei Errichtung neuester Kohlekraftwerke gegenüber dem heutigen Standard eine deutliche Verbesserung erfährt.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß selbst durch den Zubau neuer Atomkraftwerke weiterhin Kohlekraftwerke für die Mittellast und zur Absicherung von Atomkraftwerken erforderlich sind. Es würden also keineswegs weitere Kohlekraftwerke aus der Stromproduktion für immer genommen werden.

8.) Kosten

Die Genauigkeit mit der die Befürworter von Atomkraftwerken, z.B. die Bundesregierung, Ausstiegskosten angeben, ist äußerst fragwürdig, da zu deren Abschätzung ausführliche standort- und anlagenbezogene Voruntersuchungen notwendig sind. Bei der Kosten-Nutzen-Rechnung von anderen Energieversorgungskonzepten sind folgende Punkte noch genauer zu betrachten:

Zudem kann bei intelligenter Wärmenetzplanung auch hier ein geringer Erlös erzielt werden.

Abfallprodukte der Verbrennung sind bei entsprechender Verfahrenswahl als Rohprodukte verkaufbar. Die Kernenergiekosten und die Ausstiegskosten müssen also mit den zukünftigen Brennstoff-Energie-Rohstoff-Kreislaufkosten verglichen werden.

Im Bereich der elektrischen Netze ergeben sich keine erhöhten Betriebskosten auch keine Steigerungen bei den Baukosten.

Das Einsparen der Kosten für die WAA wird auf Bayern bezogen nicht mehr als 2 Milliarden DM betragen. Mit jedem gesparten Betriebsjahr eines Atomkraftwerkes werden anteilig Endlagerkosten eingespart. Durch das nicht Ausschöpfen der vollen Betriebszeit der bestehenden Atomkraftwerke fallen eventuell ebenfalls Kapitalkosten an.

Es bleibt darüberhinaus abzuklären, auf welche Summe von verbrauchten KW-Stunden diese Kosten zu verteilen sind.

Alle diese Aspekte lassen eine Angabe in Pfennigbereich pro KW-Stunde unmöglich erscheinen. Ob wirklich eine Stromkostenerhöhung langfristig entsteht, darf zumindest angezweifelt werden.

9.) Zeitlicher Ablauf

Parallele Vorgehensweise:

Alle Schritte, der Bau von Heizkraftwerken, Kohlekraftwerken, Blockheizkraftwerken, das Einleiten von Energiesparmaßnahmen und die Erforschung und Anwendung erneuerbarer Energiequellen müssen gleichzeitig begonnen werden. Am schnellsten wird der Bau von Blockheizkraftwerken Ergebnisse zeitigen. Da der Anteil der Blockheizkraftwerke an der Stromerzeugung aber nicht über 15 % hinausgehen soll, wird dieses nicht zur sofortigen Abschaltung eines weiteren Kernkraftwerksblocks führen.

Die Großfeuerungsanlagenverordnung zwingt zur Stilllegung von Altanlagen. Sie sind Zug um Zug durch moderne Anlagen zu ersetzen. Dies ist aus ökologischen Gründen sinnvoll. Daraus ergibt sich für unser Konzept, daß der Ausstieg nicht in einem Schritt, sondern stufenweise erfolgen muß.

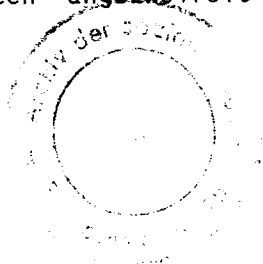
Abschalten von Isar I (OHU)

Der Vergleich des Sicherheits-Standards von Isar I mit dem gerade in der Errichtung befindlichen OHU II legt die Forderung entsprechend dem atomrechtlichen Vorschriften nahe, Isar I auf den neuesten Sicherheitsstandard nachzurüsten. Die Erfüllung dieser Forderung macht jedoch für den weiteren Betrieb keinen wirtschaftlichen Sinn, da die Nachrüstung zu teuer käme. Isar I ist ein Siedewasser-Reaktor, dessen Typ danach aus guten Gründen nie wieder gebaut wurde.

Ein Weiterbetrieb von Isar I stellt damit ein nicht vertretbares Sicherheitsrisiko dar und ist in der Folge auch ökonomisch nicht sinnvoll.

OHU II nicht fertig bauen

Der Ausstieg kann nicht durch das Anschalten von OHU II erreicht werden. Die Bayernwerke werden über den Bau-stopp dankbar sein. Zum Zeitpunkt der avisierten Abschaltung von OHU II lau-



fen nämlich namhafte Lieferverträge mit Baden-Württemberg und der PREAG mit einer Summe von über 500 Megawatt aus. Zudem war bereits im Sommer '85 ein deutliches Überangebot von Strom aus Atomkraftwerken auf dem süd-deutschen Markt, vermutlich auch auf dem europäischen Markt zu verzeichnen. So liefert z.B. Grundremmingen 600 MW nach Italien, da es in der BRD keinen entsprechenden Absatz gibt.

Die bayer. AKW führen daher nicht im ansonsten ökonomisch erforderlichen Vollastbetrieb, sondern im geminderten Streckbetrieb.

Ein Stromverbrauchswachstum um diesen Anteil der mit OHU II neu auf dem Markt kommt, wäre selbst durch massive Werbemaßnahmen nicht zu erreichen.

Aus diesem Grund ist der Baustopp nicht nur von grundsätzlicher Bedeutung, sondern auch ein ökonomisch vorteilhafter Schritt.

Abschaltmöglichkeiten, 1991/93/95

Als Orientierungsrahmen für die Abschaltung kann gelten, daß es möglich ist, durch den Zubau von Kohlekraftwerken an AKW-Standorten und durch die ersten Heizkraftwerke 1991 einen der noch verbleibenden AKW-Blöcke vom Netz zu nehmen.

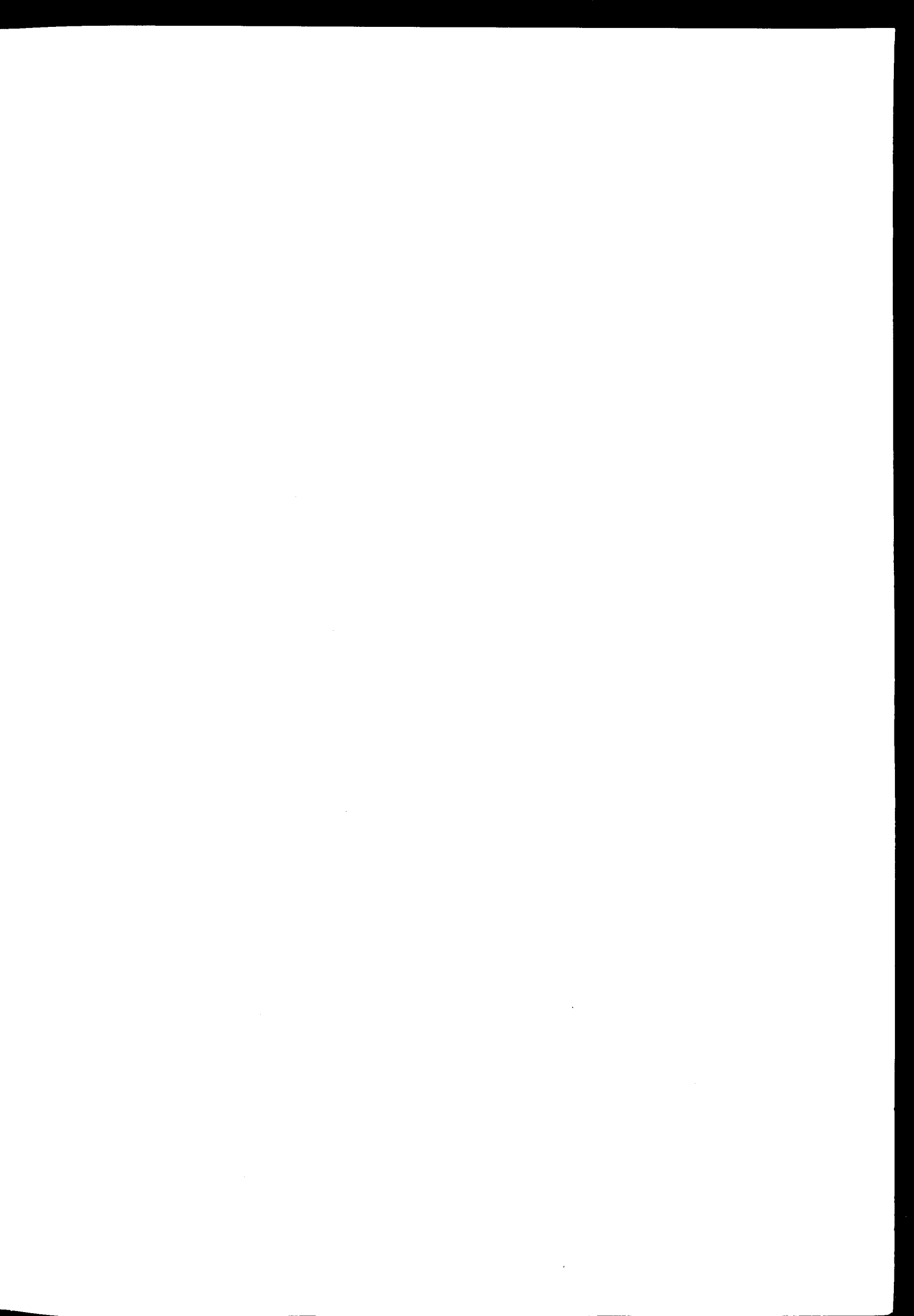
Ab 1991 können dann ausreichend moderne Kohle-, Gas-Kraftwerke errichtet werden, so daß in einem dritten und vierten Schritt in etwa 1993 und 1995 die beiden letzten bayer. Atomreaktoren in den Zustand des hoffentlich gesicherten Einschlusses übergeführt werden können.

Wir bayerischen Sozialdemokraten sind uns bewußt, daß der präzise Ablaufplan für den Ausstieg aus den bereits betriebenen Kernkraftwerken in Bayern auf einer flexiblen Planung beruhen muß, die schrittweise Entscheidungen erlaubt. Nur so können voreilige Bindungen an Techniken verhindert werden, die sich später als schlechte Alternativen für Umwelt und Wirtschaft erweisen könnten.

Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen

Das zusätzliche Verbrennen fossiler Stoffe kann größtenteils nur eine Übergangslösung sein, deshalb ist der Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien vorrangiges Ziel. Dazu gehören:

- Abbau der Hemmnisse für Sonnenenergie und Windenergieanlagen. Kommunale Baubehörden untersagen teilweise den Einbau solcher Anlagen.
- Verstärkte steuerliche Anreize und Finanzierungshilfen für erneuerbare Energiequellen. Die bestehenden steuerlichen Anreize sind zu gering. Die Anlagen zur Nutzung der Biomasse müssen hier ebenfalls im ländlichen Raum verstärkt werden.
- Verstärkte Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme für Handwerker, die den Einbau von anderen Energietechniken machen werden.
- Massive Förderung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für erneuerbare Energiequellen auf Bundes- und Landesebene.





Herausgegeben vom SPD-Landesverband Bayern
Herausgeber Wolfgang Metz, Oberanger 38 II, 8000 München 2
Produktion ARGE Langenfass, Schüleln, München